

Rechenschaftsbericht
des Regierungsrates an den Kantonsrat
2009



Rechenschaftsbericht
des Regierungsrates an den Kantonsrat
2009



Regierungsrat	9	D. Amt für Gesundheit und Soziales	18
A. Beziehungen zum Bund und zu den Kantonen	9	PG1: Soziale Sicherheit	18
1. Zum Bund	9	PG2: Medizinische Versorgung	19
2. Zu den Kantonen der Zentralschweiz	9	PG3: Übrige Gesundheitsversorgung	19
3. Zu den andern Kantonen	9		
		Volkswirtschaftsdepartement	21
B. Parlamentarische Vorstösse	10	A. Departementssekretariat	21
1. Geplante Behandlung nicht fristgerecht beantworteter Vorstösse	10	1. Wirtschaftsrat	21
2. Erheblich erklärte Vorstösse, für deren Vollzug Fristerstreckung gewährt ist	10	2. Wohnungs- und Mietwesen	21
3. Stand der Bearbeitung erheblich erklärter parlamentarischer Vorstösse	10	3. Grundstückserwerb durch Personen im Ausland	21
4. Bericht zu einem erheblich erklärten Vorstoss	11	4. Integration	21
		B. Amt für Arbeit	21
Staatskanzlei	13	1. Arbeitsmarktlage	21
A. Abstimmungen	13	2. Arbeitslosenversicherung	22
1. Eidgenössische Abstimmungen	13	3. Regionale Arbeitsvermittlungszentren (RAV)	23
2. Kantonale Abstimmungen	13	4. Kantonale Arbeitslosenkasse	23
		5. Arbeitsinspektorat	24
B. Wahlen	14	C. Amt für Wirtschaft	24
Kantonsratsersatzwahl	14	1. Wirtschaftsförderung	24
C. Kanzlei	14	2. Regionalpolitik	25
		3. Tourismus	26
D. Amtsblatt	14	4. Handelsregister	26
		5. Wirtschaftsdaten	26
E. Information	14	D. Amt für Migration	27
		1. Einreise / Aufenthalt	27
		2. Asylwesen	27
		3. Passbüro	27
Departement des Innern	15	E. Amt für Landwirtschaft	27
A. Departementssekretariat	15	PG1: Agrarmassnahmen und Bodenrecht	28
PG1: Führungsunterstützung	15	PG2: Strukturverbesserungen	28
PG2: Dienstleistungen und Support	15	PG3: Beratung und Weiterbildung	29
PG3: Personenstand und Bürgerrecht	15	F. Amt für Raumentwicklung	29
B. Ausgleichskasse / Familienausgleichskasse / IV-Stelle	16	1. Allgemeines	29
1. Gesetzliche Bestimmungen	16	2. Richtplanung und kantonale Nutzungspläne	29
2. Ausgleichskasse Schwyz	16	3. Kommunale Richt- und Nutzungsplanung	29
3. Familienausgleichskasse Schwyz	16	4. Das neue Baubewilligungsverfahren	30
4. IV-Stelle Schwyz	17		
C. Laboratorium der Urkantone	17	Bildungsdepartement	31
1. Kantonschemiker	17	A. Allgemeines	31
2. Kantonstierarzt	17	1. Erziehungsrat	31
		2. Nicht-Eintreten auf den Beitritt zum HarmoS-Konkordat	31

Inhaltsverzeichnis

B. Volksschulen und Sport	31	Sicherheitsdepartement	45
1. Abteilungen	31	A. Rechts- und Beschwerdedienst	45
2. Schulentwicklung	32	1. Allgemeines	45
3. Schulbauten	33	2. Aufsicht über die Bezirke und Gemeinden sowie über Korporationen und Genossamen	45
4. Schülerzahlen	33	3. Verwaltungsrechtspflege	45
5. Abteilungen (Klassen)	33	4. Kirchen und Staat	46
6. Lehrkräfte	33	5. Rechtssetzung	46
7. Sonderschulung und Behindertenfragen	33	6. Gleichstellung von Mann und Frau	46
8. Heilpädagogisches Zentrum Ausserschwyz (HZA)	33	7. Informatisiertes Grundbuch Kanton Schwyz	47
9. Heilpädagogisches Zentrum Innerschwyz (HZI)	33		
		B. Kantonspolizei (WOV)	47
C. Berufs- und Studienberatung	33	PG1: Gesamtsicherheit	47
PG1: Beratung	34	PG2: Verkehrssicherheit	48
		PG3: Kriminalitätsbekämpfung	48
		PG4: Grossereignisse	48
D. Berufsbildung	34		
PG1: Berufliche Grundbildung	35	C. Amt für Justizvollzug	49
PG2: Höhere Berufsbildung und Weiterbildung	35	1. Strafvollzug	49
PG3: Ausbildungsbeiträge	36	2. Kantonsgefängnis	49
1. Berufsbildungszentrum Goldau	36	3. Bewährungsdienst	49
PG1: Ausbildung	37		
PG2: Betrieb / Infrastruktur	37	D. Amt für Militär, Feuer- und Zivilschutz	50
2. Berufsbildungszentrum Pfäffikon	38	1. Verwaltung Ausbildungszentrum	50
PG1: Ausbildung	38	2. Ausbildung	50
PG2: Betrieb / Infrastruktur	39	3. Brandschutz und Störfallvorsorge	50
3. Kaufmännische Berufsschule Lachen	39	4. Baulicher Zivilschutz	50
PG1: Ausbildung	39	5. Feuerwehrrinspektorat	51
4. Kaufmännische Berufsschule Schwyz	40	6. Katastrophenhilfe / Kantonaler Führungsstab	51
PG1: Ausbildung	40	7. Kreiskommando	51
E. Mittelschulen	40		
1. Allgemeines	40	Finanzdepartement	53
2. Kantonsschule Kollegium Schwyz (KKS)	40	A. Departementssekretariat	53
3. Kantonsschule Ausserschwyz (KSA)	41	PG1: Führungsunterstützung	53
4. Private Mittelschulen	41	PG2: Haushaltsstrategie	53
		PG3: Finanzausgleich	54
F. Universitäten/ETH, Fachhochschulen Pädagogische Hochschulen	42	B. Finanzverwaltung	54
1. Universitäten/ETH	42	PG1: Budgetierung und Rechnungswesen	55
2. Fachhochschulen	42	PG2: Inkasso Direkte Bundessteuer	55
3. Pädagogische Hochschule Zentralschweiz (PHZ)	42	PG3: Querschnittsdienstleistungen	55
G. Amt für Kultur	43		
PG1: Kulturförderung	43		
PG2: Kulturpflege	44		

C. Steuerverwaltung	55	B. Hochbauamt	66
1. Finanzen	55	PG1: Investitionsprojekte	67
2. Projekte	55	PG2: Liegenschaftendienst	67
PG1: Veranlagung Periodische Steuern	56	PG3: Energie	67
PG2: Liegenschaftenschätzung	56		
PG3: Einsprachen	56	C. Tiefbauamt	67
3. Gesetzgebung	56	1. Nationalstrassen	68
4. Organisatorisches	56	2. Hauptstrassen	68
5. Einkommens- und Vermögenssteuern	56	PG1: Neu-, Ausbauten und Erneuerungen	70
6. Steuer auf Kapitalabfindungen	57	PG2: Baulicher Unterhalt	70
7. Gewinn- und Kapitalsteuern	57	PG3: Betrieblicher Unterhalt	70
8. Grundstückgewinnsteuer	57	PG4: Übriges Verkehrsnetz	70
9. Quellensteuer	57		
10. Liegenschaftenschätzungen	57	D. Verkehrsamt	71
11. Verrechnungssteuer	57	PG1: Technische Verkehrssicherheit	71
12. Direkte Bundessteuer	57	PG2: Administrative Verkehrssicherheit	71
13. Einsprachen	58	PG3: Steuern / Abgaben	71
14. Nachsteuern und Steuerstrafen	58		
15. Steuererlasse	58	E. Amt für öffentlichen Verkehr	72
16. Ordnungsbussen	58	PG1: Öffentlicher Verkehr	72
D. Finanzkontrolle	58		
1. Finanzen	58		
2. Projekte	58		
PG1: Unterstützung Regierungsrat in der Aufsicht	59		
PG2: Unterstützung Stawiko in der Oberaufsicht	59		
E. Personalamt	59	Umweltdepartement	73
1. Finanzen	59	A. Departementssekretariat	73
PG1: Personal- und Lohnadministration	60	PG1: Führungsunterstützung	73
PG2: Betreuung und Beratung	60	PG2: Dienstleistungen	73
PG3: Personalentwicklung	60		
PG4: Querschnittsdienstleistungen	60	B. Amt für Umweltschutz	73
2. Stellenplanung	60	PG1: Gewässerschutz	74
3. Besetzte Stellen und Lohnkosten	61	PG2: Umweltschutz	74
4. Fluktuation	61		
5. Weiterbildung	61	C. Amt für Natur, Jagd und Fischerei	75
6. Leistungszulagen	61	PG1: Natur- und Landschaftsschutz	75
7. Frauenanteil und Teilzeitbeschädigte	61	PG2: Jagd und Wildtiere	75
		PG3: Fischerei	76
F. Amt für Informatik	61	D. Amt für Wald und Naturgefahren	76
1. Finanzen	61	PG1: Wald	76
2. Projekte	62	PG2: Naturgefahren	77
PG1: Umsetzung IT-Strategie	62	PG3: Fuss- und Wanderwege	77
PG2: IT-Betrieb	63		
PG3: Querschnittsdienstleistungen	63	E. Amt für Wasserbau	77
		PG1: Hochwasserschutz und Gewässerökologie	78
		PG2: Wassernutzung	78
Baudepartement	65	F. Amt für Vermessung und Geoinformation	78
A. Departementssekretariat	65	PG1: Vermessung	78
PG1: Führungsunterstützung / Rechtsberatung	65	PG2: Geoinformation	79
PG2: Dienstleistungen und Support	65		
PG3: Immobilienplanung und Controlling	65		
Beschaffungsstatistik 2009	66		

Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Sinne von § 49 der Kantonsverfassung
erstatten wir Ihnen den Rechenschaftsbericht
über die Staatsverwaltung im Jahre 2009

Schwyz, im Mai 2010

Im Namen des Regierungsrates

Der Landammann: Dr. Georg Hess
Der Staatsschreiber: Peter Gander

Während die Binnenwirtschaft unter den Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise nicht stark zu leiden hatte, musste die Exportindustrie einen deutlichen Auftragsrückgang hinnehmen. Das wirkte sich auf den Arbeitsmarkt aus. Die Arbeitslosenquote stieg zwar im Jahresdurchschnitt auf 2.1%; sie blieb damit aber deutlich hinter dem schweizerischen Mittel von 3.7% zurück. – Die Stimmberechtigten waren zur Entscheidung über sieben kantonale Vorlagen aufgerufen. Sie nahmen sechs davon, nämlich eine Teilrevision des Steuergesetzes, einen Verpflichtungskredit für das Berufsbildungszentrum Goldau, das Gesetz über das E-Government, das Enteignungsgesetz, das kantonale Energiegesetz sowie eine Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr, mit deutlichen Mehrheiten an. Das Initiativbegehren «Für eine aktive Energiepolitik – Mehr Energieeffizienz und erneuerbare Energien» lehnten sie ab.

A. Beziehungen zum Bund und zu den Kantonen

1. Zum Bund

Wie üblich hatte der Regierungsrat zu zahlreichen Erlassentwürfen und andern Projekten des Bundes Stellung zu nehmen. Die Mehrzahl der Vernehmlassungen wird noch immer direkt den zuständigen Departementen oder parlamentarischen Kommissionen des Bundes erstattet. Vermehrt kommt es aber vor, dass die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) Stellungnahmen zu Projekten des Bundes einholt und gestützt darauf eine einheitliche Position der Kantone erarbeitet. So wurde etwa verfahren, als die Anrufung der in den Freizügigkeitsabkommen mit der Europäischen Union vorgesehenen Ventilklausel zur Debatte stand. Der Regierungsrat beanstandete die vom Bund angesetzte, sehr kurze Vernehmlassungsfrist und erklärte sich ausserstande, eine abschliessende Abwägung der mit der Anrufung der Ventilklausel verbundenen Chancen und Risiken vorzunehmen. Die KdK war ebenfalls Adressatin der Stellungnahme des Regierungsrates zum Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung betreffend den Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich 2010. Darin wies der Regierungsrat unter anderem auf einen Fehler in den Berechnungsgrundlagen hin, der ohne die nachträgliche Korrektur die Ressourcenstärke des Kantons deutlich in die Höhe getrieben und zu einer markanten Erhöhung des Kantonstreffnisses für den Ressourcenausgleich geführt hätte.

In seiner Vernehmlassung an das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) zur Revision des Raumplanungsgesetzes bzw. zum Entwurf eines Raumentwicklungsgesetzes kritisierte der Regierungsrat, dass die Kantone bei der Erarbeitung der Vorlage nicht beigezogen worden waren. Er wandte sich klar gegen die vorgesehene Ausdehnung der Bundeskompetenzen und gegen die Absicht, der Landschaftsschutzinitiative das geplante Gesetz als indirekten Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Auf die Weiterbearbeitung des Vernehmlassungsentwurfs sei zu verzichten und stattdessen eine Teilrevision des Raumplanungsgesetzes an die Hand zu nehmen.

In einem Schreiben erinnerte der Regierungsrat den Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) an die Unterredung, die dieser einer aus Bundesparlamentariern und Regierungsmitgliedern bestehenden Delegation im Juni 2008 zur Frage des Zuschlags auf dem kantonalen Eigenmietwert gewährt hatte. Es hatte sich bei dieser Gelegenheit herausgestellt, dass die Eidgenössische Steuerverwaltung die Eigenmietwerte in den Kantonen nicht zur selben Zeit kontrolliert. Der Regierungsrat erkannte darin eine Rechtsungleichheit bzw. eine Benachteiligung von Liegenschaftseigentümern in Kantonen, welche – wie Schwyz – die Liegenschaftswerte laufend anpassen. Er ersuchte den Vorsteher des EFD, die Erhebungsmethode, die in Bezug auf die Prüfungsintervalle und hinsichtlich der Vollständigkeit Mängel aufweise, zu verbessern und eine rechtsgleiche Umsetzung der Eigenmietwertkontrolle durch die Eidgenössische Steuerverwaltung sicherzustellen.

Nachdem der Kantonsrat ein Postulat erheblich erklärt hatte, das vom Regierungsrat verlangte, den Verzicht auf den im Generellen Projekt vorgesehenen Morschacher Tunnel und die Realisierung

einer Kurzumfahrung Sisikon zu prüfen, ersuchte der Regierungsrat den Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) um eine Aussprache zur raschen Klärung des weiteren Vorgehens. Die Aussprache fand am 30. Oktober 2009 statt. Im Anschluss daran teilte der Vorsteher des UVEK dem Regierungsrat mit, er habe die Argumente für und gegen eine alternative Linienführung nochmals evaluiert und sich schliesslich gegen ein Zurückkommen auf das vom Bundesrat bereits genehmigte Generelle Projekt entschieden.

2. Zu den Kantonen der Zentralschweiz

Trotz atmosphärischen Trübungen wegen der in Aussicht gestellten Kündigung des Konkordats über die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz durch den Kanton Luzern wurde die interkantonale Zusammenarbeit in der Zentralschweiz auf allen Ebenen fortgeführt. Die Regierungen der Zentralschweizer Kantone traten im Berichtsjahr wiederum zu zwei Plenarversammlungen zusammen, die sich unter anderem mit gemeinsamen Angeboten im Bereich häusliche Gewalt, mit dem Heim- und Betreuungswesen, den regionalen Hochschulkonkordaten sowie dem Konkordat Polizei XXI auseinandersetzten. Erstmals traf sich eine Delegation aus Regierungsvertretern der Zentralschweizer Kantone mit den Zentralschweizer Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentariern. Grundlage für das Hauptthema «Öffentlicher Verkehr» war ein Positionspapier, das die Regierungen im Vorfeld verabschiedet hatten. Darin setzten sich die Zentralschweizer Kantone gemeinsam für die Realisierung des Zimmerberg-Basistunnels II, des Tiefbahnhofs Luzern und des neuen Axentunnels in der nächsten Phase des Ausbaus der Bahninfrastruktur ein.

Im Berichtsjahr baute das Sekretariat der Zentralschweizer Regierungskonferenz die Homepage (www.zrk.ch) wesentlich aus. Die neue Website ist Arbeitsinstrument für Regierungsmitglieder, Parlamentsmitglieder und Verwaltungsangestellte, aber auch Informationsplattform für die Bürgerinnen und Bürger der Zentralschweiz. Der Einstieg erfolgt über folgende Portale: Organisation, Grundlagen, Projekte, Plenarversammlung, Trägerschaften, Kantone und Mitteilungen.

3. Zu den andern Kantonen

Regierungsrat Lorenz Bösch trat turnusgemäss vom Präsidium der Konferenz der Kantonsregierungen zurück, das er seit 2006 innegehabt hatte.

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat) beantragt. Der Kantonsrat ist indessen an seiner Sitzung vom 22. April 2009 auf die Vorlage nicht eingetreten.

Eine ganze Reihe von Konkordaten ist entweder im Verlauf des Berichtsjahres in Kraft getreten oder auf den Beginn des kom-

menden Jahres in Kraft gesetzt worden: Die Änderung des Konkordats betreffend das Laboratorium der Urkantone, die Interkantonale Vereinbarung über die hochspezialisierte Medizin, die Interkantonale Vereinbarung über die Regulierung des Abflusses des Vierwaldstättersees sowie die Vereinbarung über die Interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen, welcher der Kanton Schwyz bereits im Jahre 2005 beigetreten war, deren Zustandekommen aber Verzögerungen erfuhr.

Der Regierungsrat ist dem Verein Metropolitanraum Zürich und der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich sowie dem Verein Agglo Obersee beigetreten. Er hat weiter eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Kanton Uri über die Zusammenarbeit in verkehrspolizeilichen Bereichen abgeschlossen.

Der Regierungsrat stattete dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt einen Besuch ab.

B. Parlamentarische Vorstösse

1. Geplante Behandlung nicht fristgerecht beantworteter Vorstösse

- 1.1 Interpellation I 9/09 von KR Roland Urech: Konkordate zwischen den Kantonen Schwyz und Luzern
Es war vorgesehen, mit der Beantwortung der Interpellation bis zum definitiven Entscheid des Kantons Luzern über die Kündigung des PHZ-Konkordats zuzuwarten. Nachdem dieser Entscheid noch immer aussteht, wird er nicht abgewartet, sondern der Vorstoss im ersten Quartal 2010 beantwortet.
- 1.2 Interpellation I 17/09 von KR Sibylle Ochsner und Mitunterzeichnenden: Wie zentral muss oder wie dezentral darf die zukünftige kantonale Verwaltung sein?
Wird zusammen mit dem langfristigen Hochbauprogramm behandelt, das dem Kantonsrat im Jahre 2010 zur Kenntnis gebracht wird.

2. Erheblich erklärte Vorstösse, für deren Vollzug Fristerstreckung gewährt ist

Für den Vollzug der folgenden Vorstösse hat der Kantonsrat Fristerstreckung gewährt, weshalb hier auf den Bearbeitungsstand nicht näher eingegangen wird:

- Motion M 4/94 Erschliessung der Region Ybrig
- Postulat P 7/99 Etzelwerkkonzession
- Einzelinitiative EI 1/05 Markttöffnung im Schwyzer Vermessungswesen
- Postulat P 3/08 Dringender Bedarf im Schwyzer Grundbuchwesen
- Postulat P 4/08 Grundsätzlicher Überprüfungsbedarf im Bereich der Schwyzer Notariate, Grundbuch- und Konkursämter
- Postulat P 5/08 Erleichterter gegenseitiger Datenaustausch zwischen Behörden
- Postulat M 12/01 Wirksamer Kinderschutz
- Postulat P 4/02 Professionalisierung der Vormundschaftsbehörde
- Postulat M 13/08: Podestplatz auch für kleinere und mittlere Einkommen
- Postulat M 4/09 Keine Spekulationen mit unseren Steuergeldern
- Postulat M 5/09 Stopp der Spekulation mit Gemeindegeldern

3. Stand der Bearbeitung erheblich erklärter parlamentarischer Vorstösse

- 3.1 Motion M 9/05 der SP-Fraktion: Ergänzungsleistungen für Familien mit Kindern
Nach Abschluss des Vernehmlassungsverfahrens über einen entsprechenden Gesetzesentwurf hat der Kantonsrat das Vorhaben aus dem Gesetzgebungsprogramm 2010/11 gestrichen. Die Motion wird voraussichtlich mit der Behandlung der Volksinitiative «Familien stärken – Ja zu Ergänzungsleistungen für Familien» gegenstandslos.
- 3.2 Motion M 8/06 von KR Josef Märchy und KR Marianne Betschart sowie Mitunterzeichnenden: Beurteilung von Arbeits- und Sozialverhalten an Berufsschulen
Die Kommission für Berufsfachschulen KBFS hat den Vorschlag der Arbeitsgruppe im November 2008 verabschiedet. Die entsprechende Vorlage ist in Vorbereitung.
- 3.3 Motion M 9/07 von KR Roland Urech: Verkauf von Alkohol an Jugendliche und
3.4 Postulat M 12/07 von KR Romy Lalli und Mitunterzeichnenden: Ergänzung des Gastgewerbegesetzes
Die beiden Vorstösse werden bei der Revision des Gastgewerbegesetzes behandelt.
- 3.5 Motion M 13/07 der KR Kuno Kennel und Johannes Mächler: Für massvolle Verwaltungsgebühren
Dem Kantonsrat wird nach Auswertung der Vernehmlassungen Bericht und Antrag erstattet.
- 3.6 Motion M 4/08 der CVP-Fraktion: Kantonsbeitrag an die Altlastensanierung von Schiessanlagen
Die Vorlage ist in Bearbeitung.
- 3.7 Motion M 7/08 der KR Paul Fischlin und Urs Flattich: Finanzierung Strassenbauprogramm 2009–2023
Wird zusammen mit Volksinitiative/Gegenvorschlag betreffend Motorfahrzeugsteuern behandelt.
- 3.8 Motion M 7/09 von KR Willy Gwerder und Mitunterzeichnenden: Sichere Zufahrt ins Muotatal mittels Tunnel
Die Vorlage wird dem Kantonsrat im ersten Halbjahr 2010 zugeleitet.
- 3.9 Postulat M 4/07 von KR Dr. Patrick Schönbächler und Mitunterzeichnenden: Aufwertung der kantonalen Finanzkontrolle
Der Erlass einer Verordnung über die Finanzkontrolle ist im Gesetzgebungsprogramm 2009–2010 vorgesehen.
- 3.10 Postulat P 7/07 von KR Sabine Nötzli: Gewaltprävention durch die Polizei in den Schulen und
3.11 Postulat P 10/07 von KR Marianne Betschart: Mit einer Jugendpolizei gegen kriminelle Karrieren
Es wird auf RRB Nr. 1243/2009 verwiesen.
- 3.12 Postulat M 10/08 von KR Petra Steimen: Bauabnahmen innert sechs Monaten
Das Anliegen wird bei einer Revision der Vollzugsverordnung zum Planungs- und Baugesetz berücksichtigt.
- 3.13 Postulat M 12/08 von KR Urs Birchler und Mitunterzeichnenden: Mehr Handlungsspielraum für den privaten Sicherheitsdienst

Die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren bereitet ein Konkordat vor, das den Handlungsspielraum der privaten Sicherheitsdienste regelt.

3.14 Postulat P 4/09 von KR Karin Schwiter und Mitunterzeichnenden: Ziele und Massnahmen für einen leistungsfähigen öffentlichen Verkehr
Nach Inkrafttreten des revidierten Gesetzes über die Förderung des öffentlichen Verkehrs werden die entsprechenden Grundlagen erarbeitet.

3.15 Postulat P 5/09 von KR Michael Stähli und Mitunterzeichnenden: Energiepolitischer Wegweiser für den Kanton Schwyz und

3.16 Postulat P 14/09 der KR Adrian Oberlin, Fritz Bruhin und Marcel Buchmann: Einnahmen im Stromwesen verwirklichen
Die Erteilung eines Studienauftrags «Gesamtenergiepolitische Strategie für den Kanton Schwyz» ist in Vorbereitung.

3.17 Postulat P 7/09 von KR Verena Vanonsen, Armin Camenzind und Beat Hegner: Attraktive Atelier- und Kulturräume im Kanton Schwyz
Dem Kantonsrat wird im ersten Halbjahr 2010 Bericht erstattet.

3.18 Postulat P 9/09 der KR Andreas Meyerhans, Paul Hardegger und Othmar Heinzer: Tourismusstrategie und ihre Folgen im Regierungsprogramm verankern
Die Tourismusstrategie befindet sich in Erarbeitung. Im Weiteren werden bei der Aktualisierung der wirtschaftspolitischen Strategie «Wirtschaft und Wohnen für den Kanton Schwyz» der Tourismus und seine volkswirtschaftliche Bedeutung ebenfalls berücksichtigt.

3.19 Postulat P 11/08 von KR Peter Steinegger und Mitunterzeichnenden: N4 Axenstrasse: Verzicht auf den Morschacher Tunnel, Verkürzung des Umfahrungstunnels Sisikon
Dem Kantonsrat wird im ersten Halbjahr 2010 Bericht erstattet.

3.20 Postulat M 8/08 von KR Roland Schirmer: Einheitliche Prüfkriterien bei Einbürgerungen endlich einführen und

3.21 Postulat M 12/09 der KR Dr. Patrick Schönbächler und Xaver Schuler: Erleichterte Einbürgerungen vor die Einbürgerungskommission
Die beiden Vorstösse werden bei der Revision des Bürgerrechtsgesetzes behandelt, die im Gesetzgebungsprogramm vorgesehen ist.

3.22 Postulat M 11/08 von KR Sibylle Ochsner und Mitunterzeichnenden: Anpassung der Personal- und Besoldungsverordnung für Lehrpersonen
Die gesetzliche Regelung des Kündigungsschutzes und der Abfindung werden im Rahmen der laufenden Arbeiten zur Revision der Personal- und Besoldungsverordnungen für das Staatspersonal und für die Lehrpersonen überprüft.

3.23 Postulat P 12/08 von KR Adrian Dummermuth: Pädagogische Hochschule Zentralschweiz: Alternativen prüfen
Der Regierungsrat hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die mehrere Varianten prüft und Entscheidungsgrundlagen vorbereitet.

3.24 Postulat P 13/09 von KR Beat Keller: Opfer schützen – nicht Täter

Die eidgenössischen Räte haben mehrere Vorstösse überwiesen, die härtere Sanktionen und eine schärfere Bestrafung von Delikten gegen Leib und Leben verlangen. Der Bundesrat hat eine entsprechende Revision in Auftrag gegeben.

4. Bericht zu einem erheblich erklärten Vorstoss

Zum nachstehenden Postulat erstattet der Regierungsrat Bericht im Sinne von § 53 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Kantonsrat, womit der Vorstoss erledigt ist.

Postulat M 3/09 der KR Bruno Knüsel und Bruno Nötzli: Obstproduktion im Kanton Schwyz vor Feuerbrand schützen

Der Regierungsrat hatte in der Motionsantwort an der bisherigen Strategie zur Bekämpfung des Feuerbrands festgehalten und dem Kantonsrat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären. Nach der Umwandlung der Motion in ein Postulat und dessen Erheblicherklärung wurden die Bekämpfungsstrategie verfeinert, die Schutzmassnahmen überprüft und die Information verstärkt:

Am 25. September 2009 wurden alle Gartenbaubetriebe des Kantons angeschrieben und über die Feuerbrandbekämpfung informiert. Sämtliche Gemeindeverwaltungen wurden gleichentags über die eingeleiteten Massnahmen in Kenntnis gesetzt. Zusätzlich wurden die Medien mit einer Pressemitteilung bedient. Oberstes Ziel der Feuerbrandbekämpfung war das Tiefhalten des Infektionsdruckes. Folgende Massnahmen wurden 2009 getroffen: Einschränkung der Artenwahl bei Neuanpflanzungen, laufende Überwachung der ausgeschiedenen Schutzobjekte, Festlegung und Kontrolle der Schutzgürtel. Eine flächendeckende Ausrottung der Krankheit ist jedoch nicht realistisch. Auch 2009 mussten zahlreiche neue Befallsmeldungen verzeichnet werden. In den Intensivobstanlagen und den geschlossenen Hochstammanlagen traten 2009 dank der rigorosen Bekämpfung im Vorjahr keine neuen Fälle auf.

Die Verfeinerung der Strategie bestand im Wesentlichen in der Überprüfung der Sicherheitszonen, wobei sich zeigte, dass grenznahe Gefahrenpotenzial miteinbezogen werden muss. Ab 2010 werden die Bekämpfungsmassnahmen noch konsequenter auf die Schutzobjekte bzw. Schutzgebiete konzentriert. Ausserhalb dieser Bereiche werden weiterhin Kontrollen durchgeführt.

Mit den erwähnten Informationen, den zusätzlichen Massnahmen zur Eindämmung des Feuerbrandes sowie der Verfeinerung der Bekämpfungsstrategie ist das Postulat als erfüllt zu betrachten. Es kann abgeschlossen werden.

A. Abstimmungen**1. Eidgenössische Abstimmungen****1.1 Abstimmung vom 8. Februar 2009**

Bundesbeschluss vom 13. Juni 2008 über die Genehmigung der Weiterführung des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten sowie über die Genehmigung und die Umsetzung des Protokolls über die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Bulgarien und Rumänien

Ergebnis	Ja		Nein	
Kanton Schwyz	22 562	43.4%	29 387	56.6%
Eidgenossenschaft	1 517 132	59.6%	1 027 899	40.4%

1.2 Abstimmung vom 17. Mai 2009

Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2008 «Zukunft mit Komplementärmedizin»; Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative «Ja zur Komplementärmedizin»

Ergebnis	Ja		Nein	
Kanton Schwyz	22 436	58.9%	15 560	41.1%
Eidgenossenschaft	1 283 894	67.0%	631 560	33.0%
Standesstimmen	20 6/2		0	

Bundesbeschluss vom 13. Juni 2008 über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft betreffend biometrische Pässe und Reisedokumente

Ergebnis	Ja		Nein	
Kanton Schwyz	17 574	46.3%	20 401	53.7%
Eidgenossenschaft	953 173	50.1%	947 493	49.9%

1.3 Abstimmung vom 27. September 2009

Bundesbeschluss vom 13. Juni 2008 über eine befristete Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze, geändert durch den Bundesbeschluss vom 12. Juni 2009 über die Änderung dieses Beschlusses

Ergebnis	Ja		Nein	
Kanton Schwyz	15 781	42.3%	21 532	57.7%
Eidgenossenschaft	1 112 818	54.6%	926 730	45.4%
Standesstimmen	11 2/2		9 4/2	

Bundesbeschluss vom 19. Dezember 2008 über den Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative

Ergebnis	Ja		Nein	
Kanton Schwyz	22 121	61.1%	14 059	38.9%
Eidgenossenschaft	1 307 237	67.9%	618 664	32.1%
Standesstimmen	20 6/2		0	

1.4 Abstimmung vom 29. November 2009

Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2008 zur Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr

Ergebnis	Ja		Nein	
Kanton Schwyz	27 172	57.5%	20 061	42.5%
Eidgenossenschaft	1 608 923	65.0%	867 514	35.0%
Standesstimmen	20 6/2		0	

Volksinitiative vom 21. September 2007 «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»

Ergebnis	Ja		Nein	
Kanton Schwyz	9 877	20.2%	39 083	79.8%
Eidgenossenschaft	837 119	31.8%	1 797 876	68.2%
Standesstimmen	0		20 6/2	

Volksinitiative vom 8. Juli 2008 «Gegen den Bau von Minaretten»

Ergebnis	Ja		Nein	
Kanton Schwyz	32 752	66.3%	16 655	33.7%
Eidgenossenschaft	1 534 054	57.5%	1 135 108	42.5%
Standesstimmen	17 5/2		3 1/2	

2. Kantonale Abstimmungen**2.1 Abstimmung vom 17. Mai 2009**

Teilrevision des Steuergesetzes

Ergebnis	Ja		Nein	
	24 452	67.8%	11 595	32.2%

Verpflichtungskredit für das Berufsbildungszentrum Goldau

Ergebnis	Ja		Nein	
	27 371	75.7%	8 785	24.3%

2.2 Abstimmung vom 27. September 2009

Gesetz über das E-Government

Ergebnis	Ja		Nein	
	22 434	64.9%	12 121	35.1%

Enteignungsgesetz

Ergebnis	Ja		Nein	
	22 894	66.5%	11 525	33.5%

2.3 Abstimmung vom 29. November 2009

Kantonales Energiegesetz

Ergebnis	Ja		Nein	
	31 104	67.8%	14 789	32.2%

Initiativbegehren «Für eine aktive Schwyzer Energiepolitik – Mehr Energieeffizienz und erneuerbare Energien»

Ergebnis	Ja		Nein	
	21 629	47.0%	24 368	53.0%

Änderung des Gesetzes über die Förderung des öffentlichen Verkehrs

Ergebnis	Ja		Nein	
	33 607	76.1%	10 535	23.9%

B. Wahlen

Kantonsratsersatzwahl in Unteriberg

Bedingt durch den Rücktritt von Kantonsrätin Theres Fuchs musste in Unteriberg eine Ersatzwahl für ein Mitglied des Kantonsrates durchgeführt werden. Diese fand am 17. Mai 2009 statt. Gewählt wurde Franz Laimbacher-Schmid (SVP).

C. Kanzlei

Die Staatskanzlei stellte 2407 (2372) Apostillen und Beglaubigungen aus.

D. Amtsblatt

Die Zahl der Abonnenten hat weiter abgenommen. Die beglaubigte Auflage betrug noch 5325 (5493) Exemplare. Mit 2992 (2752) Seiten wies das Amtsblatt, das ab Mitte Jahr allen Abonnenten adressiert zugestellt wird, den bisher grössten Umfang auf.

E. Information

Der Regierungsrat hat auf den 1. März 2009 die überarbeiteten Richtlinien für die Information und Kommunikation von Regierung und Verwaltung in Kraft gesetzt. Sie ersetzen die Richtlinien vom 1. Oktober 1998, die teilweise durch die Entwicklung der elektronischen Medien und der Übermittlungskanäle überholt wurden. Am Grundsatz der aktiven und transparenten Informationspraxis wird unverändert festgehalten. Die Richtlinien sind im Internet unter www.sz.ch/information abrufbar.

Am 1. Januar 2009 sind das Bundesgesetz und das neue kantonale Gesetz über die Familienzulagen in Kraft getreten. Die neuen Regelungen konnten ohne nennenswerte Probleme eingeführt und vollzogen werden. – In Zusammenarbeit mit den Standortgemeinden der bisherigen fünf Zivilstandsämter wurde die Zahl der Zivilstandskreise auf zwei reduziert. Die Reorganisation wurde erfolgreich umgesetzt und auf den 31. Dezember 2009 abgeschlossen. – Der Regierungsrat hat nach Anhörung der Gemeinden und Bezirke den Grundsatzentscheid zur Umsetzung des neuen Erwachsenen- und Kindesschutzrechts gefällt und dem Departement des Innern den Auftrag erteilt, eine entsprechende Gesetzesvorlage auszuarbeiten.

A. Departementssekretariat				
Finanzen				
In Fr. 1000.–	2009 V	2009 R	Abw.	
Aufwand	2359	2200	–159	
Ertrag	130	233	103	
Globalbudget	2229			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	2229	1967	–262	
Nettoinvestitionen	0	0	0	

Kommentar:

Das Globalbudget wurde eingehalten. Auf der Ertragsseite fielen insbesondere die Gebühren für die Erteilung des Kantonsbürgerrechts höher aus als budgetiert. Dies ist auf die höhere Anzahl Einbürgerungen (+87 Personen gegenüber dem Vorjahr) zurückzuführen.

Projekte	
Reorganisation Zivilstandskreise	○
In Zusammenarbeit mit den Standortgemeinden der fünf Zivilstandsämter ist die Zahl der Zivilstandskreise zu reduzieren. Die Reorganisation wurde erfolgreich umgesetzt und auf den 31. Dezember 2009 abgeschlossen. Ab 1. Januar 2010 sind die Zivilstandsämter der Zivilstandskreise Innerschwyz in Schwyz und Ausserschwyz in Pfäffikon (Gemeinde Freienbach) operativ tätig.	

PG1: Führungsunterstützung				
Ziele				
– Fristgerechte Erledigung der Führungsunterstützung.				
– Die Verwendung der finanziellen Mittel erfolgt formell und materiell fehlerfrei.				
Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anzahl Geschäftsfälle ohne Terminabweichungen/Anzahl Geschäftsfälle (Termin gilt als eingehalten, auch wenn eine Fristverlängerung gewährt wurde)	100%	100%	0	
Anzahl der begründeten Beanstandungen von erheblicher Bedeutung durch die Finanzkontrolle	0	0	0	

Kommentar:

Die vom Departementssekretariat betreuten Geschäfte konnten innerhalb der Terminvorgaben abgewickelt werden.

PG2: Dienstleistungen und Support	
Ziele	
– Termingerechte Einladung und Versand der Unterlagen.	
– Termingerechte Erstellung und Versand der Protokolle.	
– Mitberichte werden termingerecht erstellt.	
– Vernehmlassungen werden termingerecht erstellt.	

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anzahl termingerechte Einladungen/Anzahl Einladungen und Unterlagen (Termin ist eingehalten, wenn die Unterlagen 20 Kalendertage vor der Sitzung beim Empfänger eintreffen)	100%	100%	0	
Anzahl der termingerechten Versendungen der Protokolle/Anzahl Protokolle (Termin ist eingehalten, wenn die Protokolle 20 Kalendertage vor der KR-Sitzung beim Empfänger eingetroffen sind)	100%	100%	0	
Anzahl termingerechte Mitberichte/Anzahl Mitberichte (Termin gilt als eingehalten, auch wenn eine Fristverlängerung gewährt wurde)	100%	100%	0	
Anzahl termingerechte Vernehmlassungen/Anzahl Vernehmlassungen (Termin gilt als eingehalten, auch wenn eine Fristverlängerung gewährt wurde)	100%	100%	0	

Kommentar:

Es wurde eine Sitzung der Kommission für Gesundheit und Soziale Sicherheit organisiert. Der Versand der Einladung, der Unterlagen und des Protokolls erfolgten termingerecht. Alle internen Mitberichte und externen Vernehmlassungen konnten innert angesetzter Frist abgewickelt werden.

PG3: Personenstand und Bürgerrecht				
Ziele				
– Qualitätssicherung des Zivilstandsdienstes.				
– Fristgemässe Bearbeitung der Fälle mit Auslandsbezug.				
– Zeitgerechte und korrekte Bearbeitung der Einbürgerungsfälle.				
Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anzahl Inspektionen	5	5	0	
Behandlungsfrist (innert 14 Tagen)	> 80%	90%	10%	
Behandlungsfrist nach Vorliegen aller notwendigen Unterlagen (innert vier Wochen)	100%	85%	–15%	

Kommentar:

Im Zusammenhang mit der zweiten Reorganisation des Zivilstandswesens im Kanton Schwyz wurden bei den bisherigen fünf Zivilstandsämtern (Schluss-)Inspektionen durchgeführt und die Amtsübergaben vollzogen.

Bei den Einbürgerungsfällen konnte die Behandlungsfrist von vier Wochen infolge Personalwechsels und Mutterschaftsurlaubs einer Mitarbeiterin nicht zu 100% eingehalten werden.

Nach vorangegangener Aufnahme ins Gemeindebürgerrecht wurden im Jahre 2009 in 244 (187) Fällen 453 (366) ausländische Personen rechtskräftig eingebürgert.

Nationalität	Einbürgerungsfälle	eingebürgerte Personen
Serbien	77	171
Bosnien und Herzegowina	46	70
Türkei	37	58
Mazedonien	14	38
Kroatien	14	25
Italien	13	20
Sri Lanka	12	29
Deutschland	9	16
Niederlande	5	5
Übrige	17	21

Bei den verschiedenen Instanzen (Gemeinden, Kanton, Bund) waren Ende Jahr 884 (942) Gesuche hängig, wovon in 227 Fällen die eidgenössische Einbürgerungsbewilligung bereits vorliegt. 145 Gesuche konnten abgeschrieben werden, weil die Voraussetzungen für eine Einbürgerung nicht erfüllt waren oder die Gesuche gegenstandslos wurden, unter anderem wegen Rückzugs durch die Bürgerrechtsbewerber in 114 Fällen oder Ablauf der Einbürgerungsbewilligung.

B. Ausgleichskasse/Familienausgleichskasse/IV-Stelle

1. Gesetzliche Bestimmungen

Im ordentlichen Verfahren konnten per 1. Januar 2009 alle laufenden AHV- und IV-Renten sowie alle Ergänzungsleistungen der Teuerung angepasst werden. Die Umrechnung der Monatsbeträge erfolgte von Amtes wegen. Gestützt auf die erheblich erklärte Motion M 9/05 wurden die Vorarbeiten für ein Gesetz über Ergänzungsleistungen für Familien abgeschlossen. Der Kantonsrat beschloss jedoch im Sommer 2009, dieses Gesetz aus dem Gesetzgebungsprogramm zu streichen. In der Folge wurden die Arbeiten an der Gesetzesvorlage eingestellt. Das Rahmengesetz zur Umsetzung des Bundesgesetzes über die Neuordnung der Pflegefinanzierung konnte im Herbst 2009 in die Vernehmlassung geschickt werden. Die Neuordnung der Pflegefinanzierung wird am 1. Januar 2011 in Kraft treten.

2. Ausgleichskasse Schwyz

2.1 Bundesaufgaben AHV, IV, EO, Mutterschaftsschädigung und Familienzulagen Landwirtschaft

Der Ausgleichskasse Schwyz waren per Ende Jahr insgesamt 23 363 Mitglieder angeschlossen. Die von den Selbstständigerwerbenden, Nichterwerbstätigen sowie von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern geleisteten Beiträge betrugen insgesamt Fr. 290 592 363.–. Die für die Arbeitslosenversicherung eingezogenen Beiträge beliefen sich auf Fr. 42 729 307.–.

Ausgerichtete Geldleistungen in Fr.:

Ordentliche AHV-Renten	279 307 743.–
Ausserordentliche AHV-Renten	32 932.–
Hilflosenentschädigungen AHV	5 427 045.–
Ordentliche Renten IV	47 734 202.–
Ausserordentliche Renten IV	8 482 415.–
Hilflosenentschädigungen IV	4 393 640.–
IV-Taggelder	4 686 321.–
Erwerbsersatz/Mutterschaft	12 166 134.–
Familienzulagen Landwirtschaft	4 987 188.–

2.2 Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (EL)

Am 31. Dezember 2009 bezogen 3248 Personen Ergänzungsleistungen, nämlich 2075 Bezüger von Altersrenten, 62 Bezüger von Hinterlassenenrenten und 1111 Bezüger von Invalidenrenten. An sämtliche Bezüger wurden EL von Fr. 48 228 999.– ausgerichtet. Davon entfielen Fr. 3 859 520.– auf die Deckung von Krankheits- und Behinderungskosten. Die Ausgleichskasse Schwyz erliess insgesamt 5132 EL-Verfügungen, 4487 davon als Gutheissungen und 645 als Abweisungen. Zusätzlich wurden 7936 Vergütungen von Krankenkosten vorgenommen.

Entwicklung der EL zur AHV/IV in Fr.:

2000	29 239 827.–
2001	30 606 713.–
2002	31 920 878.–
2003	33 816 114.–
2004	35 709 986.–
2005	37 593 557.–
2006	41 054 911.–
2007	41 430 388.–
2008	46 386 186.–
2009	48 228 999.–

2.3 Krankenversicherung

Das Bundesgesetz über die Krankenversicherung verpflichtet die Kantone, Versicherten in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen individuelle Prämienverbilligungen zu gewähren. Gestützt auf das kantonale Gesetz über die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung vom 19. September 2007 wurden im Jahr 2009 insgesamt 23 388 Gesuche bearbeitet und Prämienverbilligungen im Betrag von Fr. 40 468 664.– ausbezahlt. Damit konnten die Prämien für 36 305 Personen verbilligt werden. Rund 25% der Wohnbevölkerung erhielten somit eine Prämienverbilligung.

Entwicklung der Prämienverbilligung in Fr.:

2000	27 487 370.–
2001	28 445 140.–
2002	43 521 030.–
2003	51 399 213.–
2004	51 784 460.–
2005	40 775 386.–
2006	43 561 502.–
2007	45 029 390.–
2008	39 028 023.–
2009	40 468 664.–

3. Familienausgleichskasse Schwyz

Am 31. Dezember 2009 waren der Familienausgleichskasse Schwyz insgesamt 6819 Mitglieder angeschlossen. Die von den Arbeitgebern und Gewerbetreibenden geleisteten Beiträge beliefen sich auf Fr. 55 916 440.–. Es wurden total Fr. 51 287 828.– Kinder- und Geburtszulagen ausbezahlt. Die Betriebsrechnung schliesst unter Berücksichtigung von Finanzertrag, Rückerstattungen und Durchführungskosten mit einem Gewinn von Fr. 3 766 434.–. Der Reservefonds beträgt am 31. Dezember 2009 Fr. 27 324 115.–.

4. IV-Stelle Schwyz

Bei der IV-Stelle Schwyz wurden insgesamt 2236 neue Leistungsbegehren eingereicht. Insgesamt hatte die IV-Stelle 6766 Beschlüsse zu fassen, nämlich 5273 Zusprachen und 1493 Abweisungen. Für IV-Sachleistungen wurden aufgrund von 22 121 Rechnungen Fr. 29 294 302.70 ausbezahlt.

Mit der 5. IVG-Revision wurden die Instrumente, die für die berufliche Eingliederung zur Verfügung stehen, weiter ausgebaut. Im Rahmen der Früherfassung gingen im Jahr 2009 total 198 Meldungen ein. 33 versicherte Personen kamen in den Genuss von Frühinterventionsmassnahmen. Bei 269 versicherten Personen erfolgte eine aktive Arbeitsvermittlung, davon erhielten 19 Personen Einarbeitungszuschüsse. Durch die aktive Arbeitsvermittlung konnten im Jahre 2009 insgesamt 185 Arbeitsplätze erhalten werden. 68 versicherte Personen fanden mit Unterstützung der IV-Stelle Schwyz eine neue Stelle.

Bei Bedarf finanziert die IV-Stelle eine Umschulung oder sie übernimmt bei Erstausbildungen die Mehrkosten, welche durch die gesundheitliche Einschränkung entstehen. Im Jahr 2009 wurden 127 Berufsberatungen, 77 erstmalige berufliche Ausbildungen und 179 Umschulungen zugesprochen. Bei 63 psychisch beeinträchtigten Personen wurden Integrationsmassnahmen durchgeführt. Die Integrationsmassnahmen sind auf die Bedürfnisse von psychisch kranken Personen zugeschnitten.

Im Bereich der Renten zeigen sich folgende Zahlen: Es wurden im Berichtsjahr 339 Ganz- oder Teilrenten zugesprochen; in 440 Fällen musste eine Rentenleistung abgelehnt werden. Die Ablehnungsquote beträgt 56.5%. Parallel dazu wurden 777 laufende IV-Renten einer Neu Beurteilung unterzogen. Insgesamt richtete die Ausgleichskasse Schwyz im Jahr 2009 an 2646 Personen eine ganze oder eine Teil-IV-Rente aus.

C. Laboratorium der Urkantone

1. Kantonschemiker

Der Vollzug des Lebensmittelgesetzes, des Chemikaliengesetzes, der Dünger-Verordnung, der Einschliessungs-, der Freisetzungsvorordnung (Bio- und Gentechnologiesicherheit), der Gefahrgutbeauftragtenverordnung sowie die Badewasserkontrolle und die analytischen Dienstleistungen im Umweltschutzbereich sind aufgrund des Konkordats dem Laboratorium der Urkantone in Brunnen übertragen.

Im Berichtsjahr wurden für die Kontrolle der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände, für den Vollzug der Chemikaliengesetzgebung sowie für die Analytik von Kläranlagen, Industrieabwässern, Oberflächen-, Bade- und Grundwasser durch das Laboratorium der Urkantone 8400 (10 010) Proben bearbeitet. Davon entfielen auf den Kanton Uri 1277 (1477), auf den Kanton Schwyz 3670 (4623), auf den Kanton Obwalden 779 (886), auf den Kanton Nidwalden 556 (619).

Vollzug	UR	SZ	OW	NW	Total
Lebensmittelgesetz	586	2800	483	383	4252
Badewasser	87	327	98	39	551
Chemikaliengesetz	0	0	0	0	0
Dienstleistungen					Total
Kläranlagen	87	172	66	79	404
Klärschlamm, Kompost	12	17	6	5	40
Industrie und Gewerbe	79	81	3	8	171
Übrige Proben	426	273	123	42	864

Aus den Privathaushalten und zum Teil aus Gewerbebetrieben mussten 96.4 Tonnen Gifte und Sonderstoffe entgegengenommen, aussortiert und der fachgerechten Entsorgung zugeführt werden. Davon stammten 11.0 Tonnen aus dem Kanton Uri, 53.2 Tonnen aus dem Kanton Schwyz, 9.2 Tonnen aus dem Kanton Obwalden und 22.9 Tonnen aus dem Kanton Nidwalden.

2. Kantonstierarzt

Der dem Veterinäramt der Urkantone erteilte Leistungsauftrag 2006–2009 umfasst neben den übergeordneten Sachzielen des Laboratoriums die Produktgruppen Tiergesundheit, Lebensmittelsicherheit, Tierschutz, Tierarzneimittel und Gemischte Prozesse mit den wesentlichen Leistungsmerkmalen, dem erforderlichen Globalkredit sowie den Indikatoren zur Leistungsmessung. Die Impfkampagne gegen die Blauzungenkrankheit bedeutete für alle Beteiligten eine Herausforderung. Sie ist als präventive Massnahme zu verstehen, um das Wohlbefinden der Tiere zu schützen, Erkrankungen zu vermeiden und die Qualität von Lebensmitteln tierischer Herkunft zu garantieren.

Im Berichtsjahr wurden in den einzelnen Produktgruppen folgende Leistungen erbracht:

Tiergesundheit	Massnahmen bei Tierseuchenfällen	76
	Stichprobenprogramme in Betrieben	505
	Viehhandelspatente	97
	Kontrollen von Ausstellungen und Märkten	24
	Alpauffahrtskontrollen	6
Lebensmittelsicherheit	Kontrolle von Schlachtbetrieben	17
	Amtliche Probenerhebungen	38 868
	Schlacht- und Schlachtkontrolle	87 704
	Kontrolle der Tierkörperbeseitigungsanstalten	7
	Milchinspektionsdienst	440
Tierschutz	Inspektionen Primärkontrolle	1100
	Voll- und Teilkontrollen von Nutztierhaltungsbetrieben	91
	Kontrollen bei Heimtierhaltungen	48
	Abklärungen gefährliche Hunde	122
	Kontrollen Wildtierhaltungen	38
Tierarzneimittel	Strafverfahren	44
	Tierversuche	4
	Tierhalteverbote	11
	Voll- und Teilinspektionen von Tierarztpraxen	4
	Voll- und Teilinspektionen von Nutztierhalter/innen	376
Gemischte Aufgaben	Schmerzausschaltung	32
	Rezepturen	135
	Amtstierärztliche Kontrollen	345
	Importe	23
	Exporte	120

D. Amt für Gesundheit und Soziales

Finanzen

In Fr. 1000.–	2009 V	2009 R	Abw.
Aufwand	152 496	147 069	–5427
Ertrag	747	1 505	758
Globalbudget	151 749		
Nachkredit	0		
Globalbudget inklusive NK	151 749	145 564	–6185 ○
Nettoinvestitionen	12 887	9 784	–3103 ○

Steuerungsentscheide:

Konto 22.260.365.45 «Beiträge zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten»:

Das Jahr 2009 war geprägt durch die HPV-Impfung (Gebärmutterhalskrebs) und die Massnahmen zur Bekämpfung der Influenza H1N1 (Schweinegrippe). Dadurch entstand eine Aufwandüberschreitung von Fr. 717 221.–. Da diese Ausgaben von den Krankenversicherungen rückerstattet werden, kam es im Konto 22.260.436.00 «Rückerstattungen» zu einem Ertragsüberschuss von Fr. 646 996.–, welcher nicht budgetiert war.

Konto 22.220.365.50 «Beiträge an ausserkantonale Behinderteneinrichtungen»:

Die Mehrkosten von Fr. 385 525.– sind Restdefizit-Abrechnungen von ausserkantonalen Behinderteneinrichtungen für den Zeitraum bis 31. Dezember 2008 und Mehrkosten. Dabei handelt es sich um gebundene Ausgaben, welche nur schwer planbar und durch das Amt nicht zu beeinflussen sind.

Kommentar:

Das Amt für Gesundheit und Soziales hat das Globalbudget 2009 um rund 6.2 Mio. Franken unterschritten. Dank einem restriktiven Kostenmanagement konnten die Kosten im Bereich Personalaufwand (Fr. 27 000.–), Sachaufwand (Fr. 250 000.–) und Staatsbeiträge (Fr. 4 000 000.–) unterschritten werden. Ausserdem fielen die Abschreibungen rund 1.2 Mio. Franken tiefer aus als geplant. Die Rückerstattungen waren geprägt von den Rückvergütungen im Bereich HPV und H1N1.

Im Bereich der Investitionen konnten nicht alle Projekte gemäss Planung abgeschlossen werden. Die Unterschreitung beträgt rund 3.1 Mio. Franken für das Jahr 2009. Diese Projekte werden in den Folgejahren realisiert.

Projekte

Wirkung sozialer Leistungen ○

Es wird überprüft, in welcher Weise sich Sozialversicherungsleistungen und Leistungen der Sozialhilfe gegenseitig beeinflussen, beziehungsweise welche positiven und negativen Anreize dadurch für die Bezügerinnen und Bezüger entstehen.

Nach Abschluss der Studie wurden die Resultate dem Regierungsrat zur Kenntnis gebracht. Das Departement des Innern und das Finanzdepartement werden die Empfehlungen eingehend prüfen und allfällige Massnahmen erarbeiten. Als erste Massnahme wurde die Ein- und Austrittsschwelle in die Sozialhilfe angepasst.

Spitalliste 20XX ○

Die Verträge mit ausserkantonalen Spitälern der Spezialversorgung werden überarbeitet und neu verhandelt. Auf die Einführung der «freien Spitalwahl» im Jahr 2012 soll eine neue Spitalliste in Kraft treten.

Die folgenden Verträge wurden neu verhandelt und vom Regierungsrat genehmigt:

- Herzkardiovertrag 2009/2010 (APDRG-Vertrag) mit der Privatklinikgruppe Hirslanden für die Kliniken Hirslanden und Im Park betreffend die stationäre Versorgung von allgemein versicherten Schwyzer Patientinnen und Patienten.
- Herzkardiovertrag 2009–2011 (APDRG-Vertrag) mit der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich und dem Gesundheits- und dem Umweltdepartement der Stadt Zürich für das Universitätsspital Zürich und das Stadtsptal Triemli.
- Spitalvereinbarung mit der Klinik Adelheid AG – neue Tarife 2009–2011.
- Tarifvertrag 2009 mit der Stiftung Reha-Klinik Walenstadtberg.
- Spitalvereinbarung mit der Privatklinik Littenheid – neuer Tarif 2010.

Gesundheitsförderung an den Volksschulen ○

Etablierung eines Netzwerks gesundheitsfördernder Schulen, unterstützt mit einem Programmangebot, das die beteiligten Schulen aktiv unterstützen wird (Fortführung des Aufbaus von 2008).

Bis Ende 2009 haben sich 15 Schulen der Primarstufe und der Sekundarstufe I mit insgesamt 259 Klassen und 4697 Schülerinnen und Schülern dem Netzwerk angeschlossen. Die Netzwerkschulen haben schuleigene Projekte entwickelt, die Beratung durch die Fachstelle «gesundheit schwyz» beansprucht und auf die Angebote an externen Programmen und pädagogischen Unterrichtshilfen (z.B. Unterrichtskoffer) zurückgegriffen.

Drei Schulen haben eigene Projekte erarbeitet. Insbesondere für die Bereiche Sexualpädagogik (22 Klasseneinsätze) und Gewaltprävention (Projekt «Chili»: 22 Klassen; Projekt «Respekt»: 12 Klassen) wurde auf die Unterstützung von Fachpersonen zurückgegriffen.

Umsetzung neues Erwachsenen- und Kindesschutzrecht ○

Anpassung der Behördenorganisation im Erwachsenen- und Kindesschutz gemäss den Vorgaben des neuen Bundesrechts.

Der Regierungsrat hat nach Anhörung der Gemeinden und Bezirke den Grundsatzentscheid zur Umsetzung des Erwachsenenschutzrechts gefällt und dem Departement des Innern den Auftrag erteilt, eine entsprechende Gesetzesvorlage auszuarbeiten. Die Umsetzung ist in der ganzen Schweiz auf das Jahr 2013 geplant.

PG1: Soziale Sicherheit

Ziele

- Sicherstellen eines bedarfsgerechten stationären Betreuungsangebotes für Menschen mit Behinderungen.
- Innerkantonale Platzierung eines angemessenen Anteils von Menschen mit Behinderungen.
- Kundengerechte Bearbeitung von Betriebsbewilligungen.
- Koordination des stationären Langzeitpflegeangebotes.
- Aufsichtskontrolle über die Sozialhilfe.

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.
Abweichung Über-/Unterangebot zur Bedarfsplanung (max. +/-)	5%	–2.45%	2.55 ○
Anteil der innerkantonalen Platzierung an der Gesamtplatzierung	70%	68%	–2 ●
Durchschnittliche Bearbeitungszeit in Tagen	60	55	–5 ○

Verhältnis der Anzahl Pflegebetten/Anzahl der Wohnbevölkerung über 80 Jahre	28%	29%	1%	○
Mindestanzahl der Kommunaluntersuche pro Jahr	6	0	6	●

Kommentar:

Bedarfsplanung im Behindertenbereich

Die Bedarfsplanung im Behindertenbereich wurde mit Stichtag 1. September nachgeführt. Das gesetzte Ziel wurde mit –2.45% erreicht. Die Anzahl geistig, körperlich und psychisch behinderter Menschen, die einen Platz zum Wohnen, zum Arbeiten oder für eine Beschäftigung benötigen, steht in enger Abhängigkeit zu den freiwilligen, ambulanten Angeboten und den Möglichkeiten der familieninternen Betreuung.

Platzierungen im Behindertenbereich

Um den Bedarf an innerkantonalen Plätzen zu decken, mussten zusätzliche Kapazitäten geplant und geschaffen werden. Die Neubauten (BSZ Werkstatt in Schübelbach, BSZ Wohnheim Höchenen in Ingenbohl und Phönix Wohnheim in Buttikon) konnten 2009 fertig gestellt werden. Die Belegung dieser neuen Plätze möglichst durch Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Schwyz ist ein vorrangiges Ziel. Personen, die bereits seit Jahren ausserkantonale platziert sind, werden jedoch nur vereinzelt einen Wechsel vollziehen. Der Umstand, dass die neuen Plätze aus finanziellen Gründen möglichst rasch ausgelastet werden müssen, führt zuweilen dazu, dass sie durch Vollkosten zahlende ausserkantonale Behinderte besetzt werden. Ein gewisser Zielkonflikt ist hier nicht von der Hand zu weisen.

Betriebsbewilligungen

Das Bundesamt für Justiz hat die Anerkennung des Jugendheimes «Alte Post» der Interessengemeinschaft Familienplätze im Kanton Schwyz erneuert. Diese Anerkennung bildete die Grundlage, um die im Jahr 2007 provisorisch erteilte kantonale Betriebsbewilligung zu erneuern und als unbefristete Verfügung zu erlassen.

Pflegebetten

Die Anzahl erforderlicher Betten für die stationäre Langzeitpflege ergibt sich aus der kantonalen Bedarfsplanung. Im Berichtsjahr hatte noch die Bedarfsplanung aus dem Jahr 2006 Gültigkeit. Die Bevölkerungsstatistik weist eine starke Zunahme von Betagten aus. Deshalb wurde der Bedarf 2010 bis 2030 neu berechnet und durch den Regierungsrat festgelegt.

Im Berichtsjahr lebten 5175 (100%) über 80-jährige Personen im Kanton. Die Pflegeheimliste weist ein aktuelles Angebot von 1511 (29.2%) Plätzen aus, womit theoretisch ein leichtes Überangebot besteht. Längerfristig dürfte die Nachfrage nach Betten jedoch aufgrund der Demografie zunehmen und ein Angebotsausbau notwendig werden.

Kommunaluntersuche

Die Kommunaluntersuche 2008/2012 sind im Berichtsjahr angelaufen. Es wurden vier Voruntersuche durchgeführt. Die ersten Hauptuntersuche finden gemäss Zeitplan des Sicherheitsdepartements Anfang 2010 statt. Die Mindestanzahl wird über den geplanten Zeitraum eingehalten.

PG2: Medizinische Versorgung

Ziele

- Sicherstellung einer bedarfsgerechten ambulanten medizinischen Versorgung im Kanton

- Sicherstellung einer bedarfsgerechten stationären medizinischen Versorgung für die grundversicherten Patientinnen und Patienten des Kantons

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anteil der Wohnbevölkerung mit einer Erreichbarkeit der Grundversorgungsangebote innerhalb 30 Minuten	90%	90%	0	○
Verhältnis der Anzahl behandelter Fälle innerhalb des Angebots der Spitalliste / Gesamtanzahl behandelte Fälle	90%	89%	–1	●

Kommentar:

Ambulante Grundversorgung

Die ärztliche Grundversorgung hat sich im Berichtsjahr nur unwesentlich verändert. Sieben Bewilligungen wurden erteilt an Ärztinnen und Ärzte, um die Nachfolge eines bisher tätigen Arztes bzw. einer Ärztin sicherzustellen. Lediglich drei Bewilligungen (in den Kategorien «Praktischer Arzt» und «Innere Medizin») wurden zur Ergänzung des Angebotes ausgestellt.

Aufgrund des Zulassungsstopps wurde die fachärztliche Versorgung nur in Bereichen mit einer nachgewiesenen Unterversorgung ergänzt. Neben einzelnen Bewilligungen für Ärztinnen und Ärzte mit einer Tätigkeit an einem Spital konnte die psychiatrische Versorgung durch die Erteilung von vier zusätzlichen Bewilligungen gestärkt werden.

Da sich das Angebot an Arzt- und Zahnarztpraxen, Drogerien und Apotheken im Berichtsjahr in den Randgebieten des Kantons nicht und insgesamt nur unwesentlich verändert hat, ist die Erreichbarkeit für alle Einwohnerinnen und Einwohner auf hohem Stand konstant geblieben.

Ausserkantonale Hospitalisation (Spezialversorgung)

Das Verhältnis der Anzahl behandelter Fälle innerhalb des Angebots der Spitalliste zur Gesamtanzahl behandelter Fälle von 90% konnte mit 89% knapp nicht erreicht werden. Obwohl 24% der Kostengutsprachen abgelehnt wurden, musste doch recht häufig die Einweisung in ein Nicht-Listenspital bewilligt werden, weil es sich entweder um Notfälle oder um medizinisch indizierte Fälle handelte.

Kostengutsprachen 2009

Gesuche um Kostengutsprache	5145	100%
Abgelehnte Kostengutsprachen	1252	24%
Erteilte Kostengutsprachen	3893	76%
davon		
– für Listenspitäler	3472	89%
– für Nicht-Listenspitäler	421	11%

PG3: Übrige Gesundheitsversorgung

Ziele

- Koordination der Massnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention
- Sicherstellung der raschen Erstversorgung der Bevölkerung im Not- und Katastrophenfall
- Vorsorge bei Epidemien und übertragbaren Krankheiten
- Bewilligungen für Berufe des Gesundheitswesens
- Aufsichtskontrolle über die Heilmittelabgabe

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.
Zeitbedarf für die Umsetzung der Massnahmen gemäss Bundesprogramm und kantonaler Schwerpunkte in Jahren	3	–	erst nach 3 Jahren messbar ●
Anteil der Fälle mit einer Reaktionszeit <15 Minuten vor Ort durch Rettungsdienst oder Erstretter	90%	87%	–3% ●
Durchimpfungsrate bei Vorsorgeimpfungen gemäss Empfehlungen des Bundes	80%	80%	0 ○
Durchschnittliche Bearbeitungszeit in Tagen	60	38	–22 ○
Mindestanzahl kontrollierte Betriebe pro Jahr	30	17	–13 ●

Kommentar:

Gesundheitsförderung und Prävention

Am 30. September 2009 hat der Bundesrat einen Entwurf für ein Bundesgesetz über Prävention und Gesundheitsförderung an das eidgenössische Parlament überwiesen. Der Entwurf regelt neu die Steuerung und Koordination und die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen. Ein kantonales Konzept für Gesundheitsförderung und Prävention und ein Teilkonzept psychische Gesundheit sind in Erarbeitung. Abgeleitet von diesen Konzepten werden künftig kantonale Schwerpunkte formuliert und umgesetzt.

Im Berichtsjahr hat der Kanton durch die Angebote des Netzwerkes gesundheitsfördernder Schulen (Volksschule) und das Projekt «Jugend & Suchtmittel» (19 Veranstaltungen an Schulen der Sekundarstufe II und der Berufsschulen) die Schulen bei der Gesundheitsförderung und Prävention unterstützt. Weitere Schwerpunkte bildeten die Unterstützung und Beratung von Gemeinden (Kontakte mit 22 Gemeinden) bei der Erarbeitung von Jugendschutzkonzepten und von Veranstaltern von Festen und Partys im Bereich Jugendschutz (Fragebogen für Veranstalter). Die Massnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung von HIV (Beratung, Aidsprävention im Sexgewerbe) wurden fortgesetzt.

Die Themen Sexualität/HIV/Aids und psychische Gesundheit waren bei der Beratungs- und Informationstätigkeit am häufigsten gefragt.

Erstversorgung im Notfall

Das angestrebte Ziel, in 90% der Fälle bei einem medizinischen Notfall innert 15 Minuten durch den Rettungsdienst oder einen Erstretter vor Ort zu sein, wurde knapp verpasst. Die vier Rettungsdienste (Schwyz, Einsiedeln, Lachen und Küsnacht) leisteten im Berichtsjahr 1063 Einsätze der Dringlichkeitsstufe 1 (sofortiger Einsatz für einen Notfall mit vermuteter Beeinträchtigung der Vitalfunktionen). Insbesondere in den Gebieten, die von den Standorten der Rettungsdienste weit entfernt sind (Ybrig, Alpthal/Brünni, Wägital usw.), kann in der Regel die angestrebte Einsatzzeit nicht eingehalten werden. Um in diesen Teilen des Kantons die medizinische Erstversorgung zu verbessern, hat das Departement des Innern den Gemeinden empfohlen, ihre sanitätsdienstlichen Ersteinsatzelemente durch Erstretter (First Responder) zu ergänzen.

Durchimpfungsrate

Bei den Impfungen gegen Masern, Mumps und Röteln liegt der Kanton Schwyz gemäss Ergebnissen der letzten Impfstudie mit 79% knapp unter dem gesetzten Ziel, bei den Impfungen gegen Diphtherie, Starrkrampf, Keuchhusten und Kinderlähmung mit 87% deutlich darüber.

Somit ist die Zielvorgabe bezüglich der Basisimpfungen knapp erfüllt. Insbesondere im Bereich der Masern-Mumps-Röteln-Impfung sind aber weitere Anstrengungen notwendig. Als Richtwert

für eine mögliche Ausrottung dieser Krankheiten gilt eine Durchimpfung von mindestens 95%.

Im Bereich der empfohlenen Zusatzimpfungen (Hepatitis B HBV, Humane Papillomaviren HPV) liegt die Durchimpfung im Kanton Schwyz sehr deutlich unter den nationalen Zahlen.

Im vergangenen Schuljahr wurden durch den Schulgesundheitsdienst total 4935 Schülerinnen und Schüler untersucht: 1596 Erstklässler, 1620 Viertklässler und 1719 Achtklässler.

Von den 1596 Erstklässlern nutzten 1032 (66%) die seit dem Schuljahr 2005/06 bestehende Möglichkeit, die übliche Vorsorgeuntersuchung privat in der Praxis beim Kinder- oder Hausarzt durchführen zu lassen. Die Jahresvergleiche zeigen, dass die privaten Untersuchungen weiterhin langsam zunehmen (2006/2007 62.4%; 2007/2008 64.2%).

Berufsausübungsbewilligungen

Gesuche um Bewilligungen für Gesundheitsberufe konnten im Durchschnitt innert 38 Tagen erledigt werden. Nur in 11% der Fälle dauerte die Bearbeitung länger als 60 Tage. In 59% der Fälle waren die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller innert Monatsfrist nach Eingang des Gesuchs im Besitz einer Bewilligung. Wird die Bewilligung aufgrund des Zulassungsstopps an eine Tätigkeit in einem Spital gebunden oder wird sie erteilt an eine fachlich verantwortliche Person einer medizinischen Organisation, so dauern die erforderlichen Abklärungen in der Regel länger als 60 Tage.

Betriebsinspektionen

Die Kantonsapothekerin überprüfte zusammen mit ihrem Stellvertreter im Berichtsjahr 17 Betriebe. Das angestrebte Ziel (30 Inspektionen) wurde somit verfehlt. Die Arbeiten im Zusammenhang mit der Schweinegrippe-Pandemie beanspruchten in der zweiten Jahreshälfte die Kantonsapothekerin in einem Ausmass, dass die Betriebsinspektionen zurückgestellt werden mussten.

Bemerkungen

Influenza A (H1N1) – Schweinegrippe

Sowohl für den Kantonsärztlichen Dienst wie für die Kantonsapothekerin stellte die Schweinegrippe-Pandemie im Berichtsjahr eine ausserordentliche Herausforderung dar. Die Information über Massnahmen gegen die Ausbreitung der Grippe, die Beratung, die Beschaffung und Verteilung der Impfstoffe sowie der Schutz- und Desinfektionsmaterialien verursachten bei den Medizinaldiensten und der Administration erheblichen Zusatzaufwand.

Dank der guten Zusammenarbeit mit den Arztpraxen und Spitälern und deren Bereitschaft, den erforderlichen Zusatzaufwand zu leisten, konnten die Aufgaben im Zusammenhang mit dieser Pandemie im Wesentlichen gut gemeistert werden. Der im Allgemeinen milde Verlauf der Grippe führte dazu, dass sich nur rund sieben Prozent der Kantonsbevölkerung impfen liessen.

Mängel zeigten sich beim Verfahren der Zulassung der erforderlichen Impfstoffe und deren Verteilung an die Kantone.

Das Jahr 2009 war geprägt von einem rückläufigen Bruttoinlandprodukt (BIP) und steigender Arbeitslosigkeit. Der Rückgang des BIP um 1.6% ist vor allem auf den sekundären Sektor zurückzuführen, der unter einem rezessionsbedingten Einbruch der ausländischen Nachfrage litt. Die Arbeitslosigkeit nahm im Berichtsjahr zu und lag im Dezember bei 2.1% (Schweiz: 3.7%), obschon mehr neue Arbeitsplätze geschaffen wurden als im schweizerischen Durchschnitt. – Die Zahl der Baugesuche bewegt sich auf ähnlich hohem Niveau wie in den Vorjahren.

A. Departementssekretariat

1. Wirtschaftsrat

An vier Sitzungen setzte sich der Wirtschaftsrat mit verschiedenen wirtschaftspolitischen Fragestellungen auseinander. Im Zentrum standen die kantonale Tourismusstrategie sowie die Aktualisierung des Strategiekonzeptes «Wirtschaft und Wohnen für den Kanton Schwyz». Eingehend diskutiert wurden die Spitalplanung 2012 sowie die Stossrichtung der zukünftigen Landwirtschaftspolitik.

2. Wohnungs- und Mietwesen

2.1. Förderung der Wohnbautätigkeit

Wohnbautätigkeit vor 1974 (BRB betreffend Milderung der Wohnungsnot vom 30. Juni 1942; BB betreffend Wohnbauförderung vom 8. Oktober 1947)

Wegen Zweckentfremdung subventionierter Wohnungen wurden in einem (1) Fall Subventionsbeträge von Fr. 8000.– (Fr. 4938.–) zurückgefordert (Bundesanteil Fr. 2000.–, Kantons- und Gemeindeanteil je Fr. 3000.–).

Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz (WEG) vom 4. Oktober 1974

Vom 1. September 1975 bis 31. Dezember 2003 wurden 1684 Wohneinheiten (Wohneigentum und Mietwohnungen) gefördert. Für 287 Objekte wurde seit 1975 die Bundeshilfe abgelöst, so dass diese noch für 1047 Wohnungen besteht. Davon sind 438 Mietwohnungen, 286 Einfamilienhäuser bzw. Eigentumswohnungen und 323 Alters- und Invalidenwohnungen.

Gesetz über die Wohnbau- und Eigentumsförderung (KWEG) vom 12. September 1991

Für 189 (220) Wohneinheiten wurden im Berichtsjahr kantonale Zusatzverbilligungen (ZV) von insgesamt Fr. 318 929.– (Fr. 371 697.45) ausbezahlt. Im Berichtsjahr büssten viele ZV-Empfänger den Anspruch auf Zusatzverbilligung ein (Ablauf der Beitragsjahre, Überschreiten der Einkommensgrenze).

2.2 Schlichtungsbehörden im Mietwesen

Die Schlichtungsbehörden im Mietwesen der sechs Bezirke erledigten im Berichtsjahr 259 (314) Streitfälle aus Mietverhältnissen. 189 (215) Fälle wurden durch Einigung, 16 (21) durch Entscheid und 28 (39) durch Nichteintreten oder Rückzug des Begehrens erledigt. In lediglich 26 (39) Fällen musste das Nichtzustandekommen einer Einigung festgestellt werden.

3. Grundstückserwerb durch Personen im Ausland

Das Departement erliess im Berichtsjahr 16 (20) Verfügungen:

	2009	2008	2007	2006	2005
Bewilligungen von Ferienobjekten	7	12	7	10	7
Feststellung der Nichtbewilligungspflicht	7	4	13	9	7
Andere	2	4	1	0	2
Total	16	20	21	19	16

Von den 50 Einheiten des Jahreskontingents für Ferienhäuser, Ferienwohnungen und Wohneinheiten in Apparthotels wurden zwei (1) beansprucht. Vier (10) Erwerbsbewilligungen wurden noch dem Vorjahreskontingent zugerechnet. Eine Bewilligung erfolgte ohne Kontingentsbelastung, da dem Veräusserer eine Erwerbsbewilligung erteilt worden war.

4. Integration

4.1 Gesetzliche Grundlagen

Das kantonale Gesetz zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz (Migrationsgesetz) sowie die Vollzugsverordnung zum Migrationsgesetz traten am 1. Januar 2009 in Kraft.

4.2 Kommission für Integrationsfragen

Die Kommission für Integrationsfragen traf sich im Berichtsjahr zu zwei Sitzungen. Die Kommission verabschiedete das von einer Arbeitsgruppe erarbeitete Konzept «Sprache und Bildung im Kanton Schwyz». Dieses bildete die Grundlage zum Abschluss eines Leistungsvertrags mit dem Bund, dank dem in den Jahren 2009 bis 2011 Bundesgelder für Sprachkurse zur Verfügung stehen. Eine zweite Arbeitsgruppe legte der Kommission den Entwurf einer Broschüre «Willkommen im Kanton Schwyz» vor. Diese Broschüre informiert neuzuziehende Ausländerinnen und Ausländer über ihre Rechte und Pflichten während ihres Aufenthalts im Kanton.

4.3 Ansprechstelle für Integrationsfragen

Die Ansprechstelle für Integrationsfragen leitete die interdepartementale Arbeitsgruppe Integration, in der ausser den relevanten Ämtern im Volkswirtschaftsdepartement auch das Bildungsdepartement, das Sicherheitsdepartement und das Departement des Innern vertreten sind. Sie unterstützte zudem die Gemeinden namentlich bei der Realisierung von Sprach- und Integrationskursen.

4.4 KomIn

Das Volkswirtschaftsdepartement unterhält eine Vereinbarung mit dem Kompetenzzentrum Integration (KomIn). Dieses berät Gemeinden, Fachpersonen und Private bei Integrationsfragen. Die Beratungsleistungen werden nach wie vor gut nachgefragt. Im kantonalen Auftrag führte KomIn zudem verschiedene Informationsveranstaltungen, beispielsweise für ausländische Eltern zum Thema Berufswahl, durch. Im Auftrag verschiedener Gemeinden realisierte KomIn Deutsch- und Integrationskurse und bildete Schlüsselpersonen aus. Das sind gut integrierte Personen, die bereit sind, ihre Landsleute bei der Integration zu unterstützen.

B. Amt für Arbeit

1. Arbeitsmarktlage

1.1 Allgemeines

Die Zahl der Arbeitslosen nahm von 1280 im Januar auf 1808 im Dezember zu. Im Jahresdurchschnitt waren 1470 (900) Arbeitslose registriert; dies entspricht einer Quote von 2.1% (Schweiz

3.7%). Im Durchschnitt meldeten sich pro Monat 368 (277) Personen bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren als arbeitslos an.

Die Gesamtzahl der Stellensuchenden (Summe von registrierten Arbeitslosen und registrierten nicht arbeitslosen Stellensuchenden) stieg im Jahresverlauf von 2098 (1804) im Januar auf 2927 (1984) im Dezember kontinuierlich an.

1.2 Erwerbstätigkeit von Ausländern

Seit dem Inkrafttreten der bilateralen Verträge zwischen der Europäischen Union (EU) und der Schweiz am 1. Juni 2002 wird der freie Personenverkehr für Angehörige aus Ländern der EU und der EFTA mit verschiedenen Übergangsverordnungen schrittweise eingeführt. Während die Arbeitskräfte aus den alten 15 EU- und EFTA-Staaten sowie aus Malta und Zypern inzwischen ohne arbeitsmarktlche Einschränkungen zugelassen werden, gelten für Arbeitskräfte aus Polen, Tschechien, Ungarn, Slowakei, Litauen, Lettland, Slowenien und Estland nach wie vor die Übergangsfristen mit Einschränkungen der Freizügigkeit. Im Rahmen dieser Übergangsverordnung erhielten Staatsangehörige aus den vorgenannten acht neuen EU-Ländern 66 (31) Daueraufenthaltsbewilligungen EG/EFTA und 177 (180) Kurzaufenthaltsbewilligungen EG/EFTA. Seit dem 1. Januar 2007 sind Bulgarien und Rumänien Mitglieder der EG. Für Staatsangehörige dieser beiden EU-Staaten gelten seit dem 1. Juni 2009 die gleichen Zulassungsbedingungen wie für die acht EU-Länder der ersten Osterweiterung. Für Bulgarien und Rumänien gilt eine zeitlich separate Übergangsbestimmung in Bezug auf die Kontingentierung der Aufenthalts- und Kurzaufenthaltsbewilligungen. Im Jahr 2009 (seit 1. Juni 2009) wurden für Staatsangehörige von Bulgarien und Rumänien neun Daueraufenthaltsbewilligungen EG/EFTA und 36 Kurzaufenthaltsbewilligungen EG/EFTA erteilt.

Dauert der Aufenthalt eines Angehörigen aus einem der 15 alten EU- und EFTA-Staaten höchstens drei Monate, wird seit 1. Juni 2004 keine Aufenthaltsbewilligung mehr benötigt. Ebenso können selbstständige Dienstleistungserbringer und entsandte Arbeitnehmende während insgesamt neunzig Tagen pro Kalenderjahr in der Schweiz bewilligungsfrei eine grenzüberschreitende Dienstleistung erbringen. An Stelle einer Aufenthaltsbewilligung zur Erwerbstätigkeit gilt für diese Personen eine vorgängige Meldepflicht. Im Rahmen dieses Meldeverfahrens meldeten sich im Berichtsjahr 485 (574) Personen für einen Stellenantritt bei einem Schweizer Arbeitgeber an. Für grenzüberschreitende Dienstleistungen ausländischer Firmen gingen Meldungen für 905 (454) entsandte Arbeitnehmende ein; 473 (272) Personen meldeten sich für eine selbstständige Dienstleistungserbringung.

Für die Erteilung von Einreise- und Aufenthaltsbewilligungen zur Erwerbstätigkeit von nicht EU- und EFTA-Staatsangehörigen gelten die Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und die Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit. In der Kontingentsperiode 2009 stand dem Kanton Schwyz ein Jahresaufenthalterkontingent von 28 Einheiten zu. Das Amt für Arbeit erteilte insgesamt 16 (30) Bewilligungen, die ausschliesslich den Dienstleistungssektor betrafen.

Der Bundesrat setzte die kantonale Höchstzahl der Kurzaufenthaltsbewilligungen für nicht EU- und EFTA-Staatsangehörige auf 51 fest. Das gesamte Kontingent von 51 (48) wurde beansprucht.

1.3 Arbeitsmarktkontrollen und Bekämpfung der Schwarzarbeit

Zum Schutz des Arbeitsmarktes gegen Sozial- und Lohndumping besteht eine tripartite Kommission, die zusammen mit den Kan-

tonen Uri, Obwalden und Nidwalden über eine Vollzugsstelle für die entsprechenden Kontrollen verfügt. Sie kontrollierte 435 (333) Personen in 221 Betrieben (220). Bei den kontrollierten Personen handelte es sich um 311 von ausländischen Firmen entsandte Arbeitnehmende, 35 Arbeitnehmende bei Schweizer Arbeitgebern sowie 89 Selbstständigerwerbende. In 26 (18) Fällen mussten Bussen und in drei Fällen Dienstleistungssperren verfügt werden. Die tripartite Kommission ist auch mit dem Vollzug des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit beauftragt. Die Vollzugsstelle führte 266 (242) Kontrollen durch und prüfte 355 (314) Personen. In 29 (21) Fällen wurden Massnahmen wegen Verdachts auf Schwarzarbeit eingeleitet. Der Vollzug des Entsendegesetzes und die Bekämpfung der Schwarzarbeit durch die gleiche Kontrollstelle bewährte sich und führte zu den gewünschten Synergien.

1.4 Arbeitslose im Jahr 2009

Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt

	2009	2008	2007	2006	2005
Total	1470	900	1047	1412	1649
Bezirk Einsiedeln	117	81	90	105	137
Bezirk Gersau	21	18	17	16	26
Bezirk Höfe	324	183	217	301	353
Bezirk Küsnacht	109	73	95	120	130
Bezirk March	491	265	312	461	546
Bezirk Schwyz	408	280	316	409	457
Männer	850	487	564	757	883
Frauen	620	413	483	655	766
Schweizer	850	538	647	892	1037
Ausländer	620	362	400	529	612
15–24 Jahre	251	146	187	287	352
25–49 Jahre	841	513	567	758	913
50 und mehr Jahre	378	241	293	367	384

1.5 Private Arbeitsvermittlung

Ende 2009 waren im Kanton Schwyz 139 (128) private Stellenvermittlungs- bzw. Personalverleihbüros mit behördlicher Bewilligung tätig.

2. Arbeitslosenversicherung

2.1 Vollzug der Arbeitslosenversicherung

Wie im Vorjahr wurde bei den vier Wirkungszielen der Arbeitslosenversicherung (Dauer der Arbeitslosigkeit, Wiederanmeldungen, Eintritt in die Langzeitarbeitslosigkeit und Aussteuerungen) ein Wert von 103 (103) Punkten erreicht und damit das schweizerische Mittel deutlich übertroffen.

2.2 Arbeitslosenentschädigung

In 341 (336) von Arbeitslosenkassen oder regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) unterbreiteten Fällen mussten Entscheide über die Anspruchsberechtigung bzw. Vermittlungsfähigkeit von Versicherten gefällt werden. Wegen Ablehnung zumutbarer Arbeit und Nichtbefolgung von Weisungen der RAV wurden 800 (767) Versicherte überprüft und bei 564 (528) vorübergehend die Anspruchsberechtigung eingestellt. Infolge ungenügender Arbeitsbemühungen ergingen in 1525 (882) von 2192 (1290) zur Prüfung vorgelegten Fällen Einstellungsverfügungen.

2.3 Kurzarbeit

Der Fachbereich Arbeitsmarkt und Zentrale Dienste prüfte 246 (32) Voranmeldungen von Kurzarbeit, davon eine (2) wegen wetterbedingten Kundenausfällen (Schneemangel in Wintersportgebieten). In 105 (14) Fällen wurde die Auszahlung von Kurzarbeitsentschädigung ganz oder teilweise abgelehnt (z.B. saisonale Vorbehalte).

2.4 Schlechtwetterentschädigung
Alle 119 (23) Gesuche um Schlechtwetterentschädigung für wetterbedingte Arbeitsausfälle konnten bewilligt werden.

2.5 Arbeitsmarktliche Massnahmen
Folgende Anzahl Personen nahmen an arbeitsmarktlichen Massnahmen teil:

Bildungsmassnahmen	
Kurse (Aus- und Weiterbildung)	1 282
Praxisfirmen	66
Beschäftigungsmassnahmen	
Programme zur vorübergehenden Beschäftigung	732
Motivationssemester für Jugendliche	41
Berufspraktika	26
Spezielle Massnahmen	
Einarbeitungszuschüsse	12
Pendlerkosten und Wochenaufenthaltsbeiträge	5
Förderung der selbstständigen Erwerbstätigkeit	53

2.6 Rechtspflege
Das Amt für Arbeit behandelte im Berichtsjahr 209 (197) Einsprachen gegen Verfügungen der Arbeitslosenversicherung:

Abgewiesen	142	(153)
Teilweise gutgeheissen	16	(13)
Gutgeheissen	44	(26)
Als gegenstandslos abgeschrieben/zurückgezogen	3	(0)
Nichteintreten	4	(2)

Das Verwaltungsgericht behandelte im Berichtsjahr 16 (21) Beschwerden gegen die Einspracheentscheide des Amtes für Arbeit:

Abgewiesen	8	(8)
Teilweise gutgeheissen	3	(6)
Gutgeheissen	2	(1)
Zur ergänzenden Abklärung zurückgewiesen	1	(2)
Als gegenstandslos abgeschrieben	1	(0)
Pendent	1	(4)

3. Regionale Arbeitsvermittlungszentren (RAV)

3.1 Stellensuchende im Jahre 2009
Die RAVs betreuten im Jahresdurchschnitt 2482 (1641) Stellensuchende. Zu den Stellensuchenden werden alle arbeitslosen Personen ohne Beschäftigung, Personen im Zwischenverdienst, Personen in Beschäftigungsprogrammen, Personen in Umschulungs- und Weiterbildungsprogrammen sowie übrige Stellensuchende (z.B. Rekruten, Kranke oder noch in einem Arbeitsverhältnis stehende Personen) gezählt.

3.2 Vermittlungs- und Beratungstätigkeit
Das oberste Ziel der Regionalen Arbeitsvermittlung ist die möglichst rasche und dauerhafte Eingliederung der Stellensuchenden in den Arbeitsmarkt. Die durchschnittliche Anzahl der Bezugstage von Arbeitslosenentschädigung der Stellensuchenden betrug 121.8 Tage (131.0). Der schweizerische Durchschnitt beträgt 144.1 Tage (151.1).

4. Kantonale Arbeitslosenkasse

4.1 Leistungen

Im Berichtsjahr richtete die kantonale Arbeitslosenkasse Leistungen von insgesamt Fr. 44 282 736.65 (Fr. 24 609 093.10) aus. Dank optimierten Abläufen und Effizienzsteigerungen konnten die erheblich grösseren Leistungen mit nahezu gleichem Personalbestand bewältigt werden. Die Auszahlungen verteilen sich nach Leistungsbereichen wie folgt:

Arbeitslosenentschädigung	
2 217 (1 677) Arbeitslose	
12 171 (8 633) Abrechnungen	Fr. 29 088 459.65 (17 422 064.60)

Kurzarbeitsentschädigung	
88 (6) Betriebe	
392 (12) Abrechnungen	Fr. 6 721 975.95 (434 945.35)

Schlechtwetterentschädigung	
59 (11) Betriebe	
94 (16) Abrechnungen	Fr. 1 634 485.45 (99 357.65)

Insolvenzenschädigung	
23 (23) Betriebe	
108 (187) Abrechnungen	Fr. 503 096.65 (1 002 581.05)

Arbeitsmarktliche Massnahmen	
Total	Fr. 6 334 718.95 (5 650 144.45)
wovon:	
Projektbezogene Kosten	Fr. 5 765 032.45 (5 138 527.40)
Kursauslagen	Fr. 464 767.50 (389 126.60)
Einarbeitungszuschüsse	Fr. 83 651.65 (81 265.70)
Ausbildungszuschüsse	Fr. 0.00 (31 169.00)
Pendlerkosten	Fr. 7 597.95 (7 220.60)
Wochenaufenthaltsbeiträge	Fr. 13 669.40 (2 835.15)

4.2 Rechtspflege

Die kantonale Arbeitslosenkasse erliess 788 (674) Verfügungen und ordnete 8118 (6967) Einstelltage in der Anspruchsberechtigung an (Leistungskürzungen wegen selbstverschuldeter Arbeitslosigkeit 279, wegen unwahrer Angaben 19, Ablehnung der Anspruchsberechtigung wegen Aktenunvollständigkeit 181, wegen ungenügender Beitragszeit 81, wegen bestehender Lohnansprüche 65).

Die Arbeitslosenkasse behandelte im Berichtsjahr 47 (40) Einsprachen gegen Verfügungen:

Abgewiesen	30	(35)
Teilweise gutgeheissen	4	(1)
Gutgeheissen	7	(4)
Sistiert; nicht eingetreten	6	(0)

Das Verwaltungsgericht behandelte im Berichtsjahr 13 (7) Beschwerden (inklusive pendente Fälle aus dem Vorjahr) gegen Einspracheentscheide der kantonalen Arbeitslosenkasse:

Abgewiesen	7	(5)
Nicht eingetreten	2	(0)
Gutgeheissen	4	(2)

5. Arbeitsinspektorat

5.1 Industrielle Betriebe

Am Jahresende unterstanden 153 (153) industrielle Betriebe dem Arbeitsgesetz. Die Branchenverteilung dieser Betriebe blieb unverändert.

5.2 Gesundheitsvorsorge, Betriebssicherheit

Zur Überwachung des Gesundheitsschutzes, der Arbeitsplatzbedingungen, der Arbeitshygiene, der Arbeitssicherheit und der gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitszeiten wurden 117 (165) Inspektionen in nicht-industriellen und 35 (85) in industriellen Betrieben vorgenommen. 15 (20) schwere Arbeitsunfälle wurden von der Polizei gemeldet und untersucht. Weiter wurden folgende Projektgenehmigungen erteilt:

Projektgenehmigungen	2009	2008	2007
Plangenehmigungen	13	14	17
Betriebsbewilligungen	4	8	8
Planbegutachtungen	191	188	169

5.3 Arbeits- und Ruhezeit (Arbeitsgesetz)

Kantonale Arbeitszeitbewilligungen	2009	2008	2007
Sonntagsarbeit	137	169	145
Nachtarbeit	55	48	45
Total	192	217	190

17 (25) Gesuche für Sonntagsarbeit wurden abgelehnt.

5.4 Ruhetagsverordnung

Für ausserordentliche Arbeiten an nicht-arbeitsgesetzlichen Feiertagen wurden 23 (19) Gesuche bewilligt. Fünf Gesuche mussten abgelehnt werden. Verkaufsgeschäfte dürfen an höchstens vier Sonn- und Feiertagen pro Kalenderjahr geöffnet sein. Hierfür wurden 139 (174) Einzel- und Kollektivbewilligungen erteilt.

5.5 Jugendarbeitsschutz

Bei 15 Betriebskontrollen wurde die Einhaltung der Sonderbestimmungen zum Schutz der jugendlichen Arbeitnehmenden überprüft. Dabei gab es keine Beanstandungen.

5.6 Heimarbeit

Im kantonalen Heimarbeiterregister waren am Jahresende vier (4) Betriebe mit total 73 (82) Arbeitnehmenden eingetragen.

5.7 Gewerbeaufsicht

Schaustellerpatente, Reisende	23	(28)
Lottospiele	334	(337)
Tombolen	68	(65)
Lotterien	21	(45)
Bewilligung zur Vermittlung von Konsumkrediten	1	(5)
Verschiedene Bewilligungen	3	(3)

In zwei (1) Verkaufsgeschäften wurden Verletzungen der Preisbekanntgabepflicht festgestellt.

5.8 Eich- und Messwesen

Messmittel:

Geeichte und geprüfte Messmittel	2019	(2110)
Beanstandete Messmittel	89	(73)

Deklarationskontrollen und Marktüberwachung:

Kontrollen von industriellen Fertigpackungen	109	(82)
Beanstandete industrielle Fertigpackungen	14	(9)
Kontrollen von Zufallspackungen	273	(85)
Beanstandete Zufallspackungen	36	(6)

C. Amt für Wirtschaft

1. Wirtschaftsförderung

1.1 Wirtschaftliche Standortwerbung

Die Standortwerbung im Ausland wurde mit den Standortpromotionsorganisationen Greater Zurich Area AG (GZA) sowie Osec Business Network Switzerland (Osec) betrieben. Die kantonale Wirtschaftsförderung nahm an einem Osec-Wirtschaftsforum in Deutschland teil.

Die kantonale Wirtschaftsförderung behandelte insgesamt 122 (134) neue Ansiedlungsanfragen und begleitete zehn (4) ausländische und acht (6) inländische Unternehmen auf dem Weg zur Ansiedlung. 29 (21) neue Arbeitsplätze wurden durch die neu zugezogenen Unternehmen geschaffen.

Im Oktober 2009 fand das 4. Wirtschaftsforum des Kantons Schwyz statt. 355 (460) Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wirtschaft und Politik nahmen an dieser Veranstaltung zum Thema «Konsum und Detailhandel als Motoren der Binnenwirtschaft» teil.

1.2 Fonds zur Förderung der kantonalen Volkswirtschaft

Die Abrechnung der Schwyzer Kantonalbank (SZKB) weist per 31. Dezember 2009 einen Saldo von Fr. 155 607.53 (Fr. 165 391.13) aus. Im Berichtsjahr wurden folgende Beiträge ausgerichtet:

Fr. 30 000.– für das Technologiezentrum Steinen;
Fr. 10 760.– an die BAK Basel Economics AG für die Aufdatierung 2009/2010 des Moduls «Besteuerung».

Der Fonds wurde 2009 wiederum mit Einlagen des Kantons und der SZKB von je Fr. 15 000.– geäufnet.

1.3 Verein InnovationsTransfer Zentralschweiz (ITZ)

Der Verein InnovationsTransfer Zentralschweiz (ITZ) wird von den sechs Zentralschweizer Kantonen getragen und bietet den Unternehmen kostenlose Erstberatungen im Bereich Wissens- und Technologietransfer an. Diese Dienstleistungen erfreuen sich seit Jahren einer konstant hohen Nachfrage.

1.4 Genossenschaft Technologiezentrum Linth (TZL)

Das Gründer- und Beratungszentrum Technologiezentrum Linth (TZL) in Ziegelbrücke siedelt aktiv neue Unternehmen an und bietet gleichzeitig Dienstleistungen für bereits bestehende Unternehmen in der Region, die neben dem Kanton Glarus die Bezirke March, Höfe und Einsiedeln umfasst. Das TZL führte im Berichtsjahr wiederum mehrere Beratungen im Kanton Schwyz durch. Zusätzlich wurde die internetbasierte Kontaktplattform «Contact Point» weiter ausgebaut. Dieses Instrument hat sich mittlerweile als ein wichtiger Marktplatz für Geschäftsgelegenheiten etabliert. Der Kanton Schwyz beteiligt sich mit einem jährlichen Beitrag von Fr. 15 000.– am TZL.

1.5 Technologiezentrum Steinen (TZS)

Im Rahmen des Dienstleistungsangebotes des Technologiezentrums Steinen (TZS) wurden im Berichtsjahr 67 (60) Beratungs-, Ansiedlungs- und Coaching-Gespräche für Neuunternehmer und bereits etablierte Unternehmen geführt. Von den Leistungen profitierten eingemietete und regionale Unternehmen. Ende 2009 waren fünf (5) Unternehmen in den Räumlichkeiten des TZS eingemietet, wobei zwei Unternehmen ausgezogen sind und zwei neue dazugewonnen werden konnten.

Die vier im Zentrum durchgeführten Business-Anlässe mit den Themen Unternehmensgründung, Lohndatenmanagement und Business-Knigge (2) waren mit total 154 Teilnehmenden sehr gut besucht. Unter dem Thema «Erfolgreich ins eigene Unternehmen starten» informierten sich 33 Personen, die eine Selbstständigkeit anstreben oder die ersten Schritte bereits eingeleitet hatten, über die spezifischen Bedingungen der Unternehmensgründung.

In Zusammenarbeit mit der kantonalen Wirtschaftsförderung führte das TZS im Berichtsjahr die 4. Tischmesse des Kantons Schwyz durch, an der 98 (98) Aussteller teilnahmen. Das TZS finanziert sich zu einem Teil über den Fonds zur Förderung der kantonalen Volkswirtschaft, weitere Betriebsmittel in der Höhe von rund Fr. 26 000.– werden über Mitgliederbeiträge des Vereins Technologiezentrum Steinen und die Tischmesse generiert. Diese Mittel fliessen wiederum in die kostenlosen Beratungen und in die Netzwerk-Veranstaltungen. Kanton, Bezirk, Gemeinden und Gewerbe bilden den Trägerverein, der Ende 2009 28 (31) Mitglieder zählte.

1.6 Micro Center Central-Switzerland (MCCS)

Das zehnte Geschäftsjahr der Mikrotechnologie-Initiative Zentralschweiz umfasste wiederum verschiedenste Aktivitäten in den drei Aktionsfeldern des Micro Center Central-Switzerland (MCCS). Neben der Unterstützung von Aus- und Weiterbildungsaktivitäten sowie der Koordination des Mikrotechnologie-Clusters Zentralschweiz war die anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung das wichtigste Aktionsfeld. Die angestrebten Umsatzziele in Forschung und Entwicklung konnten trotz Wirtschaftskrise mit annähernd 8 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden. Davon wurden 3 Mio. Franken für angewandte Forschung verwendet, während rund 5 Mio. Franken aus Entwicklungsprojekten mit Industriepartnern resultieren. Die Forschungsmittel werden zu je 1.5 Mio. Franken vom Bund und den Kantonen der Zentralschweiz finanziert, wovon der Kanton Schwyz einen jährlichen Beitrag von Fr. 175 550.– leistet. Aus dem Kanton Schwyz sind drei namhafte Unternehmen als Aktionäre am MCCS beteiligt.

Weitere Schwerpunkte bildeten Massnahmen zur Sicherstellung der Forschungsfinanzierung im Rahmen des FH-Konkordats sowie Aktivitäten zur Vernetzung von Zentralschweizer Unternehmen. So wurde zusammen mit dem Amt für Wirtschaft eine Impulsveranstaltung mit dem Thema «Innovation durch neue Technologien» in Pfäffikon durchgeführt. Mit der Veranstaltung konnten Unternehmen aus dem Kanton Schwyz die Innovationspotenziale von Mikrotechnologie aufgezeigt werden.

2. Regionalpolitik

2.1 Regionalpolitik

Das Bundesgesetz über Regionalpolitik vom 1. Januar 2008 bezweckt, die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Regionen zu stärken und deren Wertschöpfung zu erhöhen. Auf diese Weise werden in den Regionen Arbeitsplätze geschaffen und erhalten. Die dezentrale Besiedlung sowie der Abbau regionaler Disparitäten sind somit die politischen Ziele der Neuen Regionalpolitik (NRP).

Optimierung der Strukturen und Prozesse

Im Jahr 2009 wurden die Strukturen der Regionalentwicklungsverbände (REV) Einsiedeln und Rigi-Mythen so weit optimiert und organisiert, dass sie die neuen Anforderungen an die Regionalentwicklung erfüllen können. Neu wurde eine gemeinsame Ge-

schaftsleitung, bestehend aus den beiden REV-Präsidenten, bestimmt. In allen Regionalentwicklungstätigkeiten werden sie fachlich und operativ vom Geschäftsstellenleiter unterstützt.

Seit der NRP-Einführung im Kanton Schwyz gehört der Bezirk March neu ebenfalls in den Wirkungsbereich der Regionalpolitik. Bezirk und Gemeinden der March verzichten jedoch auf die Gründung einer eigenen Regionalentwicklungsorganisation. Der Kanton Schwyz betreut Projektträger somit direkt.

Behebung von Defiziten bei der Infrastrukturausstattung

Der Bund schuf 2009 im Rahmen der zweiten Stufe der konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen Anreize für vorgezogene Infrastrukturinvestitionen. Zusätzlich zu den bekannten Anforderungen der Regionalpolitik müssen diese Infrastrukturvorhaben bis Ende 2010 vollständig fertig gestellt sein. Aus dem Kanton Schwyz wurden vom Bund die beiden Projektanträge «Stuckli Power 2013» der Sattel-Hochstuckli AG sowie «Fertigstellung der Erschliessung Büöl» der Korporation Illgau als unterstützungswürdig eingestuft und mit Beiträgen von Fr. 1.4 Mio. beziehungsweise Fr. 250 000.– unterstützt. Der Kanton beteiligt sich mit Äquivalenzleistungen in Form von A-fonds-perdu-Beiträgen von insgesamt Fr. 365 000.– an den Projekten.

Positionierung und Aufbau wettbewerbsfähiger Angebote

Das Amt für Wirtschaft hatte sich mit mehreren Projektanträgen zu befassen.

Das Projekt «Rigi Plus», welches sich über neun Gemeinden der Kantone Luzern und Schwyz erstreckt und die Inwertsetzung der Marke «Rigi» sowie die Vernetzung der Rigi-Anrainergemeinden zum Ziel hat, ist mit der Rigi-Landsgemeinde schon kurz nach dessen Start positiv in Erscheinung getreten.

Förderung der Innovationsfähigkeit und des Wissensmanagements

Die Regionen Luzern West, Rigi-Mythen, Einsiedeln, Sarneraatal und Uri führten unter dem Konzept «Wissensregion» Unternehmensgespräche 2009/2010 durch. In allen Regionen stand der Themenschwerpunkt «Energie im eigenen Unternehmen» im Zentrum des Programms. Die administrative Abwicklung des Projekts wurde dem Amt für Wirtschaft des Kantons Schwyz übertragen.

2.2 Projekte Bundesgesetz über Investitionshilfe für Berggebiete (IHG)

Aufgrund des Bundesgesetzes über Investitionshilfe für Berggebiete (IHG) vom 21. März 1997 sicherte der Regierungsrat im Rahmen der dem Kanton zur Verfügung gestellten Bundesmittel Investitionshilfedarlehen zu. Das Gesetz wurde per 31. Dezember 2007 durch das Bundesgesetz über Regionalpolitik abgelöst. 2009 erfolgten Auszahlungen der Darlehen für die Bauprojekte: Hallenbad Minster in Unteriberg, Sesselbahn und Beschneigung Klingenstock, Stoos, Jagd- und Sportschiessanlage Selgis, Muotathal, sowie Umbau des Theresianums Ingenbohl. Die Projekte Mehrzweckgebäude in Rothenthurm und Neubau des Rigi-Bahnhofs Arth-Goldau befinden sich noch in der Realisierungsphase. Aufgrund der teilweise sehr langen Laufzeit der Darlehen, bis 25 Jahre je nach geschätzter Lebensdauer der Anlage, laufen zurzeit Rückzahlungen für 91 Darlehen.

Als Folge des Konkurses der Genossenschaft Nationale Skisprunganlage Eschbach (NaSE), Einsiedeln, mussten Bund und Kanton Verluste aus dem Investitionsdarlehen im Umfang von je Fr. 335 994.– tragen. Die Rückzahlung des übrigen Investitionsdarlehens von Fr. 2 824 000.– ist durch eine Bankgarantie gedeckt und damit trotz Konkurs gesichert. Die 20-jährige Laufzeit dauert bis ins Jahr 2024.

3. Tourismus

Zur Unterstützung der Information und des Service public richtete der Kanton Schwyz auch im Berichtsjahr Beiträge an die Tourismusorganisationen Tourismusverband des Kantons Schwyz (tvsz), Luzern Tourismus (LTAG) und Rapperswil-Zürichsee Tourismus (RZT) aus.

3.1 Projekt Tourismusstrategie

Im Umsetzungsprogramm zur Neuen Regionalpolitik (NRP) ist die Erstellung einer kantonalen Tourismusstrategie ein Schlüsselprojekt. Ziel ist vorab eine vertiefte Analyse der touristischen Angebote und Nachfrage, um daraus ableitend die Tourismusstrukturen zu optimieren und die Schwerpunkte für die touristische Entwicklung im Kanton Schwyz festzulegen. Dies einerseits als Grundlage für die Investitionsförderung im Rahmen der NRP und andererseits als Orientierungshilfe für die einzelnen Tourismusorganisationen und touristischen Leistungsträger.

Die Projektleitung obliegt dem Amt für Wirtschaft. Dieses wird von einem Projektausschuss mit Spezialisten aus verschiedenen Ämtern unterstützt. Das Institut für Öffentliche Dienstleistungen und Tourismus der Universität St. Gallen erhielt den Auftrag, die konzeptionellen Grundlagen für die Tourismusstrategie mit dem Projektausschuss zu erarbeiten. An drei Workshops mit jeweils 50 Praktikerinnen und Praktikern aus der Branche wurden diese Grundlagen diskutiert und eine Strategie wurde erarbeitet.

Die Revision des Kurtaxengesetzes wurde bis zum Vorliegen der Tourismusstrategie zurückgestellt, nachdem im Vernehmlassungsverfahren Erweiterungen des Verwendungszwecks gefordert worden waren, die mit dem Charakter der Kurtaxe nicht vereinbar wären.

4. Handelsregister

Im Berichtsjahr wurden 7413 (5841) Journaleintragungen vorgenommen. Dies entspricht einem Anstieg um 1572 Eintragungen oder 26.9%. Bedingt durch die Gesetzesänderung bezüglich Revisionspflicht der juristischen Personen (Opting-Out) sowie die Zunahme der im Handelsregister eingetragenen Firmen nehmen die Eintragungen von Änderungen und die Nachfrage nach anderen Dienstleistungen erheblich zu.

Das Handelsregister verzeichnete am 31. Dezember 2009 12 570 (11 842) eingetragene Firmen. Die Nettozunahme beträgt 728 (695) oder 6.1% (6.2%). Stark zugenommen haben die Aktiengesellschaften (+368) und die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (+259). Das eingetragene Gesellschaftskapital erhöhte sich von 4.7 auf 4.9 Mia. Franken.

	Bestand 1. Januar 2009	Bestand 31. Dezember 2009	Zu- / Abnahme
Einzelfirmen	3 122	3 214	92
Kollektivgesellschaften	261	264	3
Kommanditgesellschaften	56	50	-6
Aktiengesellschaften	4 575	4 943	368
GmbH	3 084	3 343	259
Genossenschaften	190	190	0
Besondere Rechtsformen	1	2	1
Vereine	56	58	2
Stiftungen	283	279	-4
Zweigniederlassungen	214	227	13
Total	11 842	12 570	728

5. Wirtschaftsdaten

5.1 Wirtschaftslage

Das reale Bruttoinlandprodukt (BIP) des Kantons Schwyz ging 2009 um 1.6% zurück (2008: +2.1%). Dieser Rückgang ist vor allem auf den sekundären Sektor zurückzuführen (-2.2%), der im vergangenen Jahr unter einem rezessionsbedingten Einbruch der ausländischen Nachfrage litt. Die Schwyzer Exporte schrumpften 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 18.6%. Aber auch das Dienstleistungsgewerbe (-1.2%) sowie die Land- und Forstwirtschaft (-2.9%) konnten das Wertschöpfungsniveau nicht halten.

5.2 Entwicklung der Wohnbevölkerung

Gemäss der alljährlichen Erhebung bei den Bezirken und Gemeinden zählte die ständige Wohnbevölkerung im Kanton Schwyz per 31. Dezember 2009 total 144 600 Personen. Dies entspricht im Vergleich zum Vorjahr einer Zunahme um 995 Personen (+0.7%). Damit ist die Schwyzer Bevölkerung deutlich langsamer gewachsen als noch 2008 (+2640 / +1.9%).

In sieben (6) Gemeinden nahm die ständige Wohnbevölkerung ab: Ingenbohl (-12), Muotathal (-33), Rothenthurm (-15), Unteriberg (-10), Galgenen (-13), Vorderthal (-6) und Wollerau (-8). Vier (9) Gemeinden wuchsen um über 100 Personen, nämlich Lachen (+113), Schübelbach (+106), Wangen (+103) und Einsiedeln (+157).

5.3 Entwicklung der Beschäftigten und Arbeitsstätten

2008 arbeiteten insgesamt 64 607 Personen im Kanton Schwyz, was umgerechnet rund 53 470 Vollzeitstellen entspricht. Die Zahl der Beschäftigten nahm seit 2005 um 8.8% zu, was einer der höchsten relativen Beschäftigungszunahmen in der Schweiz entspricht. Das durchschnittliche schweizerische Beschäftigungswachstum betrug in der gleichen Zeitspanne 7.4%.

Die Zahl der Arbeitsstätten nahm zwischen 2005 und 2008 um 5.3% (+497) zu und belief sich 2008 auf total 9934. Während im Dienstleistungssektor die Zahl der Arbeitsstätten um 8.2% (+470) anstieg, gingen im Primärsektor (Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei) 75 Arbeitsstätten respektive 4% verloren. Der Rückgang des Primärsektors manifestiert sich auch in der Beschäftigung (-2.5% oder -120). Der sekundäre Sektor (+5.7%, +1006) sowie der Dienstleistungssektor (+11.7%, +4323) weisen dagegen relativ starke Zugewinne an Beschäftigten aus.

5.4 Taschenstatistik «Der Kanton Schwyz in Zahlen»

Unter Mithilfe des Amtes für Wirtschaft wurde die Taschenstatistik «Der Kanton Schwyz in Zahlen» inhaltlich erweitert und gestalterisch aufgewertet. In Zukunft wird das Amt die Verantwortung für die Datenbeschaffung tragen, während die Schwyzer Kantonalbank für das Layout und den Druck zuständig ist.

5.5 BAK Taxation Index

Der von der Konjunkturforschungsstelle BAK Economics regelmässig berechnete BAK Taxation Index weist quantitativ und objektiv vergleichbare Indikatoren zur Steuerbelastung von Regionen aus. Seit Jahren hat sich das Amt für Wirtschaft dafür eingesetzt, dass die Steuerbelastung nicht nur für den Kantonshauptort, sondern auch für die steuergünstigste sowie steuerungünstigste Gemeinde je Kanton berechnet wird. Gerade für den Kanton Schwyz, in dem zwischen den Gemeinden grosse Steuerbelastungsunterschiede bestehen, kann dies zu einem bedeutsamen Informationsgewinn, gerade auch für die Wirtschaftsförderung, führen.

5.6 Projekt Registerharmonisierung

Die Harmonisierung der Einwohnerregister durch die einzelnen Gemeinden ist eine notwendige Voraussetzung für die erste registrierte Volkszählung per 31. Dezember 2010. Ein Jahr vor diesem Termin zeigte sich die Situation in den Schwyzer Gemeinden wie folgt:

Die Zuweisung der neuen AHV-Nummer (AHVN13) an die Personen in den Einwohnerregistern der Gemeinden steht kurz vor Abschluss. Bereits bei 95% der Personen konnte die AHVN13 in den Einwohnerregistern nachgeführt werden.

Die Konsolidierung des eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregisters ist beinahe abgeschlossen. 27 Schwyzer Gemeinden haben diese Arbeit beendet. Die Zuweisung der eidgenössischen Gebäude-Nummern (EGID) an die Personen in den Einwohnerregistern schreitet voran: 85% der Bevölkerung des Kantons Schwyz verfügten Ende Berichtsjahr über einen zugewiesenen EGID. Ebenfalls weit fortgeschritten ist die Zuweisung der eidgenössischen Wohnungsnummern (EWID): Die Zuweisungsquote liegt bei 74%.

D. Amt für Migration

1. Einreise/Aufenthalt

1.1 Ständige ausländische Wohnbevölkerung

Am 31. Dezember 2009 wohnten insgesamt 26 026 (25 634) ausländische Staatsangehörige im Kanton. Gemessen an der Gesamtbevölkerung im Kanton Schwyz beträgt der Ausländeranteil 18.0% (17.8%).

	EU- / EFTA- Staaten	Drittstaaten	Total	Vorjahr
Niederlassungsbewilligung:				
Männliche Personen	4 695	4 912	9 607	(9 299)
Weibliche Personen	3 588	4 673	8 261	(8 023)
Zusammen	8 283	9 585	17 868	(17 322)

Jahresaufenthaltsbewilligung:

Männliche Personen	2 825	1 089	3 914	(3 257)
Weibliche Personen	2 094	1 447	3 541	(3 121)
Zusammen	4 919	2 536	7 455	(6 378)

1.2 Wichtigste Herkunftsstaaten

	2009	2008	2004	1999
Bundesrepublik Deutschland	5 892	5 538	2 967	1 832
Serbien	² 4 485	¹ 5 197	¹ 5 533	¹ 5 354
Italien	3 114	3 152	3 236	3 444
Kroatien	1 203	1 245	1 331	1 299
Bosnien-Herzegowina	1 195	1 281	1 504	1 518
Portugal	1 168	1 156	794	652
Mazedonien	998	1 039	1 027	966
Türkei	942	987	1 142	1 265
Österreich	822	827	701	558
Sri Lanka	670	697	623	133

¹ inklusive Kosovo

² exklusive Kosovo (Bestand Kosovo 664)

2. Asylwesen

2.1 Asylgesuche

Es wurden 210 (261) Asylgesuche eingereicht. Am Jahresende hielten sich 317 (316) Asylbewerber und 372 (350) vorläufig Aufgenommene im Kanton auf. 233 Asylsuchende fanden Aufnahme in den kantonalen Durchgangszentren Degenbalm und Grünenwald. Durchschnittlich hielten sich 90 Personen in den Zentren auf, was einer Auslastung von 70% entspricht.

2.2 Ausschaffungen

48 (34) Ausschaffungen wurden vollzogen. Davon betroffen waren 30 (12) Asylbewerber und 18 (22) andere Ausländer.

52 (47) Ausländerinnen und Ausländer wurden in Vorbereitungs- oder Ausschaffungshaft genommen. Für 20 (19) Festgenommene dauerte die Haft weniger als vier Tage. Das Verwaltungsgericht prüfte 32 Haftfälle. 19 (14) Asylbewerber verliessen freiwillig die Schweiz.

2.3 Nichteintretensentscheid

Die Empfangsstellen wiesen dem Kanton 19 (16) Personen mit einem Nichteintretensentscheid für den Vollzug zu.

2.4 Nothilfe

Gesamthaft wurden in der Nothilfeunterkunft Chaltbach 1963 (1131) Übernachtungen verzeichnet.

3. Passbüro

Total wurden 16 736 (17 901) Schweizer Ausweise ausgestellt: 3594 (4374) Pässe, 1230 (1153) biometrische Pässe, 235 (250) provisorische Pässe und 11 677 (12 124) Identitätskarten.

E. Amt für Landwirtschaft

Finanzen

In Fr. 1000.–	2009 V	2009 R	Abw.
Aufwand	85 066	88 214	3 148
Ertrag	73 278	76 517	3 239
Globalbudget	11 789		
Nachkredit	136		
Globalbudget inklusive NK	11 924	11 698	–226 ○
Nettoinvestitionen	3 431	3 216	–215 ○

Kommentar:

Das Globalbudget inklusive Nachkredit wurde nicht vollumfänglich beansprucht. Dies ist einerseits auf Minderaufwendungen im Verwaltungsbereich und auf tiefere Abschreibungskosten zurückzuführen, welche die Mehrkosten für die Tierseuchenbekämpfung und für den Bereich Pflanzenschutz infolge hohen Feuerbrandbefalls auffangen konnten. Andererseits resultierten Mehreinnahmen, weil Kontrollkosten im Auftragsverhältnis und für Sondermassnahmen im Rahmen der Öko-Qualitätsverordnung verrechnet werden konnten. Zudem fielen höhere Entschädigungen für Tiefbauprojekte an.

Projekte

Projekt GIS-LWN

Mit dem Projekt GIS-LWN werden die Direktzahlungen betreffend, landwirtschaftlich relevanten Flächendaten mittels Geo-Informationssystem unter Einsatz eines Datenmodells auf der Basis von papierenen Planwerken und der Daten der Amtlichen Vermessung mit dem Computer erfasst. Der Perimeter des Projekts umfasst das Gebiet der landwirtschaftlichen Nutzfläche des ganzen Kantons Schwyz.

Projektstand:

Ende 2009 waren neun Gemeinden in Bearbeitung, wovon die Gemeinde Ingenbohl kurz vor Erfassungsabschluss steht. Organisatorisch fand 2009 eine Optimierung der Arbeitsabläufe und der Terminplanung statt. Die Bearbeitung der bisherigen Gemeinden hat gezeigt, dass die ursprünglich vorgesehene Verzahnung von zahlreichen Arbeitsschritten seitens des Unternehmers und des Amtes nicht ideal war. Dies hätte zu mehr oder weniger grossen Arbeitsunterbrüchen beim Unternehmer und damit zu Terminverzögerungen und möglicherweise zu Kostensteigerungen geführt. Der Abschluss der externen Erfassungsarbeiten durch den Unternehmer ist auf Ende 2011 terminiert. Interne Arbeitsschritte, die grosse Personalressourcen binden wie die Datennachführung und das Mitwirkungsverfahren der betroffenen Bewirtschafter, sind in den Jahren 2012 und 2013 vorgesehen.

PG1: Agrarmassnahmen und Bodenrecht

Ziele

- Korrekte und termingerechte Beiträge an die Landwirtschaftsbetriebe leisten
- Genügend Lagervolumen für Hofdünger, ausgeglichene Nährstoffkreisläufe und Mindestabstände durchsetzen
- Stellungnahmen zu Baugesuchen und Gesuche zum bäuerlichen Bodenrecht korrekt und termingerecht behandeln
- Leistungsauftrag mit den kantonalen Zuchtorganisationen erfüllen

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Korrekte Zahlungen und eingehaltene Auszahlungsfristen	>98%	100%	2%	○
Genügend Lagervolumen für Hofdünger, gültige Nährstoffbilanzen, eingehaltene Mindestabstände	>98%	100%	2%	○
Behandlungsfrist für Entscheid bzw. Stellungnahme gemäss Terminvorgabe	>80%	93%	13%	○
Anzahl übermittelte Fehler zu Anzahl eingereichte Tierhalterlisten	<2%	0%	-2%	○

Kommentar:

1579 Landwirtschaftsbetriebe, welche die rechtlichen Voraussetzungen erfüllten, erhielten am 10. Juli 2009 und 10. Dezember 2009 termingerecht Direktzahlungsbeiträge. Die Kontrollvorgaben des Bundes bezüglich Rhythmus und Koordination wurden vollständig eingehalten. 32.4% der beitragsberechtigten Betriebe wurden bezüglich Einhaltung der Bedingungen kontrolliert. 446 Betriebe erhielten Sömmerungsbeiträge. Es wurde ein Starthilfegesuch für ein innovatives Projekt eingereicht und mit einer einmaligen Starthilfe von Fr. 5000.– unterstützt. Fünf Betrieben konnten für die Umstellung auf die biologische Produktion Beiträge von total Fr. 11 330.– ausbezahlt werden. 1485 neu gepflanzte Hochstamm-Feldobstbäume erfüllten die Förderbedingungen, so dass 168 Landwirten Beiträge von total Fr. 103 950.– ausgerichtet werden konnten. 273 Betriebsleiter profitierten von Beiträgen

im Umfang von Fr. 253 577.– für die Bewirtschaftung von 905.68 Hektaren Steillagen. Der Regierungsrat hat drei Vernetzungsprojekte bewilligt, nämlich Arth-Goldau für die erste sowie Sattel und Illgau für die zweite Verpflichtungsperiode. 2491 ha der ökologischen Ausgleichsflächen und 13 193 Hochstammobstbäume sind in insgesamt 15 Projekten vernetzt. Inzwischen erreichen insgesamt 2225 Hektaren der ökologischen Ausgleichsflächen die Anforderungen für die biologische Qualität. 21 212 Hochstammobstbäume stehen in Qualitätsobstgärten. Im Jahr 2009 konnten somit Fr. 4 310 892.– (davon Kantonsanteil Fr. 862 342.–) nach der Öko-Qualitätsverordnung an 1277 Betriebsleiter ausbezahlt werden. Das Stapelvolumen für die Hofdünger ist auf den Schweizer Landwirtschaftsbetrieben in ausreichendem Umfang vorhanden. Das Problem der örtlichen Verteilung wurde mit 97 Einmietverträgen mit durchschnittlich 87 m³ Lagervolumen pro Vertrag geregelt. Für sämtliche 1609 ÖLN-Betriebe liegt eine ausgeglichene Nährstoffbilanz vor. Die Mindestabstände wurden bei 15 Neubauten überprüft und gaben zu keinen Beanstandungen Anlass. Es wurden insgesamt 122 Fachberichte sowie 94 Stellungnahmen zu Baugesuchen abgegeben. Die Behandlungsfrist konnte in allen Fällen eingehalten werden. Von den insgesamt 163 Gesuchen zum bäuerlichen Bodenrecht wurden 138 oder 84.6% innerhalb von fünf Wochen entschieden. Gegen sechs von insgesamt 96 Verfügungen wurde Beschwerde erhoben. Vier davon sind beim Verwaltungsgericht noch hängig. Eine Beschwerde wurde gutgeheissen, eine andere als gegenstandslos abgeschrieben. Im Jahr 2009 wurden beim Grossvieh 422 und beim Kleinvieh 164 Aussteller registriert. Bei der Übermittlung der Daten von total 521 Tierhaltern sind keine Fehler entstanden.

PG2: Strukturverbesserungen

Ziele

- Gesuche für Investitionshilfen und Antragstellung an die zuständigen Stellen korrekt und termingerecht bearbeiten
- Rechnungen betreffend Rückzahlungen von Investitionskrediten und Betriebshilfen korrekt und termingerecht ausfertigen und zustellen
- Vollständige und termingerechte Rückzahlung der Investitionskredite und Betriebshilfen sicherstellen
- Stellungnahme zu landwirtschaftlichen Baugesuchen korrekt und termingerecht behandeln

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Eingabefrist 15. Oktober eingehalten	100%	100%	0	○
Anzahl von korrekten Ausfertigungen und Zustellung im Verhältnis zur Gesamtzahl von Rechnungen	>99%	100%	1%	○
Ausstehende Rückzahlungen im Verhältnis zur gesamten jährlichen Rückzahlung	<1%	0	-1%	○
Behandlungsfrist gemäss Terminvorgabe	>80%	95%	15%	○

Kommentar:

Die Beitragsgesuche für Strukturverbesserungsprojekte wurden im Rahmen des Zusicherungskredites des Bundes von 2.49 Mio. Franken termingerecht bearbeitet. Der Bund stellte im Frühling 2009 0.51 Mio. Franken im Rahmen des zweiten Stabilisierungsprogramms zur Verfügung. Insgesamt wurden an 18 Hochbau- und 32 Tiefbauprojekten Strukturverbesserungsbeiträge zugesichert. Die kantonale Gegenleistung beläuft sich auf 2.83 Mio. Franken. Die Beiträge lösten ein Bauvolumen von circa 13.8 Mio. Franken aus. Für Strukturverbesserungsprojekte kamen im Rahmen von Teil- und Schlussabrechnungen 3.18 Mio. Franken Bundesbeiträge, 2.81 Mio. Franken Kantonsbeiträge und 0.88 Mio. Franken Bezirksbeiträge zur Auszahlung.

Der Fonds für landwirtschaftliche Investitionskredite und Betriebshilfen vergab Investitionskredite von 8.79 Mio. Franken und Betriebshilfedarlehen von 0.58 Mio. Franken.

Der Darlehensbestand «Investitionskredite» beträgt per 31. Dezember 2009 rund 56.7 Mio. Franken. Der Darlehensbestand «Betriebshilfe» beläuft sich auf rund 4.2 Mio. Franken.

Für die Rückzahlung von Investitionskrediten und Betriebshilfen wurden 597 Rechnungen termingerecht zugestellt. Die Zahlungen erfolgten per 31. Dezember 2009 ohne Ausstände.

Die Fachberichte zu 232 Baugesuchen wurden im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens zu 95% fristgerecht abgegeben. In 81 Vorabklärungen wurde schriftlich zu baulichen Vorhaben Stellung genommen.

PG3: Beratung und Weiterbildung

Ziele

- Kundengerechte Weiterbildung anbieten
- Kundengerechte Beratungen erbringen
- Stufengerechter Unterricht in der Grundbildung und der strukturierten Weiterbildung von Landwirten erteilen
- Korrekte und termingerechte Entscheide im Pachtrecht und Pflanzenschutz fällen

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anzahl durchgeführte Kurse zur Anzahl angebotener Kurse	>75%	65%	–10%	●
Einnahmen aus Beratungsleistungen in Franken	>70 000	72 540	2 540	○
Externe Beurteilung durch Leiter Grundbildung BBZP (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4.0	4.0	0	○
Korrekte und termingerechte Entscheide im Pachtrecht und Pflanzenschutz fällen	<3	0	–3	○

Kommentar:

Die zunehmenden Herausforderungen an die Landwirte verlangen in einem schwieriger werdenden Marktumfeld eine ständige Weiterbildung. Heute werden Weiterbildungskurse in Bereichen angeboten, die weniger gefragt sind, aber in der Zukunft grosse Chancen bieten. Der Erfolg dieser Anstrengungen wird sich erst mit Verzögerung einstellen. Im laufenden Jahr wurden von 18 ausgeschriebenen Kursen elf durchgeführt. Die durchschnittliche Teilnehmerzahl betrug 20 Personen. Rund die Hälfte der Schwyzer Bauern besuchte mindestens eine Veranstaltung. Die Einzelberatungen sind komplexer und der zeitliche Aufwand ist grösser geworden. Die budgetierten Einnahmen aus Beratungsleistungen konnten realisiert werden.

Im Bereich Unterricht und der strukturierten Weiterbildung für Landwirte erhöhte sich die Anzahl der erteilten Lektionen im Rahmen des Leistungsauftrages mit dem Berufsbildungszentrum Pfäffikon auf 1726 verrechenbare Lektionen. Bei der externen Beurteilung wurde der geforderte Wert erreicht.

Zu 37 Gesuchen und Aufträgen zum landwirtschaftlichen Pachtrecht mussten 17 Verfügungen erlassen werden. Die Anzahl Gesuche für eine verkürzte Pachtdauer halbierte sich im Vergleich zu 2008, weil Pachtflächen in der Bauzone nicht mehr dem Pachtgesetz unterstehen.

F. Amt für Raumentwicklung

1. Allgemeines

Die seit der Departementsreform 2008 eingeführten Betriebsabläufe und die Prozesse des im Juli 2008 eingeführten, neuen Bau-

bewilligungsverfahrens wurden im Berichtsjahr mit den Bezirken, Gemeinden und kantonalen Stellen präzisiert und ergänzt.

Geschäftsstatistik (ohne Baugesuche)	2009	2008
Offene Geschäfte (per 1. Januar)	164	143
Neue Geschäfte	2000	2039
Erledigte Geschäfte (per 31. Dezember)	1972	2018
Offene Geschäfte (per 31. Dezember)	192	164

Behandlungsdauer:	2009	2008
Weniger als ein Monat	71.3%	72.0%
Weniger als zwei Monate	85.7%	89.0%

2. Richtplanung und kantonale Nutzungspläne

2.1 Kantonale Richtplanung

Am 6. November 2009 wurde dem Bund die Richtplanergänzung Rigi-Mythen (2. Teil) eingereicht. Die Genehmigung ist noch ausstehend.

Das behördliche Mitwirkungsverfahren für die regionale Richtplanergänzung «Mitte» wurde durchgeführt, die Bereinigung der Einwendungen ist abgeschlossen. Das öffentliche Mitwirkungsverfahren ist im Jahre 2010 vorgesehen.

2.2 Agglomerationspolitik des Bundes

Die Regierungen der Kantone Zürich, St. Gallen und Schwyz sowie die Räte der beteiligten Gemeinden gründeten am 2. Juli 2009 den Verein «Agglo Obersee». Dieser Verein ist Träger des gleichnamigen Agglomerationsprogramms, bereitet seine Umsetzung vor und fördert seine Weiterentwicklung. Beiträge des Bundes an Projekte des Programms werden an die Trägerschaft ausgerichtet (Bundesbeschluss über die Finanzierungsetappe 2011–2014 für das Programm Agglomerationsverkehr).

2.3 Kantonale Nutzungspläne

Neu erarbeitet das Volkswirtschaftsdepartement kantonale Nutzungspläne für regionale Entwicklungsschwerpunkte. Gestützt auf die regionale Richtplanergänzung Rigi-Mythen (Teil 1) und auf das revidierte Planungs- und Baugesetz stimmten die Gemeinden Schwyz und Ingenbohl der kantonalen Planung für die Entwicklungssachse Urmiberg zu. Die Vorarbeiten (Testplanung) wurden Ende Jahr abgeschlossen.

2.4 Modellvorhaben «Raum + Schwyz»

Im Rahmen der Richtplananpassung 2006 beurteilte der Bund die Obergrenze der Bauzonenreserven als hoch und vermutete namentlich, dass die inneren Nutzungsreserven unzureichend berücksichtigt seien. In der Folge starteten Bund, Kanton und die ETH Zürich ein gemeinsam getragenes Modellvorhaben «Raum + Schwyz». Im Rahmen dieses Projektes wurde eine kantonsweite Übersicht der inneren Bauzonenreserven ermittelt. Die Erhebung und Auswertung der Daten ist abgeschlossen.

Bauzonenreserven:	2009	prozentual
Rechtskräftige Bauzonen	4250 ha	100.0%
Reserven innerhalb Bauzonen	540 ha	12.7%
Davon verfügbar	250 ha	5.9%

3. Kommunale Richt- und Nutzungsplanung

Das Berichtsjahr schliesst mit 48 (69) Vorprüfungen und Genehmigungen von Ortsplanungsrevisionen (Richtpläne, Bauregle-

mente sowie Bau-, Landwirtschafts-, Schutzzonen- und Erschliessungspläne) und 78 (39) Vorprüfungen und Genehmigungen von Gestaltungsplänen. Für die 27 pflichtigen Gemeinden (von der Pflicht ausgenommen sind die Gemeinden Riemenstalden, Vorderthal und Innerthal) ist die Vorprüfung des Erschliessungsplanes abgeschlossen, und die öffentliche Planaufgabe ist durchgeführt. Unverändert verfügen 24 Gemeinden über eine rechtskräftige Erschliessungsplanung.

4. Das neue Baubewilligungsverfahren

Seit 1. Juli 2008 (Inkraftsetzung des revidierten Planungs- und Baugesetzes) gilt das neue Baubewilligungsverfahren. Neu sind Baugesuche innert zwei Monaten nach Einreichen der entsprechenden Unterlagen von der Gemeinde und vom Kanton gleichzeitig zu beurteilen. Erfordert ein Bauvorhaben neben der kommunalen Bewilligung auch kantonale Bewilligungen, erteilt das Amt für Raumentwicklung, gestützt auf die Fachberichte der sachzuständigen kantonalen Amtsstellen, eine kantonale Baubewilligung. Zu diesem Zweck wurde im Amt für Raumentwicklung eine Baugesuchszentrale geschaffen.

Die Zeit für den Aufbau der Baugesuchszentrale, die Umgestaltung der Arbeitsabläufe (inklusive Anpassen der betrieblichen Software) und deren Abstimmung mit den Arbeitsabläufen der Bezirke und Gemeinden war knapp bemessen. Im Jahre 2009 wurden daher die Abläufe überprüft und – wo nötig – angepasst. Zusammen mit der seit 2008 tätigen technischen Kommission (bestehend aus Vertretern der Bezirke, Gemeinden und kantonalen Stellen) wurden die Baugesuchsformulare, die Synchronisation der Abläufe zwischen Gemeinden und Kanton sowie die Abläufe innerhalb der kantonalen Verwaltung überarbeitet. Diese Arbeiten sind abgeschlossen und werden 2010 umgesetzt.

Erledigte Baugesuche beim Kanton	2009		2008*	
Total erledigte Gesuche	1476	100%	432	100%
Erledigte Gesuche innert 50 Tagen	1028	70%	N.N.	N.N.
Erledigte Gesuche innert 60 Tagen	1197	81%	358	83%
Erledigte Gesuche innert 90 Tagen	1378	93%	N.N.	N.N.

*nur Baugesuche ab 1. Juli 2008

Rund 18% (15%) aller Gesuche wurden mit unvollständigen Unterlagen eingereicht. 12% (10%) aller Gesuche waren mit Einsprachen belastet. Diese Werte haben im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugenommen. Die Erledigung solcher Gesuche verursacht Mehraufwand und führt zu längeren Behandlungszeiten.

2009 gingen insgesamt 1556 (1619) Gesuche ein. 1476 (1601) Gesuche sind erledigt, 261 (181) waren am 31. Dezember 2009 noch pendent.

Der vom Regierungsrat gemäss Bildungsbericht 2008–2015 angestrebte Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat) konnte nicht realisiert werden. Aufgrund heftigen politischen Widerstands gegen die frühere Einschulung und gegen bedarfsgerechte Tagesstrukturen beschloss der Kantonsrat im April 2009 mit grossem Mehr, auf die Vorlage nicht einzutreten. – Bei der Diskussion einer möglichen Weiterentwicklung der Sekundarstufe I stand eine flächendeckende Einführung der Kooperativen Sekundarstufe I (KOS) im Vordergrund der Überlegungen. Dieses Vorhaben erwies sich aufgrund einer Konsultation als noch nicht beschlussreif. Es sollen daher alternativ andere Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der Sekundarstufe I geprüft und dem KOS-Modell gegenübergestellt werden. – Mit dem Erlass der totalrevidierten Mittelschulverordnung sowie den entsprechenden Anpassungen bei den Vollzugserlassen konnte ein Markstein im Mittelschulwesen gesetzt werden. Die drohende Auflösung des Konkordats der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz (PHZ) und die damit verbundene Unsicherheit über die Zukunft der PHZ Schwyz in Goldau prägten das Berichtsjahr im Bereich der Hochschulen. – Die im Bereich Kulturförderung erstmals verliehenen Werkbeiträge für bildende Kunst gingen an Diana Seeholzer und Anton Bruhin.

A. Allgemeines

1. Erziehungsrat

Der Erziehungsrat behandelte an fünf ordentlichen Sitzungen neben wiederkehrenden Traktanden rund 80 Sach- und Personalgeschäfte aus den Bereichen Volksschulen und Sport sowie Mittelschulen. Zudem befasste er sich im Rahmen einer halbtägigen Klausursitzung mit dem kantonalen Konzept Kleinklasse zur Förderung von Kindern mit Verhaltensauffälligkeiten und nahm Stellung zum Lehrplan 21.

Im Bereich der Volksschulen standen vor allem folgende Themen zur Diskussion: Kooperative Sekundarstufe I: Reformvorschläge und flächendeckende Einführung; Schulkonzept der heilpädagogischen Zentren; Frage des Mehraufwands von Klassenlehrpersonen bei integrativer Förderung; Auftrag zur externen Evaluation des kantonalen Schulcontrollings; Klassengrössen: Anpassen der bestehenden Richtzahlen; Leistungsmessungen: Neuregelung Stellwerktest ab Schuljahr 2009/2010; Verlängerung des Schulversuchs «Tastaturschreiben» auf der Primarstufe um ein Jahr. Im Bereich der Mittelschulen befasste sich der Erziehungsrat neben Berichten über Visitationen, Aufnahmeprüfungen sowie Maturitäts- und Diplomprüfungen mit folgenden Themen: Bilinguale Matura: Genehmigung der Lehrpläne an der Kantonsschule Kollegium Schwyz; ETH-Studie «Maturanoten und Studienerfolg»: Resultate, Folgerungen und Massnahmen für den Kanton Schwyz; Grundsätze für den Aufbau des Qualitätsmanagements sowie für die Aufsicht im Bereich Mittelschulen.

2. Nicht-Eintreten auf den Beitritt zum HarmoS-Konkordat

Mit Beschluss Nr. 1391 vom 10. Dezember 2008, seiner im Bildungsbericht 2008–2015 kundgemachten Absicht folgend, beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat). Der Kanton Schwyz sollte sich damit verpflichten, Ziele und Strukturen der obligatorischen Schule in nachfolgenden Punkten anzugleichen: Einschulung nach dem erfüllten vierten Altersjahr; elf Jahre Schulpflicht; Festlegung der Bereiche und Ziele der Grundbildung; Bildungsstandards in den zu erwerbenden Kompetenzen; sprachregionale Lehrpläne; Blockzeiten und Tagesstrukturen; Überprüfung der Bildungsstandards durch Bildungsmonitoring.

In der politischen Diskussion stiessen insbesondere die frühere Einschulung sowie die bedarfsgerechten Tagesstrukturen auf Widerstand. Gestärkt durch Abstimmungserfolge in den Kantonen Luzern, Nidwalden, Thurgau und Graubünden, in denen das HarmoS-Konkordat vom Stimmvolk abgelehnt wurde, wurde bereits im Vorfeld zur Debatte im Kantonsrat das Referendum gegen einen allfälligen Beitritt des Kantons Schwyz angekündigt. In der Folge beschloss der Kantonsrat am 22. April 2009 mit 64 zu 30 Stimmen, auf die Vorlage nicht einzutreten.

B. Volksschulen und Sport

1. Abteilungen

1.1 Abteilung Schulaufsicht (ASA)

Seit 2009 werden alle Schulen durch eine ausgebildete Schulleitungsperson geführt, und alle Schulen verfügen über ein Qualitätskonzept. Die Schulinspektoren überprüfen die Umsetzung der Qualitätskonzepte sowie die Schul- und Jahresprogramme. Regelmässig wurde auch der Unterricht der Schulleitungspersonen mit Unterrichtsverpflichtung beobachtet und beurteilt. Im Weiteren konnten die sonderpädagogischen Konzepte von zehn Schulen geprüft und genehmigt werden. Darin legen die Schulen fest, welche Angebote für die Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedürfnissen zur Verfügung stehen. Neu wurden auch die beiden Heilpädagogischen Zentren sowie die Sprachheilschule Steinen der Abteilung Schulaufsicht zur Beaufsichtigung zugewiesen. Dafür wurde ein spezielles Aufsichts- und Beurteilungsmodell ausgearbeitet.

1.2 Abteilung Schulevaluation (ASE)

Gesamthaft wurden in 16 Evaluationseinheiten 210 Klassen und 346 Lehrpersonen überprüft. Die Stärken und Schwächen der Schule wurden in Evaluationsberichten aufgezeigt und Entwicklungsempfehlungen erteilt. Mit acht Lehrpersonen mussten Gespräche wegen Qualitätsmängeln geführt und durch Schulleitung und Inspektorat Massnahmen eingeleitet werden.

In allen 4. Primarklassen wurden wiederum die Leistungstests «Klassencockpit» und in den 3. Klassen der Sekundarstufe I die Leistungsmessungen in den Hauptfächern online mit dem Instrument «Stellwerk» durchgeführt. In allen anderen Klassen (1.–8.) wurden vorgegebene Orientierungsarbeiten durchgeführt und ausgewertet.

1.3 Abteilung Schulfragen (ASF)

Das kantonale Netzwerk zur Unterstützung der Volksschulen im Bereich «Gesundheitsförderung und Prävention» wurde aufgebaut und umfasste Ende Jahr 15 Schulen. Elf Projekte wurden mitfinanziert.

Die kantonale Englisch-Nachqualifikation haben in der dritten Staffel 63 Primarlehrpersonen abgeschlossen. Erstmals sind Schülerinnen und Schüler mit vier Jahren Primarschulenglisch in die Sekundarstufe I übergetreten. Die Lehrpersonen wurden an Einführungskursen auf die neue Situation vorbereitet. Der Unterricht erfolgt nach dem neuen Englisch-Lehrplan mit dem Lehrmittel «Inspiration».

Über die Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung wurden rund 6200 Teilnehmertage organisiert. 18 Lehrpersonen haben eine Intensivweiterbildung von zwölf Wochen absolviert.

1.4 Abteilung Schulpsychologie (ASP)

Im Schuljahr 2008/2009 wurden 1593 (1440) Kinder und Jugendliche zu einer schulpsychologischen Abklärung angemeldet. Bezogen auf die kantonale Gesamtschülerzahl von 17 159 (17 247) entspricht dies rund 9.3%.

72.3% (76%) der Bearbeitungen wurden durch die Schulen, 11.3% (14.3%) durch die Eltern angemeldet. 6.6% Anmeldungen erfolgten durch soziale, therapeutische, medizinische und psychiatrische Fachpersonen oder Fachstellen, 5.8% durch Sonderschulinstitutionen und 4% der Bearbeitungen wurden durch interne Dienste initiiert. Mit 69.4% (79%) der Fallbearbeitungen bildeten die Kinder im Primarschulalter den Hauptanteil, gefolgt von den Kindern aus dem Kindergarten und dem Vorschulbereich 17.2% (13%). Der Anteil der Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I und Jugendlichen in der nachobligatorischen Schulzeit machte 13.4% (8%) aus.

39% der Anmeldegründe standen im Zusammenhang mit Lern- und Leistungsschwierigkeiten. 22% der Anmeldungen betrafen Fragen zur schulischen Laufbahn. Bei 19% handelte es sich um Schwierigkeiten im sozialen, emotionalen Verhalten sowie im Arbeitsverhalten. 20% der Anmeldungen betrafen Bearbeitungen im Bereich verstärkter Massnahmen.

Legasthenie- und Dyskalkuliebehandlungen

Im Schuljahr 2008/2009 wurden 270 (286) Schülerinnen und Schüler wegen Lese- und Rechtschreibschwierigkeiten im Rahmen einer ambulanten Legasthenietherapie behandelt. Insgesamt wurden 7863 (8911) Lektionen aufgewendet.

Wegen Rechenschwierigkeiten wurden 146 (118) Schülerinnen und Schüler im Rahmen einer ambulanten Dyskalkulietherapie betreut. Insgesamt wurden 4197 (3237) Lektionen aufgewendet.

1.5 Abteilung Logopädie (ALO)

In allen Kindergärten des Kantons wurden auch 2009 logopädische Reihenuntersuchungen durchgeführt. Die Einführung weiterer Zweijahreskindergärten führte dazu, dass mehr Kinder bereits im Alter zwischen vier und fünf Jahren logopädisch erfasst werden konnten. Dies bedeutet einen wichtigen Zeitgewinn bei der Beratung von Eltern mit sprachauffälligen Kindern. Es wurden insgesamt 2303 (2244) Kinder logopädisch kurz beurteilt. Bei 70% (70%) der Kinder war die sprachliche Entwicklung unauffällig oder entsprach der Entwicklungsnorm. 177 (138) der Kindergartenkinder standen bereits in logopädischer Therapie. Für 305 (289) Kinder wurde eine genauere Abklärung empfohlen, und bei 827 (883) Kindern wird die sprachliche Entwicklung später im Sinne einer zweiten Kontrolle überprüft.

2009 erhielten 1030 (947) Kinder logopädische Therapien im Umfang von insgesamt 11 170 (10 357) Stunden. Für die Screenings in den Kindergärten und die logopädischen Abklärungen und Kontrolluntersuchungen wurden zusätzlich 2121 (1945) Stunden aufgewendet.

1.6 Abteilung Sport (Sport)

1.6.1 Schulsport

1595 (1476) Schülerinnen und Schüler absolvierten im Berichtsjahr den obligatorischen Schwyzer Sporttest am Ende ihres achten Schuljahres. 1084 (1031) Jugendliche oder 68% (69.9%) erreichten dabei die Zielwerte. 128 Mädchen und Burschen oder 8% (6.8%) mussten mit «ungenügend» oder «schwach» benotet werden.

Rund 850 Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I trafen sich zum 38. Kantonalen Schulsporttag. An der Kantonalen Schülerfussball-Meisterschaft der Sekundarstufe I-Stufenklassen beteiligten sich 64 Teams mit mehr als 550 Jugendlichen, wobei pro Schulhaus und Klassenstufe aus Platzgründen eine Teilnahmebeschränkung bestand. Am kantonalen Ausscheidungsturnier für die 5. und 6. Primarklassen (Organisator Stiftungsschule Einsiedeln)

beteiligte sich die Rekordzahl von 117 Klassen mit rund 1200 Mädchen und Burschen. Alle Siegerteams vertraten anschliessend den Kanton Schwyz am Schweizerischen Schulsporttag in Schaffhausen oder am Schweizerischen Fussballfinaltag in Basel.

1.6.2 Jugend+Sport und Talentförderung

191 Sportvereine, Schulen und Jugendorganisationen führten 324 Sportfachkurse mit 1020 eigenständigen Trainings- und Wettkampfgruppen für 12 875 Jugendliche durch und erhielten dafür Bundesbeiträge von total Fr. 897 037.–. Die Jugendlichen betätigten sich in 41 Sportfächern, wobei Fussball, Turnen, Lagersport/Trekking, Skifahren, Volleyball und Tennis am beliebtesten waren. 3069 anerkannte Leiterinnen und Leiter waren für Jugend+Sport-Organisationen des Kantons Schwyz tätig.

An den 34 kantonalen und regionalen Leiteraus- und -fortbildungskursen (inklusive Lehrerweiterbildungs-Angebote) der Abteilung Sport nahmen 764 Personen teil, davon waren 596 Schwyzerinnen und Schwyzer. In anderen Kantonen bestanden zusätzlich 201 Schwyzerinnen und Schwyzer einen Leiterausbildungs- oder -fortbildungskurs. Elf Expertinnen und Experten besuchten Zentralkurse, womit sie weiterhin in der Leiterausbildung tätig sein können.

70 aktive Expertinnen und Experten sowie 277 Vereinscoaches betreuten und kontrollierten zusammen mit der Abteilung Sport die Jugend+Sport-Aktivitäten. Die Jugend+Sport-Kommission befasste sich mit der Ausarbeitung eines kantonalen «J+S-KIDS»-Konzeptes und den Einführungskursen für dieses neue Projekt, mit der Qualitätskontrolle der Angebote der Sport- und Jugendorganisationen sowie mit der Organisation der verschiedenen Lager und Anlässe. Zahlreiche Sporttalente wurden in den Bereichen Schule, Berufsbildung, Aufnahme in nationale und regionale Leistungszentren sowie Finanzen unterstützt. 117 Jugendliche aus 24 Sportarten erhielten von Swiss Olympic eine Talent Card.

1.6.3 Swisslos/Sport-Toto-Fonds

Die Sport-Toto-Kommission bearbeitete rund 610 Gesuche. Zur Unterstützung des Schwyzer Sports wurde an die Sport- und Jugendorganisationen die Summe von insgesamt Fr. 2 313 564.85 ausbezahlt. An 35 Projekte wurden zusätzlich Fr. 2 927 200.– zugesichert. Im Geschäftsjahr 2008 betrug der kantonale Gewinnanteil aus den Wettbewerben und Losverkäufen von SWISS-LOS Fr. 1 948 034.50.

2. Schulentwicklung

2.1 Geleitete Volksschulen

Bis Ende 2009 wurde mit allen Schulen eine Projektvereinbarung zur Einführung von geleiteten Schulen unterzeichnet. Damit haben alle Schulen den Status einer geleiteten Schule.

2.2 Kooperative Sekundarstufe I (KOS)/Optimierung

Im Auftrag des Erziehungsrates wurden Reformvorschläge für die Weiterentwicklung und flächendeckende Einführung des KOS-Modells erarbeitet und den Schulträgern und der Lehrerschaft vorgestellt. Der Erziehungsrat beauftragte das Bildungsdepartement mit der zusätzlichen Überprüfung und Optimierung der dreiteiligen Sekundarstufe I.

2.3 Talentklassen Sport und Kunst

Im Rahmen des dreijährigen Schulversuchs an der Mittelpunktsschule Schwyz startete im Schuljahr 2009/2010 die dritte Klasse mit 22 Jugendlichen. Gestützt auf den Evaluationsbericht genehmigte der Erziehungsrat die Überführung des Schulversuchs in den Regelbetrieb ab Schuljahr 2010/2011.

2.4 Informationsanlässe für Schulbehörden

Das Modell der geleiteten Schulen verändert die Funktion der Schulbehörden. Das Amt für Volksschulen und Sport führte Schulrätekurse durch. Der Einführungsabend und die sieben Module wurden von insgesamt 287 Personen besucht.

3. Schulbauten

Die Subventionszahlungen betrugen Fr. 1030 094.–. Folgende Subventionsbeiträge wurden ausgerichtet:

Objekt	Betrag
Bezirk March	
Erweiterung Mittelpunktschule Siebnen (Schlusszahlung)	Fr. 292 194.–
Bezirk Küssnacht	
Erneuerung und Erweiterung Schulhaus Seematt 2 (Schlusszahlung)	Fr. 199 380.–
Bezirk Schwyz	
Neubau Schulanlage Mittelpunktschule Rothenthurm (1. Teilzahlung)	Fr. 538 520.–

4. Schülerzahlen

	2009/2010	2008/2009	2007/2008	2006/2007	2005/2006
Kindergarten	2 456	2 418	2 231	2 279	2 224
Primarstufe	9 778	9 921	10 091	10 235	10 332
Sekundarstufe I	4 781	4 820	4 925	4 905	4 953
Total	17 015	17 159	17 247	17 419	17 509

5. Abteilungen (Klassen)

	2009/2010	2008/2009	2007/2008	2006/2007	2005/2006
Kindergarten	145	141	132	129	127
Primarstufe	577	575	581	584	590
Sekundarstufe I	269	271	272	270	268
Total	991	987	985	983	985

6. Lehrkräfte

	2009/2010	2008/2009	2007/2008	2006/2007	2005/2006
Kindergarten	217	205	197	190	184
Primarstufe	1 095	1 055	1 046	986	1 003
Sekundarstufe I	508	498	498	471	466
Total	1 820	1 758	1 741	1 647	1 653

7. Sonderschulung und Behindertenfragen

Am Stichtag 1. September 2009 waren beim Amt für Volksschulen und Sport 463 (416) Kinder als Sonderschüler erfasst:

<i>Heilpädagogische Zentren</i>	
Tagesschüler	134 (133)
Integrierte Sonderschüler	69 (55)
Einzelunterricht	2 (2)

Sprachheilschule Steinen und Sprachheilkindergarten Pfäffikon

Sprachheilschule Steinen	60 (51)
Sprachheilkindergarten	8 (9)

Weitere Platzierungen

Interne und externe Sonderschulung, ausserkantonal	118 (112)
Sonderschulung in privater Tagesschule innerhalb des Kantons	3 (4)
Integrierte Sonderschulung im Bereich Verhalten	69 (50)

8. Heilpädagogisches Zentrum Ausserschwyz (HZA)

Im Schuljahr 2009/2010 wurden in der Tagesschule in Freienbach 80 (79) Schülerinnen und Schüler mit Entwicklungsverzögerungen, geistiger Behinderung oder Mehrfachbehinderung unterrichtet. Im Sommer 2009 konnten im Untergeschoss des Schulhauses Bollenweid zwei Schulzimmer zugemietet werden. Seither werden die älteren Schüler im Schulhaus Bollenweid und die jüngeren Schüler in den Häusern an der Kantonsstrasse unterrichtet.

42 (37) Kinder wurden in Integrierten Sonderschulungen in der Regelschule gefördert, primär im Kindergarten- und Unterstufenbereich.

9. Heilpädagogisches Zentrum Innerschwyz (HZI)

Das Heilpädagogische Zentrum Innerschwyz feierte 2009 sein vierzigjähriges Bestehen. Mit einer Projektwoche zum Thema Zirkus und einem Tag der offenen Tür wurde der Auftrag des Zentrums für die Bildung von Kindern und Jugendlichen mit einer Behinderung einer breiten Öffentlichkeit nähergebracht. Das HZI unterrichtete im Schuljahr 2009/2010 insgesamt 83 (78) Schülerinnen und Schüler mit geistiger Behinderung, Mehrfachbehinderung oder schwerer Körperbehinderung. Davon wurden 29 (25) Kinder und Jugendliche in der Integrierten Sonderschulung (IS) in Regelklassen gefördert.

C. Berufs- und Studienberatung

Finanzen

In Fr. 1000.–	2009 V	2009 R	Abw.
Aufwand	2891	2779	–112
Ertrag	46	55	+9
Globalbudget	2846	2724	–122
Nachkredit	0		
Globalbudget inklusive NK	2846	2724	–122 ○
Nettoinvestitionen	0	0	0 ○

Steuerungsentscheide:

Aus dem Konto 310.00 Bürokosten und Verschiedenes wurden Fr. 5788.50 zu Konto 311.10 EDV-Hardware-Anschaffungen umgelagert. Der Betrag wurde für die Ersatz-Beschaffung von zwei Beamern eingesetzt.

Kommentar:

Das Globalbudget wurde um rund Fr. 122 000.– nicht ausgeschöpft. Der Personalaufwand sowie der Sachaufwand blieben um je rund Fr. 50 000.– unter dem Budget, zudem resultierten leicht höhere Erträge.

Projekte

Coaching Jugendlicher ohne Anschlusslösung: ○
Jugendliche ohne Anschlusslösung am Ende der obligatorischen Schulzeit werden erfasst und geeignete Lösungen für den Eintritt in eine adäquate Ausbildung erarbeitet.

Nahtstelle Sekundarstufe I/II: ○
Mitwirkung in verschiedenen kantonalen Teilprojekten in dem von der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz EDK lancierten Projekt und in Projekten des Bundesamtes für Berufsbildung & Technologie BBT.

Eingangsportal – Validierung von Bildungsleistungen: ○
Schaffung von Eingangsportalen für Information und Beratung sowie Begleitung der Bilanzierung von Bildungsleistungen.

PG1: Beratung

Ziele

- Erarbeiten von angemessenen Handlungs- und Entscheidungskompetenzen zur selbstständigen Berufs-, Studien- und Laufbahnentscheidung
- Informations- und Orientierungsveranstaltungen für Jugendliche, Gymnasiastinnen und Gymnasiasten und Erwachsene
- Erstellen, Aufarbeiten und Zurverfügungstellen von aktuellem kundengerechtem Informationsmaterial für BIZ, Ausleihdokumentation und interne Dokumentation, Erteilen von fach- und sachgerechten Auskünften
- Marktgerechtes Anbieten von kundenspezifischen Dienstleistungen im Bereich der Berufs- und Studienberatung gegenüber anderen (u.a. RAV, Studienberatung für Kanton Glarus).

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.
Wirksamkeit der angebotenen Hilfen zur Förderung der Handlungs- und Entscheidungskompetenzen (Prozent hilfreiche Dienstleistungen für Ratsuchende)	90%	Wird 2010/11 erhoben	
Anzahl Veranstaltungen «Berufs- und Scholorientierungen» (BSO) und «Studierende & Berufsleute» (Stud&Be)	80	91	11 ○
Kundenzufriedenheit (Prozentsatz der erfüllten Kundenanliegen)	80%	Wird 2010/11 erhoben	
Prozentsatz Beibehaltung Dienstleistungen im Vergleich zum Vorjahreswert (ausgenommen Brückenangebote infolge Neuorganisation)	80%	100%	20%

Kommentar:
Die vorgesehene Evaluation «Qualitätsmonitoring Beratung» durch die Hochschule für Angewandte Psychologie Zürich kann erst 2010 starten. Die anderen mitbeteiligten Kantone waren teilweise noch nicht bereit.

Bemerkungen

Individuelle Beratung:
2615 Personen nahmen individuelle Beratung in Anspruch, 221 mehr als im Vorjahr. Davon sind etwa 46% Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I (<17-jährig). Die Gruppe der Er-

wachsenen setzt sich hauptsächlich aus Lehrabbrechern, jungen Erwachsenen auf der Suche nach Zukunftsperspektiven, von Entlassungen Bedrohten, Wiedereinsteiger/innen und Umsteigern zusammen. 13% sind im Alter von 18 bis 19 Jahren, 21% sind zwischen 20 und 24 Jahre alt und 20% sind älter als 25 Jahre.

Orientierungen:

Die Aktivitäten der Berufs- und Studienberatung konzentrieren sich in diesem Bereich hauptsächlich auf die zweiten Klassen der Sekundarstufe I, die dritten Klassen der Gymnasien und die Abschlussklassen der Berufsfachschulen. Es sind somit über 100 Klassen dieser Stufen zu betreuen. Dabei wurden 147 Klassenveranstaltungen (zu mindestens zwei Lektionen), 67 Elternabende und fünf halbtägige Studienwahlparcours an den Mittelschulen veranstaltet. Im Rahmen der Berufs- und Schul-Orientierungen (BSO) wird interessierten Jugendlichen in Zusammenarbeit mit Fachleuten aus der Wirtschaft, in der Regel in einem Zweijahresrhythmus, ein Einblick in alle Berufsfelder und die Berufs-, Schul-, Studien- und Arbeitswelt ermöglicht. Jährlich finden über 80 solche Orientierungen statt. Für Erwachsene werden jährlich drei Orientierungen angeboten. Die Orientierungen über Studien an Hochschulen, Fachhochschulen und andere Ausbildungen für Gymnasiastinnen und Gymnasiasten werden jährlich vier bis fünf Mal angeboten.

Informationsberatung:

BIZ-Besuche: 6550 (6240) Personen besuchten eines der beiden Berufsinformationszentren (BIZ). Sehr viele Personen nutzen www.berufsberatung.ch, die Internetplattform der Kantone und des Bundes, zu Fragen der Aus- und Weiterbildung und kommen mit komplexeren Fragestellungen ins BIZ.

Projekte:

Der Einstieg in eine Grundbildung gestaltet sich für etliche Schülerinnen und Schüler nach wie vor schwierig. Mit dem Coachingprojekt «Endspurt» wurden wiederum Jugendliche, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten, zusätzlich betreut. Das Eingangsportal «Validierung von Bildungsleistungen» für Information und Beratung sowie Begleitung der Bilanzierung von Bildungsleistungen wird zentralschweizerisch gemeinsam bearbeitet.

D. Berufsbildung

Finanzen

In Fr. 1000.–	2009 V	2009 R	Abw.
Aufwand	23 908	24 463	555
Ertrag	8 415	9 061	646
Globalbudget	15 493	15 402	-91
Nachkredit	700		
Globalbudget inklusive NK	16 193	15 402	-791 ○
Nettoinvestitionen	0		○

Steuerungsentscheide:

Mittelherkunft von Konto	24.430.460.00 (Bundesbeitrag)
Mittelverwendung in Konto	24.440.351.00 (Beiträge an Besuch ausserkantonaler Berufsfachschulen)
Betrag	Fr. 347 000.–

Kommentar:

Die höhere Anzahl Lernender in der beruflichen Grundbildung führte vor allem zu vermehrten Zuweisungen an ausserkantonale Berufsfachschulen mit einem entsprechenden Mehraufwand von rund Fr. 556 000.–. Gut Fr. 471 000.– Mehraufwand fiel zudem bei den Stipendien an. Demgegenüber standen um Fr. 507 000.– höhere Bundesbeiträge (höhere Lernendenzahl und Abteil Lohnkosten Case Manager). Dank diesen Mehreinnahmen und diversen kleineren Rechnungsverbesserungen musste der bewilligte Nachkredit II nicht beansprucht werden. Die Rechnung schliesst um Fr. 90 634.– oder 0.58% unter dem bewilligten Globalkredit ab.

Projekte

Umsetzung Schulortskonzept: ○

Umsetzung des Konzepts Schulortszuteilung an den beiden Berufsbildungszentren im Kanton (inkl. bauliche Massnahmen), in Zusammenarbeit mit den Schulen, Berufsverbänden und Kommissionen der überbetrieblichen Kurse.

Projektstand:

Die neuen Schulortszuteilungen konnten gemäss Schulortskonzept und Umsetzungsplanung vorgenommen werden. Der Umbau der Lokalitäten für die überbetrieblichen Kurse verläuft planmässig, sodass auch der auf 2010 geplante Umzug der Schreiner von Pfäffikon nach Goldau realisiert werden kann.

Case Management: ○

Umsetzung des CM-Konzepts gemäss Bundesvorgaben, insbesondere Koordination der verschiedenen Aktivitäten zur Förderung des Übertritts in die Sekundarstufe II und zur Unterstützung bei Lehrabbrüchen.

Projektstand:

Da die Stelle des Case Managers erst im August 2009 besetzt werden konnte, verzögerte sich die Vorbereitung zur praktischen Umsetzung leicht. Trotzdem konnten die im Berichtsjahr geplanten Arbeiten realisiert werden:

- das Detailkonzept steht vor dem Abschluss,
- das Netzwerk ist aufgebaut,
- die Schnittstellen mit der Lehraufsicht sind definiert,
- die Akteure sind informiert.

Umsetzung Berufsreformen: ○

Planung, Koordination und Umsetzung der jährlich rund 30 Berufsreformen gemäss neuen Bildungsverordnungen, in Zusammenarbeit mit allen Berufsbildungspartnern (Berufsverbände, Schulen, überbetriebliche Kurse); 2009 insbesondere Reform Landwirtschaft.

Projektstand:

Die betroffenen Berufsbildnerinnen und Berufsbildner wurden über die Reformen und Neuerungen informiert. Sehr arbeitsintensiv war die Umsetzung der Landwirtschaftsberufe. Diese Reform führt zu einem Kulturwechsel, da dieser Beruf bis anhin nicht dem Berufsbildungsgesetz, sondern dem Landwirtschaftsgesetz unterstellt war.

PG1: Berufliche Grundbildung

Ziele

- Förderung des Kontakts zu den Ausbildungsbetrieben durch Aufsicht, Beratung und Akquisition

- Kontakt zu den Berufsverbänden und Kommissionen für überbetriebliche Kurse pflegen und fördern
- Sachgerechte Koordination, Organisation und Durchführung der Lehrabschlussprüfungen und anderen Qualifikationsverfahren
- Qualitativ hochstehende Durchführung der obligatorischen Kurse für Berufsbildner

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anzahl Betriebsbesuche durch Ausbildungsberaterinnen und Ausbildungsberater	120	198	78	○
Teilnahmequote an Sitzungen der Kommissionen für überbetriebliche Kurse im Kanton	90%	93.3%	3.3%	○
Prozentsatz der Lehrabschlussprüfungen ohne Beschwerden	98%	99.5%	1.5%	○
Zufriedenheit der Kursteilnehmer: Prozentsatz der Bewertungen «gut»/«sehr gut» gemäss schriftlicher Befragung	85%	95.8%	10.8%	○

Kommentar:

Anzahl Betriebsbesuche:

Die Ausbildungsberaterinnen und Ausbildungsberater besuchten 198 Lehrbetriebe. In 152 Fällen waren die Ausbildungsvoraussetzungen abzuklären. Es konnten 148 Bildungsbewilligungen erteilt werden.

Teilnahmequote an Sitzungen der Kommissionen für überbetriebliche Kurse im Kanton:

Die Zusammenarbeit mit den Verbundpartnern «Organisation der Arbeitswelt» (Berufsverbände, Kurskommissionen) funktionierte gut. In 15 Berufen wurden im Kanton Schwyz überbetriebliche Kurse angeboten. Im Schnitt finden jährlich pro Beruf zwei Kommissionssitzungen statt. Die Teilnahmequote des Amtes für Berufsbildung an den Kommissionssitzungen betrug 93.3%.

Prozentsatz der Lehrabschlussprüfungen ohne Beschwerden:

Die Lehrabschlussprüfungen im Kanton verliefen im üblichen Rahmen und ohne wesentliche Vorkommnisse. Von den 1534 Prüfungsabsolventen haben acht eine Beschwerde eingereicht. Von diesen wurden sechs frühzeitig zurückgezogen und zwei vom Regierungsrat abgewiesen.

Zufriedenheit der Kursteilnehmer: Prozentsatz der Bewertungen «gut»/«sehr gut» gemäss schriftlicher Befragung:

183 Berufsbildnerinnen und Berufsbildner besuchten während fünf Tagen die neun angebotenen obligatorischen Kurse. Die Kurszufriedenheit wurde mittels Fragebogen am Ende des Kurses bezüglich Inhalt und Präsentation evaluiert.

PG2: Höhere Berufsbildung und Weiterbildung

Ziele

- Zugang zu den Angeboten der Höheren Berufsbildung (Höhere Fachschulen, eidg. Fachausweise und Diplome) für alle interessierten Schwyzer Berufsleute ermöglichen
- Koordination und (finanzielle) Unterstützung der beruflichen und allgemeinen Weiterbildung

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Zufriedenheit von Studierenden mit Dienstleistungen/Unterstützung; Prozentsatz der Leistungsempfänger ohne Reklamationen	98%	100%	2%	○
Zufriedenheit der Weiterbildungsinstitutionen im Kanton: Prozentsatz der positiven Rückmeldungen anlässlich der Jahresgespräche	85%	87%	2%	○

Kommentar:

In der höheren Berufsbildung werden konsequent nur Angebote mit anerkannten Abschlüssen auf Stufe HF (höhere Fachschule) und Vorbereitungskurse für eidgenössische Fachausweise oder Diplome finanziell unterstützt. Die entsprechend klare Ausrichtung in den Schulgeldvereinbarungen (Fachschulvereinbarung, Regionales Schulabkommen Zentralschweiz) hat sich im Berichtsjahr bewährt. Dadurch besteht für Schwyzer Studierende Klarheit über die vom Kanton unterstützten Angebote. Gleichzeitig wird der Zugang zu ausserkantonalen Ausbildungsangeboten erleichtert.

Die Zufriedenheit von privaten Weiterbildungs-Anbietern wurde mittels Fragebogen und anlässlich der Jahresgespräche erhoben. Befragt wurden Organisationen, die allgemeine Weiterbildung von öffentlichem Interesse anbieten oder Koordinationsarbeiten auf regionaler Stufe ausführen. Die Unterstützung (finanziell oder mit Hilfe von Informationsmaterial usw.) sowie die einfachen Verfahrensabläufe werden gesamthaft geschätzt.

PG3: Ausbildungsbeiträge

Ziele

- Sachgerechte, speditive und den Vorschriften entsprechende Verfügungen und Auszahlungen der Stipendien
- Sachgerechte, speditive und den Vorschriften entsprechende Verfügungen für Studiendarlehen

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Prozentsatz unbeanstandete Verfügungen (Wiedererwägungen, Beschwerden)	95%	98.1%	3.1%	○
Prozentsatz unbeanstandete Verfügungen (Wiedererwägungen, Beschwerden)	95%	97.1%	2.1%	○

Kommentar:

Bei den Stipendien wurden im Berichtsjahr 1335 (1273) Verfügungen erlassen, davon 929 (867) mit einem Rechtsanspruch auf Auszahlung von Stipendien. 406 (406) mussten abgewiesen werden. Gegen drei Verfügungen wurde Beschwerde geführt. Insgesamt wurden Fr. 5 471 335.– Stipendien ausbezahlt.

Bei den Studiendarlehen wurden 34 (35) Verfügungen erlassen. 32 Personen wurden Darlehen im Gesamtbetrag von Fr. 385 000.– gewährt.

Bemerkungen

Trotz der wirtschaftlich schwierigen Situation wurde das duale Berufsbildungssystem von den Unternehmen im Kanton Schwyz auch 2009 getragen. Mit 1225 neuen Lehrverträgen (1207) stieg der Totalbestand an Lernenden in der beruflichen Grundbildung auf den Höchststand von 3432 (3398). Um 60 auf 303 (243) angestiegen sind auch die Lehrvertragsauflösungen. 58 (2) Auflösungen waren auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen (z.B. Betriebsschliessungen; praktisch alle diese Lernenden konnten die Lehre in einem anderen Betrieb fortsetzen).

1. Berufsbildungszentrum Goldau

Finanzen

In Fr. 1000.–	2009 V	2009 R	Abw.	
Aufwand	8462	7725	–736	
Ertrag	3184	3130	–55	
Globalbudget	5277			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	5277	4596	–681	○
Nettoinvestitionen	0	0	0	

Kommentar:

Der bewilligte Globalkredit wurde um Fr. 681 401.– unterschritten. Der Minderertrag entstand hauptsächlich durch eine Abnahme der Schulgelder, weil weniger Lernende aus andern Kantonen das BBZG besuchten. Der Minderaufwand resultiert hauptsächlich aus tieferen Lohnkosten und Einsparungen bei der Beschaffung von Schulbüchern.

Projekte

Schulisches Brückenangebot:

Übernahme des schulischen Brückenangebots (heutige BVS) vom Bezirk Schwyz und Integration ins BBZG.

Projektstand:

Die Übernahme des schulischen Brückenangebotes SBA (ehemals BVS) vom Bezirk Schwyz und die administrative Integration in das BBZG sind planmässig erfolgt. Wegen der räumlichen Aufteilung auf zwei Standorte sind die Voraussetzungen für eine vollständige Integration in die Berufsbildung noch nicht vorhanden.

Umsetzung Schulortskonzept:

Ab 1. August 2007 Wechsel der Abteilung Polymechaniker von Goldau nach Pfäffikon. Per 1. August 2008 Wechsel der Abteilung Hochbauzeichner von Pfäffikon nach Goldau. Schrittweise ab 1. August 2010 Wechsel der Abteilung Schreiner von Pfäffikon nach Goldau.

Projektstand:

Der Wechsel der beiden Abteilungen ist auf Beginn des Schuljahres 2008/2009 vollständig und problemlos erfolgt. Schrittweise werden ab August 2010 auch die Schreinerklassen von Pfäffikon nach Goldau wechseln.

Gebäudesanierung:

Planung, Konzeption und Durchführung der Sanierung für sämtliche Gebäude.

Projektstand:

Die Sanierung der Schulgebäude und der Werkstätten für überbetriebliche Kurse erfolgte planmässig und kann im Spätsommer 2010 abgeschlossen werden. Die Sanierung der Sporthalle wurde zurückgestellt, weil die geplante Schulraumerweiterung im Bereich der Sporthalle erst realisiert werden soll, wenn die Zukunft der benachbarten pädagogischen Hochschule PHZ geklärt ist.

Gebäudeerweiterung:

Planung und Bau von Gebäudeerweiterungen für überbetriebliche Kurse Schreiner und schulisches Brückenangebot (vorbehaltlich der Zustimmung durch den Souverän).

Projektstand:

Die Gebäudeerweiterungen für die überbetrieblichen Kurse konnten nach Plan ausgeführt werden. Die Zweiradberufe führen ihre Kurse bereits seit November 2009 in den neuen Räumen durch, die Schreiner werden ihr erweitertes Lokal im Februar 2010 wieder in Betrieb nehmen. Wegen der ungewissen Zukunft der benachbarten pädagogischen Hochschule PHZ wurde die Planung der neuen Schulräume für das schulische Brückenangebot sistiert.

PG1: Ausbildung

Ziele

- Erfolgreiches Abschliessen der Ausbildung
- Erfolgreiches Abschliessen der Berufsmaturitätslehrgänge
- Erfolgreiches Abschliessen der Weiterbildung. Erweitern und Vertiefen der Kompetenzen im Rahmen der Lernziele
- Die Lehrpersonen unterrichten mit hoher Fach-, Methoden- und Sozialkompetenz
- Befähigung der Absolventinnen und Absolventen, den Einstieg in eine Berufsausbildung oder ins Erwerbsleben zu finden
- Aufrechterhaltung des zertifizierten Schulqualitätssystems

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Erfolgsquote an der Lehrabschlussprüfung bei 4-jährigen Lehren in den Schulfächern	90%	94.0%	4%	○
Erfolgsquote an der Lehrabschlussprüfung bei 3-jährigen Lehren in den Schulfächern	85%	94.2%	9.2%	○
Erfolgsquote an der Maturitätsprüfung	90%	93.8%	3.8%	○
Erfolgsquote der Prüfung bei Kursen mit Abschlussprüfung	80%	86.7%	6.7%	○
Zielerreichungsgrad bei Kursen ohne Abschlussprüfung: prozentualer Anteil der Bewertungen «sehr zutreffend»/«gut zutreffend» gemäss schriftlicher Befragung	90%	95.6%	5.6%	○
Zufriedenheit der Leistungsempfänger: prozentualer Anteil der Bewertungen «sehr zutreffend»/«gut zutreffend» gemäss schriftlicher Befragung	80%	92.0%	12%	○
Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit einem Ausbildungsplatz /Arbeitsplatz nach Beendigung des Brückenangebotes	80%	91.2%	11.2%	○
Lückenlose Erneuerung der Zertifizierung	100%	100%	0%	○

Kommentar:

Erfolgsquote Lehrabschlussprüfung:

Die geforderten Erfolgsquoten bei den vierjährigen Lehren von 90% und bei den dreijährigen Lehren von 85% wurden übertroffen. Bei den vierjährigen Lehren konnte die überdurchschnittlich hohe Erfolgsquote des Vorjahres nicht mehr erreicht werden. Hingegen konnte der Wert bei den dreijährigen Lehren noch einmal leicht gesteigert werden (+0.3%) und liegt nun erstmals über dem Wert der vierjährigen Lehren.

Erfolgsquote Maturitätsprüfung:

Ein Kandidat hat die Schlussprüfung nicht bestanden. In diesem Studiengang gab es keinen Austritt wegen fehlender Promotion. Seit den ersten Diplomierungen im Jahre 2002 haben durchschnittlich 92.9% der Studierenden die Berufsmaturität bestanden, 16.9% mussten wegen ungenügender Leistungen den Studiengang vorzeitig abbrechen.

Erfolgsquote bei Kursen mit Abschlussprüfung:

Bei den Kursen mit Abschlussprüfung handelt es sich im Berichtsjahr ausschliesslich um ECDL-Abschlüsse (European

Computer Driving Licence). 561 oder 86.7% Lernende oder Erwachsene haben ein oder mehrere Module erfolgreich abgeschlossen.

Erfolgsquote bei Kursen ohne Abschlussprüfung:

Die Weiterbildungskurse für Erwachsene werden im Rahmen der Qualitätssicherung am Schluss des Kurses evaluiert. 95.6% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gaben dabei an, dass ihre Erwartungen und Zielsetzungen insgesamt sehr gut oder gut erfüllt wurden.

Zufriedenheit der Leistungsempfänger:

Die Zufriedenheit der Lernenden wurde im April 2009 zum vierten Mal mit dem gleichen Befragungsinstrument erhoben. In diesen Befragungen der Lernenden wurden die Fach-, Sozial- und Methodenkompetenz der Lehrpersonen evaluiert. Gegenüber der ersten Befragung im April 2003 ist der Zufriedenheitsgrad von 88.9% auf 92% gestiegen. Die systematische Weiterentwicklung der Unterrichtskompetenzen der Lehrpersonen wurde weitergeführt. Der Schwerpunkt lag bei der Förderung der Methodenkompetenz der Lehrpersonen durch vermehrte Rhythmisierung des Unterrichtes sowie bei der Förderung der individuellen, berufsbezogenen Fachkompetenz. Die Ergebnisse der Befragung wurden für jede Lehrperson individuell ausgewertet und in die persönliche Jahreszielsetzung im Rahmen der Personalbeurteilung aufgenommen.

Erfolgsquote schulisches Brückenangebot:

57 Lernende haben im Schuljahr 2008/2009 das erste am BBZG durchgeführte schulische Brückenangebot besucht. Davon haben 52 eine Anschlusslösung gefunden.

Erneuerung der Zertifizierung:

Im Februar 2009 wurde in Zusammenarbeit mit der Berufsfachschule Chur und einem externen Assessor ein EFQM-Assessment durchgeführt, das gleichzeitig auch das Überwachungsaudit für ISO 9001:2000 und EduQua beinhaltete. Damit ist der Anspruch auf die Weiterführung der Zertifizierung lückenlos erfüllt. Bereits im ersten Assessment wurde durch die Bewertung des externen Auditors die Stufe «Anerkennung für Excellence» erreicht.

PG2: Betrieb/Infrastruktur

Ziele

- Betrieb der Sportanlagen für den Schul- und Freizeitsport in Zusammenarbeit mit der PHZ und der Gemeinde Arth
- Betrieb der Räumlichkeiten und Einrichtungen für den Unterricht gemäss den Bildungsverordnungen

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Betrieb für alle Nutzer gewährleistet; Befragung durch die Betriebskommission	100%	100%	0%	○
Zufriedenheit der Leistungsempfänger: prozentualer Anteil der Bewertungen «sehr zutreffend»/«gut zutreffend» gemäss schriftlicher Befragung	80%	84.1%	4.1%	○

Kommentar:

Gewährleistung des Betriebes:

Die Sportanlagen konnten ohne nennenswerte Zwischenfälle betrieben werden. Die Bedürfnisse der drei Nutzer, Gemeinde Arth, Pädagogische Hochschule Zentralschweiz PHZ Goldau und Berufsbildungszentrum Goldau, konnten durch die gemeinsame Betriebskommission koordiniert werden.

Zufriedenheit der Leistungsempfänger:

Mit der Befragung der Lernenden im April 2009 wurde auch die Zufriedenheit mit den Räumlichkeiten und Einrichtungen ermittelt. 84.1% der Lernenden sind mit der Infrastruktur sehr gut oder gut zufrieden. Gegenüber der vergleichbaren Befragung im April 2003 konnte der Wert trotz der Bauimmissionen um 4.4% gesteigert werden.

2. Berufsbildungszentrum Pfäffikon

Finanzen

In Fr. 1000.–	2009 V	2009 R	Abw.
Aufwand	10 865	9 893	–972
Ertrag	2 883	3 331	498
Globalbudget	7 982	6 562	–1 420
Nachkredit	0		
Globalbudget inklusive NK	7 982	6 562	–1 420 ○
Nettoinvestitionen	0	0	0 ○

Kommentar:

Der um 8.9% geringere Aufwand ist auf den tieferen Personalaufwand dank Zusammenlegung von Klassen und auf den niedrigeren Gebäudeunterhalt wegen der bevorstehenden Totalsanierung der Schulhäuser zurückzuführen.

Der Mehrertrag von 15.5% resultiert vollumfänglich aus den erhöhten Schulgeldeinnahmen für ausserkantonale Lernende.

Projekte

Aufbau Fachangestellte Gesundheit (FAGE): ○
Aufbau und Integration der neuen Fachgruppe FAGE am BBZP.

Projektstand:

Die Integration war sehr erfolgreich, der erste Jahrgang wird 2010 die Lehrabschlussprüfungen ablegen.

Integration schulisches Brückenangebot: ○
Übernahme des schulischen Brückenangebots (heutige BVS) vom Bezirk Höfe und Integration ins BBZP.

Projektstand:

Im zweiten Jahr nach der Übernahme wurden einige kleine Korrekturen am Konzept angebracht.

Umsetzung Schulortskonzept: ○
Ab 1. August 2007 Wechsel der Fachgruppe Polymechaniker von Goldau nach Pfäffikon. Per 1. August 2008 Wechsel der Fachgruppe Hochbauzeichner von Pfäffikon nach Goldau. Schrittweise ab 1. August 2010 Wechsel der Fachgruppe Schreiner von Pfäffikon nach Goldau.

Projektstand:

Die ersten beiden Berufswechsel wurden erfolgreich abgeschlossen, 2009 startete der letzte Schreinerjahrgang in Pfäffikon.

Gebäudesanierung: ○
Planung und Konzeption der Totalsanierung des Schulhauses Schützenstrasse und der Teilsanierung des Schulhauses Römerrain.

Projektstand:

Im Schulhaus Römerrain begannen die Bauarbeiten, im Schulhaus Schützenstrasse sind die Planungsarbeiten weitgehend abgeschlossen.

PG1: Ausbildung

Ziele

- Erfolgreiches Abschliessen der Grundbildung
- Erfolgreiches Abschliessen der Berufsmaturitätslehrgänge
- Erfolgreiches Abschliessen der Weiterbildung. Erweitern und Vertiefen der Kompetenzen im Rahmen der Lernziele
- Befähigung der Absolventinnen und Absolventen, den Einstieg in eine Berufsausbildung oder ins Erwerbsleben zu finden
- Die Lehrpersonen unterrichten mit hoher Fach-, Methoden- und Sozialkompetenz
- Aufrechterhaltung des zertifizierten Schulqualitätssystems

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.
Erfolgsquote an der Lehrabschlussprüfung bei vierjährigen Lehren in den Schulfächern	90%	95.3%	5.3% ○
Erfolgsquote an der Lehrabschlussprüfung bei dreijährigen Lehren in den Schulfächern	85%	88.8%	3.8% ○
Erfolgsquote an der Maturitätsprüfung	92%	96.4%	4.4% ○
Erfolgsquote der Prüfung bei Kursen mit Abschlussprüfung	85%	92.5%	7.5% ○
Zufriedenheit der Kursteilnehmer bei Kursen ohne Abschlussprüfung: Prozentsatz der Bewertungen «gut»/«sehr gut» gemäss schriftlicher Befragung	90%	94.9%	4.9% ○
Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit einem Ausbildungsplatz/Arbeitsplatz nach Beendigung des Brückenangebotes	80%	85.2%	5.2% ○
Zufriedenheit der Leistungsempfänger: Messung im Rahmen der internen Qualitätsüberprüfung anhand der Q2E	80%	81.7%	1.7% ○
Lückenlose Erneuerung der Zertifizierung	100%	100%	0% ○

Kommentar:

Erfolgsquote an den Lehrabschlussprüfungen:

Die Quote bei den vierjährigen Lehren ist unverändert hoch, bei den dreijährigen Lehren konnte sie nochmals gesteigert werden. Die Erfolge sind auf das hohe Engagement bei den verschiedenen Fördermassnahmen zurückzuführen.

Berufsmaturität:

Die hohe Erfolgsquote ist einerseits der guten Motivation der Lernenden im einjährigen Vollzeitmodell und andererseits der guten Betreuung der Lernenden zu verdanken.

Fort- und Weiterbildung:

Die Erfolgsquoten liegen im Bereich der Vorjahre auf konstant hohem Niveau.

Brückenangebot:

Die Quote der erfolgreichen Anschlusslösungen ist immer noch gut, jedoch gegenüber dem Vorjahr markant gesunken. Dies ist sicherlich in der schwierigeren wirtschaftlichen Lage begründet, jedoch auch mit dem teilweise problematischen persönlichen Umfeld der Lernenden.

Zufriedenheit der Lernenden:

Die Zufriedenheit der Lernenden wurde in der internen Selbstevaluation im Bereich «Prüfen und Beurteilen» und «Lehr- und Lernarrangement» im Schuljahr 2008/2009 erhoben. Die Ergebnisse ergaben eine überwiegend positive Bewertung.

Im Bereich «Prüfen und Beurteilen» ergab das Gesamtergebnis 81.9% positive Rückmeldungen. Besonders positiv wurden die Transparenz bezüglich Bewertung und Benotung, die Abstimmung auf den behandelten Stoff und die Verteilung auf das gesamte Semester beurteilt.

Im Bereich «Lehr- und Lernarrangement» sind es 81.5% positive Rückmeldungen. Besonders positiv waren hier die aktualisierte Stoffvermittlung, der Einsatz verschiedener Lehr- und Lernformen und die Möglichkeit des selbstständigen Arbeitens.

Zertifizierung:

Nach der im Vorjahr erfolgten externen Evaluation und Q2E-Zertifizierung stand in der Berichtsperiode die Rezertifizierung des Weiterbildungsbereiches nach EduQua an. Das Zertifikat konnte ohne Einschränkungen für weitere drei Jahre erlangt werden.

PG2: Betrieb/Infrastruktur

Ziele

- Zurverfügungstellung der Lokalitäten für überbetriebliche Kurse (ÜK) an die verantwortlichen Berufsverbände gemäss Mietvertrag

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Zurverfügungstellung der Lokalitäten für überbetriebliche Kurse (ÜK) an die verantwortlichen Berufsverbände gemäss Mietvertrag	80%	100%	20%	○

Kommentar:

Die Auslastung der Lokalitäten der überbetrieblichen Kurse ist im Bereich der Haustechnikberufe und der Metallbauer durch die neuen Bildungsverordnungen stark gestiegen. Die bestehenden Lokalitäten reichten nur noch äusserst knapp aus, im Rahmen der bevorstehenden Gebäudesanierung und mit dem Wegzug der Schreiner nach Goldau können die benötigten Raumreserven geschaffen werden. Erstmals mussten auch im Beruf der Landwirte Lokalitäten für überbetriebliche Kurse zur Verfügung gestellt werden.

3. Kaufmännische Berufsschule Lachen

Finanzen

In Fr. 1000.–	2009 V	2009 R	Abw.	
Aufwand	4032	4000	–32	
Ertrag	669	660	–9	
Globalbudget	3363			
Nachkredit	0			
Globalbudget inkl. NK	3363	3340	–23	○
Nettoinvestitionen	0			○

Kommentar:

Gegenüber dem Voranschlag gab es keine grösseren Abweichungen. Der bewilligte Globalkredit wurde um Fr. 22 139.– oder 0.69% unterschritten.

Projekte

Aufbau Nachholbildung für Erwachsene: ○
Aufbau und Einführung der Nachholbildung für Erwachsene in der Kaufmännischen Grundbildung.

Projektstand:

Zwölf von insgesamt 13 Personen haben die Schlussprüfungen für das Handelsdiplom erfolgreich abgelegt. Das Handelsdiplom bildet das zweite von insgesamt drei Modulen auf dem Weg zum «Kaufmann B-Profil».

Aufbau Attestausbildung Detailhandel:

○
Aufbau und Einführung des Ausbildungsganges für Detailhandelsassistentinnen /-assistenten.

Projektstand:

Zwölf von 13 Lernenden haben das erstmalige Qualifikationsverfahren für Detailhandelsassistentinnen /-assistenten an der Kaufmännischen Berufsschule Lachen bestanden.

PG1: Ausbildung

Ziele

- Erfolgreiches Abschliessen der 3-jährigen Grundbildung
- Erfolgreiches Abschliessen der 2-jährigen Grundbildung
- Erfolgreiches Abschliessen der Berufsmaturitätslehrgänge
- Erfolgreiches Abschliessen der Weiterbildung: Erweitern und Vertiefen der Kompetenzen im Rahmen der Lernziele
- Die Lehrpersonen unterrichten mit hoher Fach-, Methoden- und Sozialkompetenz
- Aufrechterhaltung des zertifizierten Schulqualitätssystems

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Erfolgsquote beim Qualifikationsverfahren in den Schulfächern (dreijährige Lehre)	85%	94.6%	9.6%	○
Erfolgsquote beim Qualifikationsverfahren in den Schulfächern (zweijährige Lehre)	80%	92.3%	12.3%	○
Erfolgsquote an der Maturitätsprüfung	90%	100%	10%	○
Kurse mit Abschlussprüfungen: Erfolgsquote der Prüfung	80%	81.3%	1.3%	○
Kurse ohne Abschlussprüfungen: Kursziel-Erreichungsgrad aufgrund der Kursbewertung mit den Teilnehmenden	80%	83.9%	3.9%	○
Zufriedenheit der Leistungsempfänger gemessen in % des höchstmöglichen Wertes (Auswertung Fragebogen)	80%	88.3%	8.3%	○
Lückenlose Erneuerung der Zertifizierung	100%	100%	0%	○

Kommentar:

Erfolgsquote beim Qualifikationsverfahren:

Die geforderte Erfolgsquote bei den dreijährigen Lehren von 85% und bei der zweijährigen Attestausbildung von 80% wurde übertroffen. Bei den dreijährigen Grundbildungen schlossen 106 von 112 Lernenden erfolgreich ab (Kaufleute 47 von 52, Detailhandelsfachleute 59 von 60), bei den zweijährigen Detailhandelsassistentinnen und -assistenten bestanden zwölf von 13 die Lehrabschlussprüfung.

Erfolgsquote an der beruflichen Maturitätsprüfung:

Alle Kandidatinnen und Kandidaten haben die Schlussprüfung mit Erfolg bestanden. Dieses Resultat weist nicht zuletzt darauf hin, dass die Lernenden im Sinne einer Früherkennung so schnell wie möglich in das für sie richtige Profil eingestuft werden.

Kurse mit Abschlussprüfungen:

81.3% der Erwachsenen oder Lernenden in der Weiterbildung haben einen Zertifikatskurs erfolgreich abgeschlossen. Bei den Kursen mit Abschlussprüfungen handelt es sich um die drei Fremdsprachenzertifikate First Certificate of English neun (7), Certificate in Advanced English acht (6) und BEC Preliminary sechs (6) sowie den Abschluss als Sachbearbeiterin/Sachbearbeiter Rechnungswesen neun (7).

Kurse ohne Abschlussprüfungen:

Bei den Weiterbildungskursen für Erwachsene wird der Zielerreichungsgrad am Ende des Kurses evaluiert. 81.3% der Teilnehmenden gaben an, dass ihre Erwartungen und Zielsetzungen erfüllt oder übertroffen worden sind.

Zufriedenheit der Leistungsempfänger:

Die Zufriedenheit der Lernenden wird jährlich mittels Fragebogen elektronisch erhoben und ausgewertet. Dabei beurteilen sie unter anderem Unterrichtsgestaltung und Förderung durch die Lehrpersonen sowie das Unterrichtsklima in der Klasse. Der Gesamtwert von 88.3% entspricht der Zahl von Nennungen, die als positive Antworten («sehr häufig», «oft») an die Lehrpersonen zurückgemeldet worden sind.

Lückenlose Erneuerung der Zertifizierung:

Re-Zertifizierung nach ISO 9001-2008 der Kaufmännischen Berufsschule Lachen am 4. Dezember 2009 für weitere drei Jahre (bis 14. Januar 2013). Die Schule ist damit nach der erwähnten Norm seit Januar 2004 lückenlos zertifiziert.

4. Kaufmännische Berufsschule Schwyz

Finanzen

In Fr. 1000.–	2009 V	2009 R	Abw.
Aufwand	3692	3567	-125
Ertrag	491	523	32
Globalbudget	3201		
Nachkredit	0		
Globalbudget inklusive NK	3201	3044	-157
Nettoinvestitionen	0	0	0

Kommentar:

Der Aufwand ist um 3.4% geringer ausgefallen als budgetiert. Der Mehrertrag von 6.5% resultiert vor allem aus den Schulgeldeinnahmen der ausserkantonalen Lernenden.

Projekte

Q2E: ○
Einführung eines Qualitätssystems für die KBS.

Projektstand:

Das Q2E-Modell besteht aus den fünf Systembausteinen Qualitätsleitbild, Individualfeedback und persönliche Qualitätsentwicklung, Steuerung der Q-Prozesse durch die Schulleitung, externe Schulevaluation, Selbstevaluation und Qualitätsentwicklung der Schule. An der KBS sind alle Systembausteine ausser der externen Schulevaluation eingeführt.

Kompetenzportfolio für Lernende (zentral. Projekt): ○
Zwei Pilot-Klassen Detailhandelsfachleute.

Projektstand:

Mit diesem Projekt soll die Arbeitsmarktfähigkeit verbessert werden. Diese zwei Pilot-Klassen werden im Sommer 2010 abschliessen.

PG1: Ausbildung

Ziele

- Erfolgreiches Abschliessen der Grundbildung
- Erfolgreiches Abschliessen der Berufsmaturitätslehrgänge
- Erfolgreiches Abschliessen der Weiterbildung. Erweitern und Vertiefen der Kompetenzen im Rahmen der Lernziele
- Die Lehrpersonen unterrichten mit hoher Fach-, Methoden- und Sozialkompetenz

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Erfolgsquote beim Qualifikationsverfahren in den Schulfächern	80%	98.4%	18.4%	○
Erfolgsquote an der Maturitätsprüfung	90%	86.1%	-3.9%	●
Kurse mit Abschlussprüfungen: Erfolgsquote der Prüfung	80%	100%	20%	○
Zufriedenheit der Leistungsempfänger gemessen in % des höchstmöglichen Wertes (Auswertung Feedback-Fragebogen)	80%	77%	-3%	●

Kommentar:

Erfolgsquote beim Qualifikationsverfahren:

Die geforderte Erfolgsquote von 80% beim Qualifikationsverfahren in den Schulfächern wurde übertroffen. Es schlossen 126 von 128 Lernenden erfolgreich ab (Kaufleute 70 von 71, Detailhandelsfachleute 42 von 43, Detailhandelsassistenten 14 von 14).

Erfolgsquote an der Maturitätsprüfung:

Die geforderte Erfolgsquote von 90% bei den Maturitätslehrgängen wurde um 3.89% nicht erreicht. Es schlossen 31 von 36 Lernenden erfolgreich ab (BM2 14 von 18, M-Profil 17 von 18).

Kurse mit Abschlussprüfungen:

Die geforderte Erfolgsquote der Handelsschule edupool von 80% wurde übertroffen. Alle 17 Lehrgangsteilnehmerinnen und Lehrgangsteilnehmer haben die Schlussprüfung mit Erfolg bestanden. Dieser 100-prozentige Erfolg ist eine Ausnahme.

Zufriedenheit der Leistungsempfänger:

Die Werte über die Zufriedenheit der Leistungsempfänger wurden erstmals durch eine Fokusevaluation erhoben. Diese Erstmaligkeit erklärt die Abweichung von 3% aufgrund fehlender Vergleichbarkeit mit Erfahrungswerten. Zur Behebung der Qualitätsdefizite wurde ein Massnahmeplan erstellt.

E. Mittelschulen

1. Allgemeines

Die Totalrevision der Verordnung über die Mittelschulen wurde im Mai 2009 vom Kantonsrat angenommen und vom Regierungsrat zusammen mit der neuen Vollzugsverordnung auf den 1. August 2009 in Kraft gesetzt.

Zur Umsetzung des Qualitätsartikels erliessen der Regierungsrat ein Rahmenkonzept und der Erziehungsrat detaillierte Weisungen. Die Qualität der Mittelschulen wird demnach neu auf drei Ebenen evaluiert: auf der Ebene der einzelnen Mittelschule, auf der Ebene der externen Überprüfung der schulinternen Qualität sowie auf einer schulübergreifenden, kantonalen Ebene.

2. Kantonsschule Kollegium Schwyz (KKS)

Die Bauarbeiten zur Sanierung und räumlichen Neukonzeption verliefen programmgemäss, nach den Sommerferien konnten die neuen Räume im Nordtrakt in Betrieb genommen werden. Die

Auslagerung eines grossen Teils des Unterrichts ins ehemalige Lehrerinnen- und Lehrerseminar Rickenbach brachte im Bereich Stundenplan und Transport einige Herausforderungen mit sich. Die KKS startete im Jahr 2009 das Projekt «bilinguale Matura», die auf sehr grosses Interesse gestossen ist. Intensiv wurde auch an der Entwicklung der neuen Handelsmittelschule gearbeitet, die neu ab Sommer 2010 eine schulisch organisierte kaufmännische Grundbildung anbieten wird.

In einem von der ETH Zürich veröffentlichten Ranking schnitten die KKS und die anderen Mittelschulen im Kanton Schwyz schlecht ab. Durch die Erhöhung der Stundenzahl in den Naturwissenschaften, das Weiterbildungsprojekt «Was ist guter Unterricht?» und den Ausbau der Studienberatung wird eine markante Verbesserung angestrebt. Eine schulinterne Weiterbildung am Gymnasium Liestal (zweitbeste der bewerteten Schulen) vermittelte wesentliche Einsichten, die nun umzusetzen sind.

Ausserdem wurden die schulinternen Weisungen und Reglemente überarbeitet und ergänzt. Nötig wurde dies aufgrund der standortübergreifenden Führung, aber auch weil in den letzten zwei Jahren rund ein Drittel des Lehrkörpers aus Altersgründen ersetzt wurde. Die neuen Lehrpersonen konnten mit den überarbeiteten Unterlagen umfassend über die geltenden Regelungen informiert werden.

An mehreren schulinternen Weiterbildungstagen befassten sich die Lehrpersonen mit den Themen «Umgang mit Störungen im Unterricht» sowie der «Bildung eines lernfördernden Klimas». Zudem machten sie sich mit der neuen e-Plattform «Moodle» vertraut.

3. Kantonsschule Ausserschwyz (KSA)

Der Aufbau des Qualitätsmanagements auf der Grundlage von Q2E (Qualität durch Entwicklung und Evaluation) ging planmässig voran. Im Berichtsjahr wurden erste Evaluationen durchgeführt. Es fanden Schülerfeedbacks sowie kollegiale Unterrichtsbesuche statt.

4. Private Mittelschulen

Aufgrund der Bestimmungen der Mittelschulverordnung wurden den privaten Mittelschulen für Schülerinnen und Schüler mit Wohnsitz im Kanton Schwyz für das Schuljahr 2008/2009 folgende Beiträge ausgerichtet:

Stiftsschule Einsiedeln	Fr. 3 298 481.20
Gymnasium Immensee	Fr. 2 433 662.00
Theresianum Ingenbohl	Fr. 3 115 956.55
Total	Fr. 8 848 099.75

Schülerzahlen 2009/2010

(nach Wohnort)

	Kantonale Mittelschulen			Private Mittelschulen			Total
	Kantonsschule Kollegium Schwyz	Kantonsschule Ausserschwyz	Zwischentotal	Stiftsschule Einsiedeln*	Gymnasium Immensee*	Theresianum Ingenbohl	
Kanton Schwyz	364	526	890	283	172	215	1560
andere Kantone	5	34	39	61	250	79	429
Ausland	3	–	–	2	2	–	4
Total Schüler/innen	372	560	929	346	424	294	1993
Schuljahr 2008/2009	396	614	1010	339	427	275	2051

* inklusive Untergymnasium, inklusive OS und FMP

Mittelschulabschlüsse 2009

Schulen	Herkunft	Matura	HMS	FMS		FMP	kaufm. Berufsmatura	Total
				Erziehung+ Pädagogik	Gesundheit+ Soziales			
Einsiedeln	Total	43						43
	davon Schwyzer	35						35
	davon Frauen	26						26
Immensee	Total	65						65
	davon Schwyzer	62						62
	davon Frauen	33						33
Ingenbohl	Total	21		21	7	11		60
	davon Schwyzer	21		18	6	11		56
	davon Frauen	21		19	7	10		58
Ausserschwyz	Total	141						141
	davon Schwyzer	111						111
	davon Frauen	83						83
Schwyz	Total	85	17				20	122
	davon Schwyzer	81	16				18	115
	davon Frauen	43	10				16	69
Gesamttotal	Gesamttotal	355	17	21	7	11	20	431
	davon Schwyzer	310	16	18	6	11	18	379
	davon Frauen	206	10	19	7	10	16	269
Vorjahr	Total	326	18		47	0	18	409
	Schwyz	301	16		43	0	17	377

F. Universitäten/ETH, Fachhochschulen, Pädagogische Hochschulen

1. Universitäten/ETH

Im Studienjahr 2008/2009 waren 1402 (1353) Studierende aus dem Kanton Schwyz in einem Bachelor-, Master-, Diplom-, Doktors- oder Weiterbildungsstudium an einer Universität oder einer Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) immatrikuliert, nämlich 683 (641) Schwyzerinnen und 719 (712) Schwyzer. In Zürich studierten 63.1% aller Schwyzer Studierenden (44.6% an der Universität, 18.5% an der ETH), in St. Gallen 9.5%, in Freiburg 7.4%, in Bern 7%, in Luzern 5.9% und an den anderen Schweizer Universitäten 7.1%. Den Universitätskantonen wurden Beiträge von rund 12.1 Mio. Franken gemäss Interkantonaler Universitätsvereinbarung entrichtet.

Zur Stiftung Universitäre Fernstudien Schweiz (FS-CH) mit Sitz in Brig gehört auch das Studienzentrum Pfäffikon. Im Berichtsjahr hat der Kanton die Fernstudienorganisation mit Fr. 50 000.– aus dem Lotteriefonds unterstützt. Von insgesamt 1703 (1571) immatrikulierten Studierenden stammten 27 (19) Personen aus dem Kanton Schwyz. Mehrere hundert Studierende aus andern Kantonen besuchten eine oder mehrere Präsenzveranstaltungen am Studienzentrum Pfäffikon.

2. Fachhochschulen

2.1 Allgemeines

Im Studienjahr 2008/2009 waren 965 (911) Studierende aus dem Kanton Schwyz in einem Bachelor-, Master-, Diplom- oder Weiterbildungsstudium an einer Fachhochschule immatrikuliert, nämlich 462 (404) Schwyzerinnen und 503 (507) Schwyzer.

Fachhochschule	Anzahl Studierende	
– Zürcher Fachhochschule (inklusive Pädagogische Hochschule Zürich)	240	(212)
– Fachhochschule Zentralschweiz (exklusive Pädagogische Hochschule Zentralschweiz)	187	(178)
– Fachhochschule Ostschweiz	140	(148)
– Fachhochschule Nordwestschweiz	40	(34)
– Berner Fachhochschule	27	(23)
– Haute école spécialisée de Suisse occidentale	16	(14)
– Scuola Universitaria Professionale della Svizzera Italiana	11	(12)
– Kalaidos Fachhochschule	26	(31)
– Andere Pädagogische Hochschulen davon an der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz	278	(259)
– davon an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik Zürich	233	(224)
	7	(19)

Der Kanton Schwyz beteiligt sich an den Kosten der Fachhochschulen als Konkordatskanton/Trägerkanton oder durch Zahlung von Beiträgen gemäss Interkantonaler Fachhochschulvereinbarung. Für 814 (739) Schwyzerinnen und Schwyzer mit stipendienrechtlichem Wohnsitz im Kanton Schwyz (exklusive Studierende in einem Weiterbildungsstudium und Studierende an privaten Fachhochschulen) zahlte der Kanton rund 23.7 Mio. Franken an die Fachhochschulen (inklusive Pädagogische Hochschulen).

2.2 Hochschule Luzern (HSLU) – Fachhochschule Zentralschweiz (FHZ)

Der Kanton Schwyz gehört zu den Konkordatskantonen der Hochschule Luzern (HSLU) – FH Zentralschweiz. Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat zu den neuen Rechtsgrundlagen der FHZ (ein-

heitliche Trägerschaft, verbessertes Finanzierungskonzept) im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens Stellung genommen.

2.3 Hochschule Rapperswil (HSR)

Der Kanton Schwyz ist einer der Trägerkantone der Hochschule Rapperswil (Teilschule der Fachhochschule Ostschweiz). Im Studienjahr 2008/2009 wurden die einzelnen Studiengänge in den Bereichen Bauwesen und Technik von 71 (82) Schwyzer Studierenden besucht. Die Trägerkantone haben im Berichtsjahr der Einführung eines neuen Studiengangs «Erneuerbare Energien und Umwelttechnik» zugestimmt.

2.4 Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft Zollikofen (SHL)

Der Kanton Schwyz ist Konkordatskanton der Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft in Zollikofen (Teilschule der Berner Fachhochschule). Im Studienjahr 2008/2009 studierten dort sieben (7) Personen aus dem Kanton Schwyz. An dieser Schule ist ein Erweiterungsbau in Planung. Diesem Projekt hat der Kanton Schwyz im Berichtsjahr zugestimmt.

3. Pädagogische Hochschule Zentralschweiz (PHZ)

3.1 Weiterbestand des Konkordats in Frage gestellt

Im April 2009 gab der Luzerner Regierungsrat bekannt, dass er beabsichtige, das PHZ-Konkordat zu kündigen und auf bilateraler Ebene mit den andern Kantonen Verwaltungsvereinbarungen abzuschliessen. Bis Ende Jahr wurden diese Absichten weder bestätigt noch widerrufen. An der Dezembersitzung 2009 appellierte der Konkordatsrat an die Luzerner Regierung, von ihrer Kündigungsabsicht abzurücken, um die intensive Zusammenarbeit in den zwei wichtigen Bildungskonkordaten der Zentralschweiz nicht aufs Spiel zu setzen.

Als Reaktion auf die Absichtserklärung von Seiten Luzerns setzte der Regierungsrat im April 2009 eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Vorstehers des Bildungsdepartements ein mit dem Auftrag, Entscheidungsgrundlagen für eine zukunftssträchtige Lösung im Kanton Schwyz zu erarbeiten für den Fall, dass das PHZ-Konkordat aufgelöst werden sollte. Die Arbeitsgruppe traf sich im Berichtsjahr zu drei Sitzungen und erarbeitete Grundlagen für drei verschiedene Handlungsoptionen im Bereich der Lehrerinnen- und Lehrerbildung: 1) Zusammenarbeit mit einem oder mehreren andern Kantonen im Rahmen eines Konkordats; 2) eigene pädagogische Hochschule (in Kooperation mit andern PHs); 3) Diversifizierung (Spezialisierung auf einzelne Leistungsbereiche der Lehrerinnen- und Lehrerbildung).

3.2 Entwicklung der Studierendenzahlen

Die anhaltende Ungewissheit über die Zukunft der PHZ stellte und stellt nicht nur für die Dozierenden und Mitarbeitenden eine erhebliche Belastung dar, sondern wirkte sich auch auf die Studierendenzahl aus. Zwar begann die Rekrutierungsphase Anfang Jahr verheissungsvoll. Die Informationsveranstaltungen und Tage der offenen Tür konnten hohe Besucherzahlen verzeichnen. Die Ankündigung von Luzern, den Austritt aus dem Konkordat zu prüfen und die Presseberichte, in denen über eine mögliche Schliessung der PHZ Hochschule Schwyz spekuliert wurde, wirkten sich in der Folge negativ aus. Über mehrere Wochen gingen kaum mehr Anmeldungen ein, und einige bereits eingeschriebene Studierende wechselten an andere Hochschulen. So blieben die Anmeldungen letztlich mit 63 (74) Personen unter den Erwartungen. Anmeldungen für die Sekundarstufe I (im ersten Ausbildungsjahr) blieben gar vollständig aus. Die Gesamtzahl der Studierenden sank darum von 172 im Frühlingssemester auf 163 (173) im Herbstsemester.

Eintritte und Herkunft der Studierenden an der PHZ Hochschule Schwyz

	SZ	LU	NW	OW	UR	ZG	GL	GR	SG	TI	ZH	D	FL	TOTAL
2009	37	5	1		10	2	1	1	1		2	1	2	63
2008	43	10	1	1	8	4		1	2		1	1	3	75
2007	35	4	1	1	6	2	1		1		2			53
2006	38	4	1	1	9	2				1	4			60
2005	49	4	3	1	6				1		1			65
2004	22	1			5						1			29

3.3 Dienstleistungen, Weiterbildung/Zusatzausbildungen, Forschung und Entwicklung

Im März 2009 konnte die Fachstelle Ethik, Religionen und Kultur eröffnet werden. Gleichzeitig wurde eine Kooperationsvereinbarung mit der Stiftung «Weltethos» von Prof. Dr. Hans Küng, Tübingen, unterzeichnet.

In der Abteilung Forschung und Entwicklung konnten wiederum verschiedene neue Projekte mit Drittmittelfinanzierung lanciert werden. Die wichtigsten sind:

- *Pädagogische Überzeugungen von Lehrpersonen und ihre Bedeutung für die Nutzung digitaler Medien in der Sekundarstufe I. Finanzierung: Schweizerischer Nationalfonds, Abt. I, Laufzeit: Oktober 2009 bis März 2011*
- *iLearnIT.ch – Spielerisch Konzepte der Informatik entdecken, Projektpartner: Hasler Stiftung, informatica08, diverse weitere Partner*
- *schweiz.ch – suissr.ch – svizzer.ch: location based mobile learning. Anschubfinanzierung: Prix Multimedia, SSR SRG idee suisse, Hauptsponsor: Swisscom AG*
- *Persönliche Smartphones in der Primarschule, Projektpartner: Projektschule Goldau, Swisscom AG*

Die an Hochschulen angestrebte Drittmittelquote von 20 bis 30% konnte trotz der vergleichsweise tiefen Grundfinanzierung auf hohem Niveau gehalten werden.

Anteil Drittmittel im Forschungsbereich der PHZ Hochschule Schwyz

	Grundfinanzierung	Drittmittel	Drittmittelquote
2009	490 455	225 957	31.54%
2008	458 810	197 557	30.10%
2007	352 870	233 485	39.82%
2006	433 254	180 810	29.44%
2005	432 092	189 564	30.49%
2004	266 982	41 520	13.46%

3.4 Nutzung des Gebäudes

Seit Inbetriebnahme im Herbst 2006 wird das Gebäude in Goldau in den unterrichtsfreien Zeiten auch fremdvermietet. Insbesondere kantonale Verwaltungseinheiten, aber auch private Organisationen und Gruppen zeigen ein reges und zunehmendes Interesse an der Benutzung dieser Räumlichkeiten. So hat sich etwa die Stiftung Universitäre Fernstudien Schweiz für die Mentoratsveranstaltungen im Studium der Rechtswissenschaft eingemietet, und die Schwyzer Kantonalbank führt Kaderseminare in Goldau durch. Da für Weiterbildungsveranstaltungen des Kantons keine Mieten berechnet werden, schlagen sich die Drittbelegungen im Ertrag nicht vollständig nieder.

G. Amt für Kultur**Finanzen**

In Fr. 1000.–	2009 V	2009 R	Abw.
Aufwand	5830	3609	–2 221
Ertrag	67	74	7
Globalbudget	5763	3535	–2228
Nachkredit	0		
Globalbudget inkl. NK	5763	3535	–2228 ○
Nettoinvestitionen	800	800	0 ○

Kommentar:

Die budgetierten 1.6 Mio. Franken für den Kulturlastenausgleich mussten im Jahr 2009 nicht ausbezahlt werden. Die Inkraftsetzung der Interkantonalen Vereinbarung erfolgte per 1. Januar 2010. Die Lohnkosten sind rund Fr. 300 000.– tiefer ausgefallen.

Aufgrund des verzögerten Arbeitsfortschritts bei den Restaurierungsvorhaben des Klosters Einsiedeln wurden Fr. 150 000.– weniger für Abschreibungen auf den Investitionsbeiträgen fällig.

Projekte**Archivische Digitalisierung:**

Im Jahre 2009 wurden insgesamt 11 529 Bilddateien in die Datenbanken des Staatsarchivs aufgenommen. Die Datei Bilddokumentation (Digitalisierung von Fotos und Ansichtskarten privater Sammler) vergrösserte sich auf 4131 (3533) Digitalisate.

Restaurierung Kloster Einsiedeln:

Die geplanten Subventionen von Fr. 800 000.– konnten entsprechend dem Restaurierungsfortschritt ausbezahlt werden.

Erneuerung Bundesbriefmuseum:

Als Planungsgrundlage für die Modernisierung des Bundesbriefmuseums wurde ein neues Museumskonzept erstellt.

PG1: Kulturförderung**Ziele**

- Regelmässige Verleihung von Kultur- und Förderpreisen
- Attraktiver und lehrreicher Museumsbesuch
- Benutzerfreundliches und vielfältiges Bibliotheksangebot

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.
Anzahl durchgeführte Verleihungen	1	1	0 ○
Mindestzahl Besucher pro Jahr	10 000	11 849	1849 ○
Mindestanzahl Ausleihen pro Jahr	130 000	139 947	9947 ○

Kommentar:

Rund 130 (130) der circa 170 (160) teils neuen, teils wiederkehrenden Gesuche aus den Sparten Musik, Theater, Tanz, Literatur, Film, bildende Kunst und kulturelles Erbe/Volkskultur konnten mit Beiträgen oder Defizitgarantien unterstützt werden. Erstmals wurden Werkbeiträge für bildende Kunst vergeben. Die Fachjury wählte aus den 21 Bewerbungen Diana Seeholzer und Anton Bruhin aus. Das Luzerner Büro «schnittstelleKultur» wurde beauftragt, einen Bericht über die «Kulturräume im Kanton Schwyz» zu erstellen.

Das Bundesbriefmuseum verzeichnete weniger Gruppeneintritte als im Vorjahr, jedoch mehr Einzelbesucher.

Die Steigerung der Bibliotheksbenutzer um 2.9% beruht vorab auf einem verbesserten Angebot an audiovisuellen Medien.

PG2: Kulturpflege

Ziele

- Förderung der Bewahrung des baulichen Kulturerbes
- Fortführung der digitalen Sicherstellung
- Laufende Erschliessung der Staatsakten
- Kontinuierliche öffentliche Informationsarbeit und Publikationswesen

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Einhaltung der Frist für Mitberichte im kantonalen Baubewilligungsverfahren	100%	100%	0	○
Anteil (%) an Nettoaufwand des Staatsarchivs für Digitalisierungen	3	2	-1	●
Anteil (%) an Gesamtarbeitszeit der Abteilung Staatsarchiv für Erschliessungswesen	25	34	9	○
Anzahl Publikationsbeiträge	15	22	7	○

Kommentar:

Im Bereich Denkmalpflege bestanden per 31. Dezember 2009 keine Mitberichtsspendenzen.

Der Anteil der Aufwendungen für die digitale Sicherstellung weicht von der Zielvorgabe ab, weil sich die Vergleichszahlen (Nettoaufwand 2009) durch das Hinzukommen der Kantonsbibliothek und die Kulturförderung (Departementsreform) geändert haben (plus 1.08 Mio. Franken).

Durch den gezielten Einsatz von temporär angestellten Archivspezialisten (120 Stellenprozente) schreitet die Erschliessung der historischen Akten kontinuierlich und gezielt voran.

Mit der Publikation des Schwyzer Hefts Nr. 94, Historische Katastrophen und Unglücke im Kanton Schwyz, sowie den Beiträgen in den «Mitteilungen des Historischen Vereins», Band 101/2009, konnte die Schwyzer Historiografie ergänzt werden.

Die Schweizer Straf-, Jugendstraf- und Zivilprozessordnungen verlangen im Kanton nach einer neuen Behördenorganisation, welche in der neuen Justizverordnung getroffen wird. Die Aufgaben der neuen Staatsanwaltschaft bleiben dabei auf den Kanton und die Bezirke verteilt. – Der Kantonsrat bewilligte den Verpflichtungskredit für das Projekt ‚POLYCOM, Teilnetz Kanton Schwyz‘, mit welchem allen Partnern im Rettungsdreieck und des Zivilschutzes ein digitales Bündelfunksystem zur Verfügung gestellt wird. – Im Strafvollzug war eine starke Zunahme von unbedingten Freiheitsstrafen und Bussenumwandlungen festzustellen. – Die Übungsanlage für Feuerwehr und Zivilschutz (UFZ) in Seewen-Wintersried konnte im Sommer nach der Fertigstellung der Ausbildungsanlage den regulären Kursbetrieb aufnehmen.

A. Rechts- und Beschwerdedienst

1. Allgemeines

Die Schwerpunkte der Tätigkeit des Rechts- und Beschwerdedienstes lagen in der Betreuung der allgemeinen Rechtsetzung, der Instruktion von Verwaltungsbeschwerden und der Rechtsberatung für Departemente, Ämter und Anstalten sowie die Bezirke und Gemeinden.

Er bearbeitete überdies fünf (10) Staatshaftungsfälle gegen den Kanton Schwyz.

2. Aufsicht über die Bezirke und Gemeinden sowie über Korporationen und Genossamen

Die Aufsicht über die Bezirke und Gemeinden wurde laufend bei der Entscheidung von Verwaltungs- und Aufsichtsbeschwerden sowie bei der Vorprüfung und Genehmigung von kommunalen Plänen, Reglementen und Verträgen ausgeübt.

Ende Januar 2009 wurde bekannt, dass die Gemeinde Freienbach auf ihrem Finanzvermögen Verluste aus einem alternativen Investment in ein strukturiertes Produkt erleiden werde. Der Regierungsrat als Aufsichtsbehörde über die Gemeinden prüfte die Angelegenheit und gelangte zum Schluss, dass der Gemeinderat Freienbach mit seinem Anlageentscheid keine gesetzlichen Vorgaben verletzt hatte. Der Gemeinderat ist für die Anlage des Finanzvermögens zuständig. Inhaltlich gibt das kantonale Recht den Gemeinderäten für die Anlage von Finanzvermögen lediglich vor, dass Vermögenswerte – unabhängig davon, ob sie dem Verwaltungs- oder dem Finanzvermögen zuzurechnen sind – in ihrer Substanz zu erhalten sind. Damit kann nicht gemeint sein, dass jegliche Anlagen, bei welchen ein Verlust eintreten könnte, untersagt sind. Anders als der Bund oder einzelne Kantone schliesst das kantonale Recht gewisse Anlagekategorien nicht zum Vornehmen aus. Der Gemeinderat Freienbach hatte die frei verfügbaren Mittel der Gemeinde zu einem grossen Teil auf Post- und Bankkonti und in Festgeldern angelegt. Weniger als 10% waren zu jenem Zeitpunkt in alternative Produkte investiert. Das Funktionieren der Gemeinde und insbesondere deren Aufgabenerfüllung waren dadurch zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt. Die erforderlichen liquiden Mittel waren jederzeit verfügbar gewesen. Der Kantonsrat hat unter dem Eindruck der eingetretenen Verluste der Gemeinde Freienbach zwei Motionen in Postulate umgewandelt und erheblich erklärt (M 4/09 und M 5/09). Der Regierungsrat hat sich bei der Beantwortung dieser Vorstösse bereit erklärt, in die Vorlage zum neuen Finanzhaushaltsgesetz für die Gemeinden und Bezirke Vorschriften über die Anlage von Finanzvermögen der Gemeinden und Bezirke aufzunehmen.

Die Korporationen und Genossamen wurden vom Regierungsrat bereits im Jahre 2005 angewiesen, die Aufnahmekriterien in ihren Statuten bis Ende 2007 zu überprüfen und einem Urteil des Verwaltungsgerichts anzupassen. Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, haben die Korporationen und Genossamen im Kanton Schwyz mittlerweile verfassungskonforme Statuten.

Die Weisungen für die Verstärkung der Finanzaufsicht des Regierungsrates über die Schwyzer Korporationen und Genossamen vom 8. Januar 2001 verpflichten diese, ihre Rechnungen einer fachmännischen Selbstkontrolle zu unterziehen. Rechnungen und Bestätigungen der leitenden Revisorinnen und Revisoren betreffend die Rechnungsführung und die Einhaltung des Verschleuderungsverbots sind jährlich dem Regierungsrat einzureichen. Praktisch alle Korporationen und Genossamen reichten im abgeschlossenen Rechnungsjahr 2008 ihre Rechnungen ein. Den in den Weisungen vorgegebenen Standard in der Rechnungslegung erreichen noch nicht alle Körperschaften.

3. Verwaltungsrechtspflege

3.1 Beschwerdeverfahren vor dem Regierungsrat

Die Beschwerdeeingänge nahmen im Berichtsjahr um 76 auf 345 (421) ab. Von den 345 Beschwerden wurden 16 (32) als Sprungbeschwerden zur direkten Beurteilung ans Verwaltungsgericht überwiesen. Somit waren insgesamt 329 (389) Beschwerden vom Regierungsrat zu beurteilen.

Bei den Neueingängen fielen die Beschwerden aus dem Baurecht (81), dem Sozial- (63) und Vormundschaftsrecht (41) sowie dem Erziehungswesen (35) besonders ins Gewicht. In den Bereichen Baurecht (–38), Raumplanung (–20) und Verkehrs- und Polizeiwesen (–23) war ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. In den übrigen Rechtsgebieten bewegten sich die Beschwerdeeingänge im Rahmen der Vorjahre.

Am 1. Januar 2010 waren 162 (204) Beschwerden hängig. Davon waren 30 (35) im Einvernehmen mit den Parteien sistiert. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Zahl der vom Regierungsrat behandelten Beschwerden mit 371 (391) ab. Die Verfahrensdauer vom Eingang der Beschwerden bis zum Entscheid (ohne Dauer einer Sistierung) betrug:

	2009	%	2008	%
bis 3 Monate:	186	50.1	182	46.5
4 bis 6 Monate:	105	28.3	115	29.4
(innert 6 Monaten:)	291	78.4	297	76.0
über 6 Monate:	53		60	
über ein Jahr:	27		34	
erledigt:	371		391	

3.2 Art der Beschwerdeerledigung

	Nichteintreten	Abschreibung	Abweisung	Gutheissung	Total Erledigungen 2009	Total Erledigungen 2008
Gemeindewesen	1	1	3		5	7
Baurecht	7	33	43	40	123	96
Umweltschutz		1	2		3	13
Abgaben		1	6	1	8	9
Zivilrecht			2		2	2
Vormundschaftsrecht	4	12	10	5	31	46
Sozialwesen	7	17	17	12	53	64
Erziehungswesen	2	20	8	1	31	32

	Nichteintreten	Abschreibung	Abweisung	Gutheissung	Total Erledigungen 2009	Total Erledigungen 2008
Strassenwesen		1	1	1	3	9
Raumplanung	1	13	16	14	44	46
Forst- und Jagdpolizei	1	2	2	1	6	
Landwirtschaft						1
Wasserbau						2
Arbeitsvergebung					0	0
Gesundheitswesen	2	3			5	9
Verwaltungsverfahren		1	1	1	3	2
Verkehrs- und Polizeiwesen	3	22	2	2	29	25
Ausländerrecht	1	8	6		15	15
Verschiedenes		4	4	2	10	13
Total	29	139	123	80	371	391

3.3 Entscheide des Verwaltungsgerichts gegenüber Beschwerdeentscheiden des Regierungsrates

Das Verwaltungsgericht entschied im Berichtsjahr 72 (60) Verwaltungsgerichtsbeschwerden gegen Beschwerdeentscheide des Regierungsrates wie folgt:

Abweisung	42	(34)
Gutheissung	7	(3)
teilweise Gutheissung	12	(10)
Nichteintreten	3	(5)
Widerruf / Rückzug / Abschreibung	4	(7)
Rückweisung an den Regierungsrat	4	(1)

Im Berichtsjahr wurden 82 Beschwerdeentscheide des Regierungsrates an das Verwaltungsgericht weitergezogen.

4. Kirchen und Staat

Der Kantonskirchenrat, das Parlament der Römisch-katholischen Kantonalirche Schwyz, erliess ein neues Entschädigungs- und Besoldungsgesetz. Die Synode, das Parlament der Evangelisch-reformierten Kantonalirche Schwyz, revidierte im Jahre 2009 das Reglement für Wahlen und Abstimmungen vom 22. April 2006 in Bezug auf die Ersatzwahlen und die Beendigung der Amtsdauer. Wahlen in die obersten Organe fanden in den beiden Kantonalkirchen im Jahre 2009 keine statt.

Dem Regierungsrat wurden die Voranschläge für das Jahr 2010, die Rechnungen 2008, Finanzausgleichsbeschlüsse sowie Rechenschaftsberichte zur Kenntnis gebracht. Im Rahmen der Oberaufsicht gegenüber den Kantonalkirchen gemäss § 92 Abs. 3 Kantonsverfassung bestand keine Veranlassung zum Einschreiten.

5. Rechtssetzung

Das Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf einer neuen Kantonsverfassung endete im Januar 2009. Insgesamt gingen 97 Stellungnahmen von Körperschaften, Parteien, Verbänden und Privaten – darunter jene des Regierungsrates – ein. Die verschiedenen Anträge und Bemerkungen wurden in vier Arbeitsgruppen (‘Staatstätigkeit’, ‘Volksrechte’, ‘Behörden und Finanzen’ sowie ‘Körperschaften und Kirchen’) vertieft überprüft. Die Gesamtkommission behandelte die Anträge an zwei Sitzungen und nahm am ursprünglichen Verfassungsentwurf verschiedene Korrekturen und Ergänzungen vor.

Am 17. Dezember 2009 konnte die Verfassungskommission nach vierjähriger Arbeit Bericht und Vorlage an den Kantonsrat zu einer neuen Kantonsverfassung verabschieden. Bericht und Vorlage sowie weitere Grundlagen sind auf www.verfassung-sz.ch abrufbar.

Mit dem Erlass der Schweizerischen Strafprozessordnung, der Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung und der Schweizerischen Zivilprozessordnung wurden die Grundlagen geschaffen, um die Straf- und die Zivilverfahren auch in den Kantonen einheitlich nach Bundesrecht abzuwickeln. Die Bestimmung der Behördenorganisation bleibt weiterhin Sache der Kantone. Sie regeln im Rahmen des Bundesrechts die Wahl, die Zusammensetzung, die Organisation und die Befugnisse der Behörden für die Zivil- und Strafrechtspflege. Verlangt wird allerdings von den Kantonen die Einsetzung einer Staatsanwaltschaft, welche die Strafverfahren von der Ermittlung, über die Untersuchung bis zur Anklageerhebung leitet. Zur Einführung und Umsetzung des eidgenössischen Prozessrechts im Kanton Schwyz hat der Kantonsrat am 18. November 2009 die Justizverordnung erlassen. Die Aufgaben der Staatsanwaltschaft verteilte der Kantonsrat dabei auf die Oberstaatsanwaltschaft, die Kantonale Staatsanwaltschaft, die Jugendanwaltschaft und die Bezirksanwaltschaften. Er folgte damit dem Vorschlag des Regierungsrates nicht, der die Schaffung einer einheitlichen, vom Kanton getragenen Staatsanwaltschaft vorgeschlagen hatte. Mit der neuen Justizverordnung wurde ausserdem auch die Grundlage für das Zwangsmassnahmengericht gelegt. Dieses neue Gericht beurteilt die Rechtmässigkeit von Zwangsmassnahmen in Strafverfahren, im Ausländerrecht und von Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen.

Am 18. Februar 2009 hat der Kantonsrat die neue kantonale Ordnungsbussenverordnung verabschiedet. Gestützt darauf können fortan Fehlbare, die mit der direkten Bussenerhebung einverstanden sind, von den Angehörigen der Kantonspolizei und von weiteren Kontrollorganen ohne eigentliches Strafverfahren gebüsst werden. Mit der gleichen Vorlage hat der Kantonsrat eine Reihe neuer Übertretungstatbestände im kantonalen Recht geschaffen, die dem Schutze der öffentlichen Ordnung dienen. Gebüsst werden kann danach, wer unbefugt Kleinabfälle achtlos wegwirft (Littering), im Siedlungsgebiet seine Notdurft ausserhalb sanitärer Einrichtungen verrichtet, Gebäude und Anlagen in anderer Weise verunreinigt oder bettelt. In einer Vollzugsverordnung zu dieser kantonalen Ordnungsbussenverordnung hat der Regierungsrat am 18. August 2009 die ermächtigten Kontrollorgane für die direkte Bussenerhebung bezeichnet und weitere Vollzugsvorschriften erlassen.

6. Gleichstellung von Mann und Frau

Die Schlichtungsstelle für Diskriminierungsstreitigkeiten aus dem Erwerbsleben hatte im Berichtsjahr keine Fälle zu behandeln.

Die Gleichstellungskommission konzentrierte sich im Berichtsjahr auf das Zentralschweizer Projekt ‘Schule und Geschlecht’ und führte dazu eine Veranstaltung ‘Berufswahl – Wie werden bei Kindern Interessen geweckt?’ durch. Das Zentralschweizer Projekt ‘fit für familien’ wurde weitergeführt, insbesondere die Homepage www.fit-fuer-familien.ch besteht weiterhin und wird rege benutzt. Die Gleichstellungskommission hatte weiter die Möglichkeit, zu verschiedenen kantonalen Vorlagen aus Gleichstellungssicht Stellung zu nehmen, u.a. zum Entwurf der Kantonsverfassung. Weitere Aktivitäten waren zwei Treffen mit den Innerschweizer Gleichstellungsverantwortlichen und die Unterstützung des Tochtertags.

7. Informatisiertes Grundbuch Kanton Schwyz (Ik-GB SZ)

Auch das Grundbuchamt Goldau hat mit den Ersterfassungsarbeiten begonnen, womit in allen Grundbuchämtern diese Arbeiten erfolgreich angelaufen sind. Nach dem Bezirk Gersau (2008) konnte auch in den Bezirken Küssnacht und Einsiedeln sowie in den Gemeinden Ingenbohl, Sattel, Wollerau, Altendorf, Galgenen und Wangen die Ersterfassung der Daten grösstenteils abgeschlossen werden.

Die Grundbuchpauschale wurde bei Fr. 10.50 pro Hit belassen, der Gebührentarif jedoch mit einer Gebührenobergrenze bei den Wertpauschalen ergänzt. Die Höhe der Grundbuchpauschale und die geplante Dauer der Gebührenerhebung werden im Auge behalten und allenfalls im Rahmen der Revision der Grundbuchgesetzgebung angepasst.

B. Kantonspolizei (WOV)

Finanzen

In Fr. 1000.–	2009 V	2009 R	Abw.	
Aufwand	41 096	40 605	–491	
Ertrag	10 314	10 255	–59	
Globalbudget	30 782			
Nachkredit	110			
Globalbudget inklusive NK	30 892	30 350	–542	○
Nettoinvestitionen	0	0	0	○

Steuerungsentscheide:

Zwecks Durchführung einer Werbekampagne zur Rekrutierung von Polizeianwärtern wurden Fr. 100 000.– ab dem Konto «Gehälter und Sozialzulagen» auf das Konto «Personalwerbung und -ausbildung, IPH» übertragen.

Im Weiteren wurden Fr. 100 000.– ab dem Konto «Gehälter und Sozialzulagen» auf das Konto «Anschaffung und Ersatz von Fahrzeugen» gebucht. Mit diesen Mitteln wurde ein dringend benötigtes zusätzliches Patrouillenfahrzeug erworben.

Schliesslich wurden Fr. 150 000.– vom Konto «Anschaffung Software/Programmierhilfe, Projektbegleitung» auf das Konto «EDV-Hardware-Unterhalt» übertragen. Der Übertrag ist mit Neukonzeptionierungen im Bereich der Archivierung von Daten, insbesondere der Geschwindigkeitsmessanlagen, begründet. Es wurde entschieden, die Aufwendungen via das Konto EDV-Hardware-Unterhalt zu verbuchen und nicht wie ursprünglich geplant via das Konto Anschaffung Software/Programmierhilfe, Projektbegleitung.

Kommentar:

Die Budgetvorgaben konnten bei den Ausgaben eingehalten werden. Es hat sich jedoch erneut gezeigt, dass die Steuerung der Einnahmen für ein Polizeikorps schwierig ist.

Projekte

Polycom

Vollständiger Ersatz für das bisher im Einsatz stehende Funknetz. Einführung eines neuen Funknetzes, welches im ganzen Kanton von sämtlichen Partnerorganisationen (San, FW, ZS) mitbenutzt werden kann. Dadurch wird eine Funkverständigung zwischen den Partnerorganisationen möglich.

Projektstand:

Das Projekt ist mit der Bewilligung des Verpflichtungskredites durch den Kantonsrat am 21. Oktober 2009 auf Kurs. Der Zeitplan sieht die Inbetriebnahme auf Ende 2012 vor.

Sicherheitspolizei 08

Umstrukturierung innerhalb der Sicherheitspolizei. Zusammenführung der beiden heutigen Sicherheitspolizeiregionen. Bildung eines «Brennpunktbereiches», um gezielt sicherheits- und kriminalpolizeiliche Schwerpunkte zu setzen.

Projektstand:

Mit der Realisierung des Konzepts «Kapo 2010» wird das Projekt wie geplant im Verlauf des Jahres 2011 abgeschlossen.

Logistik PXXI

Aufbau einer Internetplattform, über welche die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kantonspolizei persönliche Ausrüstungsgegenstände bestellen können und durch einen externen Logistikdienstleister geliefert erhalten.

Projektstand:

Das Projekt ist im Zeitplan. Die Internetplattform dürfte termingerecht per Ende 2012 eingeführt werden.

Einführung neue Eidgenössische Strafprozessordnung

Auf den 1. Januar 2011 wird gesamtschweizerisch eine neue einheitliche Strafprozessordnung in Kraft treten. In diesem Zusammenhang sind sämtliche Prozesse der polizeilichen Ermittlungsarbeit zu überprüfen und den neuen Gegebenheiten anzupassen. In diesem Rahmen erfolgt auch eine Überprüfung der Strukturen innerhalb der Kriminalpolizei.

Projektstand:

Die verschiedenen Anpassungsarbeiten im Hinblick auf die Einführung der Strafprozessordnung verlaufen plangemäss. Aktuell ist das Projektteam mit der Planung der Mitarbeiterschulungen beschäftigt.

PG1: Gesamtsicherheit

Ziele

- Reduktion der durchschnittlichen Interventionszeit
- Erhöhung der sichtbaren Präsenz (Patrouillentätigkeit und Sektorenbetreuung)

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Zeit zwischen Ende des Meldungseinganges und Eintreffen der ersten Polizeikräfte vor Ort (Durchschnitt in Min.)	14	14	0	○
Durchschnittlicher Anteil der Interventionen <10 Min.	37%	33%	–4%	●
Jährliche Personenstunden an sichtbarer Präsenz (Anzahl Stunden)	38 000	38 500	500	○
Patrouillentätigkeit (rollend sowie zu Fuss) prozentual zur bewilligten Gesamtkapazität	16%	17%	1%	○

Kommentar:

Die durchschnittliche Interventionszeit lag bei 14 Minuten und 27 Sekunden (14 Minuten 40 Sekunden). Ausgewertet wurden 5400 Einsätze. In 33% (31%) der Fälle waren die ersten Polizeikräfte innerhalb von 10 Minuten vor Ort. Damit konnte eine Verbesserung erreicht werden. Das gesteckte Ziel wurde jedoch verpasst.

Die Mitarbeitenden der Kantonspolizei leisteten 38 500 Stunden an sichtbarer Präsenz (36 000). Das Ziel konnte dank der laufenden Personalaufstockung erreicht werden.

Die geleistete Patrouillentätigkeit betrug 17% der bewilligten Gesamtkapazität (17%). Auch dieses Ziel konnte erreicht werden.

PG2: Verkehrssicherheit

Ziele

- Erhöhung der Wirkung der präventiven und repressiven Kontrolltätigkeit im Verkehrsbereich

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anzahl Übertretungen pro Kontrollstunde im Durchschnitt pro Jahr (fixe und mobile Messanlagen)	1.75	1.73	–0.02	○
Anzahl der Unfälle im Kanton Schwyz wegen Alkohol pro 1000 im Kanton Schwyz immatrikulierte Fahrzeuge, 3-Jahres-Durchschnitt	0.85	0.63	–0.22	○
Anzahl der Unfälle im Kanton Schwyz wegen übersetzter Geschwindigkeit pro 1000 im Kanton Schwyz immatrikulierte Fahrzeuge, 3-Jahres-Durchschnitt	1.70	1.25	–0.45	○

Kommentar:

Die Zahl der Übertretungen pro Kontrollstunde konnte mit 1.73 im Vorjahresvergleich (1.95) stark gesenkt werden. Dabei dürfte die Tatsache, dass die Standorte der fixen Messanlagen zwischenzeitlich vielen Automobilisten bekannt sind, eine wesentliche Rolle gespielt haben.

Pro 1000 im Kanton immatrikulierte Fahrzeuge wurden 0.64 alkoholbedingte Verkehrsunfälle registriert (0.55). Damit stieg der Wert im 3-Jahres-Vergleich leicht auf 0.63. Er liegt damit jedoch noch immer unter dem angestrebten Wert.

Wegen übersetzter Geschwindigkeit ereigneten sich pro 1000 immatrikulierte Fahrzeuge 1.46 Verkehrsunfälle (1.16). Im 3-Jahres-Vergleich liegt der Wert bei 1.25 Verkehrsunfällen. Das Ziel wurde somit ebenfalls deutlich erreicht.

PG3: Kriminalitätsbekämpfung

Ziele

- Reduktion der Deliktzahlen Einbruchdelikte
- Erhöhung der Aufklärungsquote Raubdelikte
- Erhöhung der Aufklärungsquote Einbruchdelikte

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anzahl der Einbrüche pro 1000 Einwohner, 3-Jahres-Durchschnitt	6.0	4.9	–1.1	○
Aufklärungsquote bei Raubdelikten im 3-Jahres-Durchschnitt	35%	47%	12%	○
Aufklärungsquote bei Einbruchdelikten im 3-Jahres-Durchschnitt	12%	17%	5%	○

Kommentar:

Die Zahl der Einbruchdelikte stieg je 1000 Einwohner leicht auf 4.3 (4.0). Ein Grund für den im schweizweiten Vergleich immer noch erfreulichen Wert liegt in der Tatsache, dass die Kantonspolizei Schwyz im vergangenen Jahr den Einbruchsektor gezielt mit grossen personellen Ressourcen bearbeitet hat (sichtbare und verdeckte Patrouillentätigkeit in gefährdeten Gebieten).

Im Bereich Raubdelikte konnten 45% (64%) der Fälle geklärt werden. Der Durchschnittswert der vergangenen drei Jahre liegt deutlich über dem angestrebten Resultat.

Stark gesteigert werden konnte die Zahl der aufgeklärten Einbruchdelikte. Es gelang, 29% (12%) der Fälle zu klären und damit auch den 3-Jahres-Wert deutlich zu steigern. Verantwortlich für die gute Aufklärungsquote zeichneten mehrere Seriendelikte, welche dank der polizeilichen Ermittlungen geklärt werden konnten.

PG4: Grossereignisse

Ziele

- 24/7-Aufwuchskapazität im Ereignisfall (Organisationsziel)

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anzahl Minuten ab Pagerauslösung, bis 50% der Einsatzkräfte am Einsatzort eingetroffen sind	75	30	–45	○

Kommentar:

Anlässlich einer Testalarmierung lag die durchschnittliche Ausrückzeit knapp unter 30 Minuten (30). Das Ziel wurde, wie im Vorjahr, wiederum deutlich übertroffen.

Bemerkungen

Nachfolgend werden die polizeiliche Anzeigenstatistik sowie statistische Angaben zum Bereich häusliche Gewalt im Mehrjahresvergleich wiedergegeben. Es handelt sich dabei um einen Auszug aus der separat publizierten Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Aufgrund der Überführung der Statistikerstellung zum Bundesamt für Statistik im Jahr 2008 und einer schweizweiten Vereinheitlichung fehlen für das Jahr 2007 einzelne Werte. Somit lassen sich hauptsächlich die Jahre 2008 und 2009 vergleichen.

Polizeiliche Anzeigenstatistik

	StGB-Artikel	2007	2008	2009
Tötungsdelikte inklusive Versuche	111–116	3	9	4
Vorsätzliche Körperverletzung	122–123	94	154	130
Veruntreuung	138	6	27	20
Diebstahl (ohne Fahrzeuge)	139	1596	1489	1559
davon Einbruchdiebstahl		784	562	617
davon Entreisssdiebstahl		6	3	6
Fahrzeugdiebstahl (inklusive Velo)		510	590	495
davon Personenwagen (inklusive Entwendung)		44	31	32
Raub	140	15	14	11
Sachbeschädigung (ohne Diebstahl)	144		659	517
Ehrverletzung und Verleumdung	173–174		14	16
Betrug	146	48	67	81
Erpressung	156	3	7	7
Betreibungs- und Konkursdelikte	163–171 ^{bis}	10	13	8
Drohung	180	74	94	100
Nötigung	181	23	30	23
Menschenhandel	182	1	12	1
Freiheitsberaubung/Entführung	183	3	7	5
Hausfriedensbruch ohne Dienstahl	186		58	59

	StGB-Artikel	2007	2008	2009
Sexuelle Integrität	187–198	29	80	77
davon sexuelle Handlung mit Kind	187	10	15	16
davon Vergewaltigung	190	5	3	5
Exhibitionismus	194	8	2	5
Pornografie	197	15	22	26
Brandstiftung	221	13	7	19
Gewalt/Drohung gegen Beamte	285	17	32	19
Geldwäscherei	305 ^{bis}	0	0	1
Übrige Straftaten gegen das StGB			98	176
Bundesnebengesetze			607	645
Total Straftaten (StGB, AuG, BetmG, BnG)		4822	6811	7138
Selbsttötungen		19	14	21

Häusliche Gewalt

	2007	2008	2009
Anzahl Straftaten	133	185	175
Zusätzliche Ausrückungen	82	109	117
Männer als Täter ermittelt	127	84	78
Frauen als Täterinnen ermittelt	44	19	19
Täter inhaftiert/in Gewahrsam genommen	24	26	25
Polizeiliche Wegweisungen	0	10	3

C. Amt für Justizvollzug

1. Strafvollzug

Es ist eine starke Zunahme bei den unbedingten Freiheitsstrafen und bei den Bussen umwandlungen der Bezirke festzustellen. Zur besseren Übersicht werden die bedingten und unbedingten Geldstrafen neu separat ausgewiesen. Zudem werden neu auch die bedingten Freiheitsstrafen aufgeführt. Was die deutlich höhere Anzahl von Fällen «in Bearbeitung» betrifft, ist wie im Vorjahr anzumerken, dass seit Mitte 2008 auch bis anhin sistierte Fälle wieder bearbeitet werden.

Im Berichtsjahr gingen folgende Vollzugsaufträge ein:

30	(16)	unbedingte Freiheitsstrafen
21	(–)	bedingte Freiheitsstrafen
234	(119)	Bussen umwandlungen
0	(1)	unbedingte militärische Freiheitsstrafen
2	(7)	Massnahmen
0	(1)	Einschliessungen Jugendlicher
57	(142)	unbedingte Geldstrafen/Bussen/Ersatzforderungen Gerichte, Verhöramt, Militär
40	(–)	bedingte Geldstrafen (inklusive Militär)
187	(215)	Kosteninkassi, Depots (Gerichte, Staatsanwaltschaft, Verhöramt, Militär)
418	(425)	Bussen- und Kosteninkassi Jugendanwaltschaften
989	(926)	Total Vollzugsaufträge und Inkassi

Am Jahresende befanden sich im Straf- und Massnahmenvollzug:

5	(9)	Normalvollzug
12	(11)	Massnahmen
2	(4)	vorzeitiger Strafantritt
2	(2)	Halbgefängenschaft, Halfreiheit
21	(26)	insgesamt im Vollzug

Pendente Fälle:

9	(14)	zur Verhaftung ausgeschrieben
77	(–)	Bussen umwandlungen
1	(0)	zum Vollzug aufgegeben

1 (1) nicht hafterstehungsfähig

252 (186) in Bearbeitung

340 (201) insgesamt pendent

2. Kantonsgefängnis

Im Jahresdurchschnitt betrug die Auslastung der 29 Haftplätze 88% (79.5%). Von anderen Kantonen konnten wiederum einige Insassen übernommen werden. Zu bemerken ist, dass im Berichtsjahr 2008 versehentlich die Belegungstage «Halbgefängenschaft» (1245) doppelt gerechnet wurden (siehe Korrektur).

Vollzug im Kantonsgefängnis SSB:

Belegung	Belegungstage	Korrektur 2008	Personen
Sicherheits- und Polizeihaft	749 (419)		247 (210)
Untersuchungshaft	3411 (2253)		163 (103)
Ausschaffungshaft	2574 (2539)		90 (46)
Jugendstrafe	2 (5)		1 (1)
Gericht	5 (3)		2 (8)
Halbgefängenschaft	885 (1245)		8 (8)
Diverse Vollzüge	1688 (2940)	(1695)	45 (40)
Total	9314 (9404)	(8159)	556 (416)

3. Bewährungsdienst

Auf dem Gebiet des Erwachsenenstrafrechts stieg die Fallbelastung leicht an. Vermehrt nahmen Inhaftierte im Kantonsgefängnis die freiwillige Soziale Betreuung in Anspruch. Die Zusammenarbeit mit den Jugendanwaltschaften war wieder sehr intensiv; die Zahl der Neuzugänge im Bereich der Schutzmassnahmen für Jugendliche fiel sehr hoch aus.

3.1 Erwachsene

Im Berichtsjahr gingen folgende Mandate ein:

16	(20)	Bewährungshilfe bei bedingter Entlassung/Verurteilung/ in Militärstrafsachen
1	(3)	Kontrolle ambulante Massnahmen
17	(6)	Soziale Betreuung
8	(4)	Weisungskontrolle bei bedingter Entlassung/Verurteilung
148	(160)	gemeinnützige Arbeit
190	(193)	insgesamt Neueingänge

Pendente Mandate insgesamt:

155	(141)	Bewährungshilfe, Kontrolle ambulante Massnahmen, Soziale Betreuung, Weisungskontrolle, gemeinnützige Arbeit
-----	-------	---

3.2 Jugendliche

Im Berichtsjahr gingen folgende Mandate ein:

19	(24)	Abklärungen
22	(10)	Schutzmassnahmen (inklusive vorsorgliche)
100	(144)	Persönliche Leistungen
9	(11)	Persönliche Begleitung bei bedingter Bestrafung
0	(1)	Weisungskontrolle
150	(190)	insgesamt Neueingänge

Pendente Mandate insgesamt:

85	(96)	Abklärungen, Schutzmassnahmen (inklusive vorsorgliche), persönliche Leistungen, persönliche Begleitungen, Weisungskontrolle.
----	------	--

D. Amt für Militär, Feuer- und Zivilschutz

1. Verwaltung Ausbildungszentrum

1.1 Belegungen

Im Ausbildungszentrum fanden die kantonalen sowie die gemeinsamen Grund-, Kader- und Spezialistenausbildungskurse laut Ausbildungsvereinbarung mit den Kantonen LU, UR, SZ, OW, NW, ZG und GL statt.

Belegungen:

Kantonseigene Kurse	SZ	3297	(3129)
Kurse mit Ausbildungsvereinbarung	SZ	990	(834)
	UR/NW/GL/ LU/ZG/OW	1326	(1388)
Total Teilnehmer-Tage		5613	(5351)

Das Ausbildungszentrum war mit 291 (281) Instruktionssdiensten des Zivilschutzes, Feuerwehrkursen und Drittbelegungen gut ausgelastet.

1.2 Retablierungsstelle für Angehörige der Armee und des Zivilschutzes

Abgabestelle für Jugend+Sport

Die Retablierungsstelle rüstet Angehörige der Armee und des Zivilschutzes, Feuerwehr-Instruktoren sowie Jugend+Sport-Leiter aus.

Angehörige der Armee	Aus-/Umrüstung	1919	(1702)
Zivilschutzangehörige	Aus-/Umrüstung	1283	(1189)
Jugend+Sport	Abgaben/Rücknahmen	240	(199)
Leihwaffen für Jungschützenkurse	Abgaben/Rücknahmen	288	(289)
Leihwaffen	Kontrolle	195	(166)
Fahnen, historisches Material	Abgaben/Rücknahmen	249	(162)
Total Kundenfrequenz		4174	(3707)

1.3 Übungsanlage für Feuerwehr und Zivilschutz (UFZ)

Im Sommer 2009 konnte nach der Fertigstellung der Ausbildungsanlage der reguläre Kursbetrieb aufgenommen werden. Die Übungsanlage in Seewen-Wintersried war von Feuerwehren und Zivilschutz an 161 (161) Tagen belegt.

2. Ausbildung

2.1 Allgemeines

Es wurden sechs Zivilschutzrekrutenschulen (Grundausbildung) in drei Fachrichtungen (Stabsassistent, Pionier und Betreuer) mit Teilnehmern aus den Kantonen UR, SZ, NW und GL durchgeführt. Im Rahmen der zentralschweizerischen Ausbildungsvereinbarung wurden weitere Kurse im Bereich der Kader- und Spezialistenausbildung mit Teilnehmern aus allen Partnerkantonen angeboten.

2.2 Kurswesen

Es fanden 17 (24) Ausbildungsdienste (Kurse, Wiederholungskurse und Rapporte) für Mannschaft, Kader und Spezialisten statt. In einer Grundausbildung leisteten zwölf angehende Pioniere während vier Tagen Nothilfe im Felssturzgebiet Morschach/Riemenstalden.

2.3 Kantonale Zivilschutzkompanien

Die beiden Kompanien führten diverse Instandstellungsarbeiten im gesamten Kantonsgebiet aus und standen am Internationalen Sommerskispringen in Einsiedeln sowie an der Swiss-O-Week in

Muotathal zugunsten der Gemeinschaft im Einsatz. Die Betreuungszüge der beiden Kompanien leisteten ihren Wiederholungskurs in verschiedenen Alters- und Pflegeheimen.

Kurse und Einsätze	Teilnehmertage	
Wiederholungskurse (fachtechnisch/Instandstellung)	2332	(2287)
Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft	370	(339)
Kata- und Nothilfeinsätze	0	(105)
Total Teilnehmertage	2702	(2731)

2.4 Zivilschutz in den Gemeinden

Es fanden 16 (13) Wiederholungskurse und diverse kleine Anlässe mit 1103 (736) Teilnehmertagen unter der Leitung der Abteilung Ausbildung und in Zusammenarbeit mit den zuständigen Chefs Zivilschutz vor Ort statt.

2.5 Straffälle Zivilschutz

Verwarnungen durch die Amtsstelle	18	(10)
Strafanträge an die Untersuchungsrichter	5	(4)

2.6 Verschiebungsgesuche

Durch die Amtsstelle erledigt	322	(315)
-------------------------------	-----	-------

3. Brandschutz und Störfallvorsorge

3.1 Vorbeugender Brandschutz

Es wurden 310 (323) Brandschutzbewilligungen für Neu- und Umbauten mit speziellen Brandgefahren (Industrie- und Gewerbegebäude, öffentliche Bauten usw.) erteilt sowie 136 (126) Abnehmerberichte erstellt. Die Gemeinden erteilten weitere 807 (963) Brandschutzbewilligungen (insbesondere für Wohnbauten und für öffentliche Anlässe). Die Überprüfung der Beherbergungsbetriebe wurde fortgesetzt.

3.2 Störfallvorsorge (Vollzug Störfallverordnung)

Im Vordergrund standen die Aktualisierung der Einsatzunterlagen von stationären Betrieben, Beurteilungen von Strassenausbauprojekten und Koordinationsbesprechungen betreffend Einsatzunterlagen mit den SBB.

4. Baulicher Zivilschutz

4.1 Neu erstellte, kontrollierte Schutzplätze

In Privatschutzräumen	1994	(2058)
In öffentlichen Schutzräumen (Gemeinde/Bezirk)	536	(366)
Total	2530	(2424)

4.2 Bewilligte Schutzplätze

In Privatschutzräumen	3812	(1668)
In öffentlichen Schutzräumen	502	(212)
Total	4314	(1880)

Abgeltungen

Ersatzbeiträge	1744	(1790)
Sicherheitsleistung	22	(12)
Total	1766	(1799)

4.3 Zivilschutzbauten

In Altendorf (1), Arth (1), Galgenen (1), Gersau (1), Küsnacht (1), Lachen (3), Lauerz (1), Schwyz (1), Steinen (2), Wangen (1) wurden dreizehn öffentliche Sammelschutzräume erstellt.

4.4 Sirenentest

Beim Sirenentest vom 4. Februar 2009 wurden 95 stationäre Sirenen durch die Kantonspolizei über die Sirenenfernsteuerung SFI 457 ausgelöst. Infolge technischen Defekts konnte eine Sirene in Sattel und eine in Reichenburg nicht ausgelöst werden. Von den 61 geprüften mobilen Sirenen waren deren 60 einsatzbereit.

5. Feuerwehrinspektorat

5.1 Betrieblicher Brandschutz

Im betrieblichen Brandschutz wurden 32 (14) spezifische Brandschutzinstruktionen durchgeführt, bei denen insgesamt 453 (430) Teilnehmer in das richtige Vorgehen betreffend Alarmierung, Rettung und Brandbekämpfung mit Kleinlöschgeräten eingeführt wurden. Zudem wurden in 56 (34) Hotels, Heimen, Betrieben und öffentlichen Gebäuden Kontrollen und Beratungen im Bereich des betrieblichen Brandschutzes vorgenommen.

5.2 Ausbildung im abwehrenden Brandschutz

Das Angebot der 16 (11) kantonalen Kurse und Rapporte wurde von 509 (659) Feuerwehrangehörigen genutzt. Dabei wurden 1301 (1565) Diensttage geleistet, was einen Aufwand von 2.55 (2.37) Tagen pro Person für die Aus- und Weiterbildung ergibt. Zusätzlich führten die Bezirksfeuerwehrverbände noch dreitägige Grundausbildungskurse für neu eingeteilte Feuerwehrleute sowie regionale Kaderweiterbildungskurse durch.

5.3 Einsätze der Schadenwehren

Folgende Ernstfalleinsätze wurden dem Feuerwehrinspektorat gemeldet:

Technische Einsätze	96	(112)
Brände (inklusive Klein- und Kleinstbrände)	153	(107)
Öl- und Chemiewehr	53	(43)
Wasserwehr (Elementarereignisse)	41	(61)
Fehl- und Falschalarme	73	(93)
Total	416	(416)

5.4 Öl-, Chemie- und Strahlenwehr

Die meisten Ölwehreinsätze konnten auch dieses Jahr von den Gemeinde- bzw. Betriebsfeuerwehren selbstständig, ohne Unterstützung durch den Öl- und Chemiewehrstützpunkt, bewältigt werden.

6. Katastrophenhilfe/Kantonaler Führungsstab

6.1 Einsätze und Übungen

Die Arbeitsgruppe Pandemie befasste sich intensiv mit der pandemischen Grippe H1N1 (Problemerkennung, Pandemievorbereitungen und Interventionsmassnahmen). Am 1. Juli 2009 beteiligten sich Teile des Kantonalen Führungsstabes (Stabschef, Stellvertreter und die Führungsunterstützung) an der technischen Übung «Schweiz Dunkel II». Diese gesamtschweizerische Übung hatte den Meldefluss zwischen den kantonalen Führungsorganen, den Netzbetreibern und der Nationalen Alarmzentrale bei einem längeren, grossflächigen Stromausfall zum Gegenstand.

6.2 Aus- und Weiterbildung der Gemeindeführungsstäbe

An zwei (10) Kursen wurden Mitglieder von Gemeindeführungsstäben oder regionalen Führungsstäben in den Themen «Grundlagen der Stabsarbeit und systematische Problemlösung» ausgebildet. Ziel der Schulung war die Vermittlung der Grundlagen sowie das Training der Stabsarbeit anhand von Fallbeispielen.

7. Kreiskommando

7.1 Militärsektion Kanton Schwyz

Wehrpflichtige	Verwaltung	9906	(10 607)
Mutationen	Adressen/Umzug	4500	(4500)
RIPOL	Ausschreibung	10	(15)
Dienstverschiebungen	Gesuche	1090	(1163)
Auslandurlaub	Wegzug ins Ausland	34	(49)
Entlassungen aus der Wehrpflicht		484	(548)

7.2 Schiesswesen

Angehörige der Armee	Obligatorisch-Schiessen	6387	(6464)
Feldschiessen 300 m	Teilnehmer	3857	(3812)
Jungschützenkurse 28 (28)	Teilnehmer Männer	267	(249)
	Teilnehmer Frauen	38	(42)

7.3 Strafen Militär

Geldbussen verfügt durch die Amtsstelle	483	(594)
Obligatorische Schiesspflicht nicht erfüllt/Vergehen	417	(550)
Verfügte Strafanträge in Arrest	32	(36)

7.4 Wehrpflichtersatz

Rohrertrag	3 643 365.35	(3 850 262.36)
Nettoertrag Kanton 20%	695 119.60	(748 418.65)
Fehlende Steuererklärung	7	(7)
Ersatzpflichtige		
Betreibungen eingeleitet	276	(437)
Rechtsöffnungsbegehren/Forderungen	10	(15)
Konkursamt		

Die Staatsrechnung 2008 war der erste Jahresabschluss nach Einführung des Neuen Finanzausgleichs (NFA). Die Laufende Rechnung wies einen Ertragsüberschuss von 28 Mio. aus und schloss damit um 87 Mio. besser ab als budgetiert. Die Investitionsrechnung wies Nettoinvestitionen in der Höhe von 21.7 Mio. aus. Das Eigenkapital stieg auf 620 Mio. Franken. Der im Dezember vom Kantonsrat genehmigte Voranschlag 2010 rechnet bei Einnahmen von 1055 Mio. und Ausgaben von 1147 Mio. mit einem Aufwandüberschuss von 92 Mio. Franken. – In der Volksabstimmung vom 17. Mai 2009 wurde die Teilrevision des Steuergesetzes angenommen. Sie bringt für die natürlichen Personen einen teilweisen Ausgleich der kalten Progression und höhere Kinderabzüge. Bei den juristischen Personen wird die Gewinnsteuer reduziert und die Kapitalsteuer zu einer Minimalsteuer umgestaltet. Für Vereine werden die Freigrenzen bzw. Abzüge erhöht. – Im Berichtsjahr wurde die Neuschätzung der landwirtschaftlichen und der nichtlandwirtschaftlichen Liegenschaften, die im Jahre 2005 aufgenommen worden war, abgeschlossen. Insgesamt wurden dabei über 57 000 Liegenschaften neu geschätzt.

A. Departementssekretariat

1. Finanzen

In Fr. 1000.–	2009 V	2009 R	Abw.	
Aufwand	68 676	83 830	15 154	
Ertrag	42 114	57 497	15 383	
Globalbudget	26 562			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	26 562	26 333	–229	○
Nettoinvestitionen	0	0	0	○

Kommentar:

Das Globalbudget wurde eingehalten. Sowohl beim Aufwand wie auch beim Ertrag kam es zu Abweichungen in der Höhe von rund 15 Mio. Franken. Diese Abweichungen ergaben sich direkt aus dem innerkantonalen Finanzausgleich. Die Ursache liegt beim hohen Ertrag aus der Grundstückgewinnsteuer, der sich im Finanzausgleich sowohl beim Aufwand wie auch beim Ertrag auswirkt. Insgesamt fiel der Ertrag aus der Grundstückgewinnsteuer bei den Bezirken rund 5 Mio. und bei den Gemeinden rund 10 Mio. höher aus als erwartet.

2. Projekte

Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOV) ○
Flächendeckende Einführung von WOV in der gesamten kantonalen Verwaltung.

Projektstand:

Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat das Vollzugsrecht zur revidierten WOV-Verordnung erlassen. Mit den so genannten WOV-Rahmenbedingungen wurden die Verfahren geregelt und damit zusätzliche Klarheit und Transparenz geschaffen.

Das Erstellen der Leistungsaufträge wurde grundsätzlich analog dem Budgetprozess ausgestaltet. Dabei obliegt die Koordination dem Finanzdepartement, während die Verantwortung für die Einhaltung der inhaltlichen und formellen Anforderungen bei den Departementen liegt.

Die beantragten Leistungsaufträge wurden mit drei Ausnahmen vom Kantonsrat genehmigt. Nicht genehmigt wurden die Leistungsaufträge an das Amt für Berufsbildung, das Amt für Umweltschutz sowie das Amt für Natur, Jagd und Fischerei. Der Regierungsrat hat noch im Berichtsjahr beschlossen, die drei Leistungsaufträge überarbeiten zu lassen und nochmals dem Kantonsrat zur Genehmigung vorzulegen.

Departementsreform ○
Neuorganisation der kantonalen Verwaltung.

Projektstand:

Die Departementsreform ist als Projekt abgeschlossen. Im Berichtsjahr wurden noch die letzten Anpassungen vorgenommen. Erwähnenswert ist diesbezüglich die Neugestaltung des verwaltungsinternen Intranets. Die Umstellung erfolgte fraktionslos.

Das Projekt ist zwar abgeschlossen, zu einem späteren Zeitpunkt sollen aber noch die Wirkungen der neuen Departementsstruktur evaluiert bzw. systematisch ausgewertet werden.

PG1: Führungsunterstützung

Ziele

- Hohe Kundenzufriedenheit
- Hohe Zufriedenheit der Kooperationspartner
- Eingehaltene Fristen bei Mitberichten
- Eingehaltene Fristen bei Vernehmlassungen

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Zufriedenheit gemäss Kundenbefragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4.0	5.0	1.0	○
Zufriedenheit gemäss Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4.0	4.5	0.5	○
Anzahl termingerechte Mitberichte / Gesamtanzahl Mitberichte	100%	100%	0%	○
Anzahl termingerechte Vernehmlassungen / Gesamtanzahl Vernehmlassungen	100%	100%	0%	○

Kommentar:

Die Befragung der Kooperationspartner und die Kundenbefragung ergaben hohe Zufriedenheitswerte. Zurzeit drängt sich kein besonderer Handlungsbedarf auf. Es gilt, das hohe Niveau zu halten.

Die Mitberichte und die Vernehmlassungen wurden fristgerecht beantwortet.

PG2: Haushaltstrategie

Ziele

- Wahrscheinliche Steuerprognose Einkommens- und Vermögenssteuern (NP)
- Wahrscheinliche Steuerprognose Ertrags- und Kapitalsteuern (JP)

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Budgetierter Steuerertrag im Verhältnis zum effektiven Steuerertrag (NP)	0.85–1.15	1.02	0.02	○
Budgetierter Steuerertrag im Verhältnis zum effektiven Steuerertrag (JP)	0.85–1.15	1.33	0.18	●

Kommentar:

Die Einkommens- und Vermögenssteuern wurden mit 205 Mio. budgetiert. Effektiv eingenommen wurden 201.4 Mio. Franken. Somit wurde auf zwei Prozent genau geschätzt. Dies ist auch im interkantonalen Vergleich eine beachtenswert präzise Schätzung.

Bei der Steuerprognose weicht die Schätzung mit 33% deutlich vom effektiven Steuerertrag ab. Statt den budgetierten 48 Mio. wurden lediglich 36.1 Mio. eingenommen. Die Schätzung für den Voranschlag 2009 erfolgte im Sommer 2008 und basierte auf dem Voranschlagswert 2009. Damals waren die Auswirkungen der Finanzmarktkrise noch nicht in der heutigen Form bekannt. Weiter kam erschwerend für die Schätzung hinzu, dass die Voranschlagswerte 2008 auf einem Steuerfuss von 130% der einfachen Steuer und die Voranschlagswerte 2009 auf einem Steuerfuss von 120% basieren.

PG3: Finanzausgleich

Ziele

- Abbau der Steuerfussdisparität in den Schwyzer Gemeinden

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.
Verhältnis des Steuerfusses der finanzstärksten zur finanzschwächsten Gemeinde im Bereich der Steuerbelastung (ausgenommen Einheitsbezirke)	<2.8	3.0	0.2 ●

Kommentar:

Der Indikatorwert blieb unverändert. Das Verhältnis zwischen dem tiefsten Steuerfuss der Gemeinde Wollerau von 69 und dem höchsten Steuerfuss der Gemeinde Reichenburg von 210 ergibt ein Verhältnis von 3.0. Es liegt leicht über dem Zielwert, entspricht jedoch dem Vorjahreswert. Sowohl in der Gemeinde Wollerau wie auch in der Gemeinde Reichenburg wurde der Steuerfuss in der Vorjahreshöhe belassen.

Insgesamt hat die Steuerbelastung in den Gemeinden abgenommen. So konnten immerhin sechs Gemeinden ihren Steuerfuss reduzieren, 18 Gemeinden belassen ihren Steuerfuss unverändert und nur drei Gemeinden beschlossen eine Steuerfusserhöhung. Damit sinkt der durchschnittliche Steuerfuss leicht von 150 auf 149. Die Einheitsbezirke sind dabei nicht eingerechnet.

Im Rechnungsjahr 2009 hatte der Bezirk Höfe eine Abschöpfungsleistung von rund 5 Mio. Franken zu erbringen. Die Gemeinden Lachen, Altendorf, Wollerau, Freienbach und Feusisberg mit einer relativen Steuerkraft von über Fr. 1754.– finanzierten den Steuerkraftausgleich 2009 auf kommunaler Ebene. Die Abschöpfungsleistung der vier Gemeinden zusammen betrug rund 20 Mio. Franken.

Beim direkten Finanzausgleich betrugen die Normansätze der einzelnen Normaufwandgruppen: Fr. 12 521.– pro Schüler in der Bildung, Fr. 60.– pro Laufmeter im Strassenwesen, Fr. 24.– pro Einwohner für Alters- und Pflegeheime, Fr. 666.– pro Einwohner für die Einwohnerdienste. Gemeinden mit weniger als 1200 Einwohnern erhalten angemessene Strukturzuschläge zum Normaufwand hinzugerechnet, die vom Regierungsrat festgesetzt werden.

Finanzausgleich mit Pauschalbeiträgen

Gemeinden	Grundstück- gewinnsteuer Einwohner und Steuerkraft	Steuerkraft- ausgleich	Normaufwand- ausgleich	Total Finanz- ausgleich 2009
Schwyz	666 300.–			666 300.–
Arth	1 393 500.–	2 721 400.–	1 463 300.–	5 578 200.–
Ingenbohl	765 900.–	1 127 400.–		1 893 300.–
Muotathal	615 100.–	1 345 700.–	2 749 200.–	4 710 000.–
Steinen	576 000.–	1 295 800.–	1 574 600.–	3 446 400.–
Sattel	280 400.–	613 600.–	813 000.–	1 707 000.–
Rothenthurm	405 100.–	920 400.–	1 275 600.–	2 601 100.–
Oberiberg	78 200.–	122 400.–	158 600.–	359 200.–
Unteriberg	455 300.–	1 034 400.–	1 380 300.–	2 870 000.–
Lauerz	156 900.–	328 700.–	1 228 200.–	1 713 800.–
Steinerberg	235 300.–	576 700.–	1 524 700.–	2 336 700.–
Morschach	246 400.–	603 600.–	1 499 600.–	2 349 600.–
Alpthal	115 900.–	273 100.–	1 202 000.–	1 591 000.–
Illgau	208 400.–	514 000.–	1 407 800.–	2 130 200.–
Riemenstalden	20 700.–	50 000.–	663 100.–	733 800.–
Gersau	667 900.–	1 154 700.–	1 027 200.–	2 849 800.–
Lachen	331 900.–	–279 900.–		52 000.–
Altendorf	273 700.–	–177 700.–		96 000.–
Galgenen	614 200.–	1 222 500.–	667 700.–	2 504 400.–
Vorderthal	212 900.–	498 200.–	907 700.–	1 618 800.–
Innerthal	36 200.–	81 900.–	458 400.–	576 500.–
Schübelbach	1 237 400.–	2 593 700.–	1 580 000.–	5 411 100.–
Tuggen	130 300.–		194 900.–	325 200.–
Wangen	392 100.–	531 500.–	1 243 100.–	2 166 700.–
Reichenburg	473 800.–	1 012 900.–	878 000.–	2 364 700.–
Einsiedeln	1 882 100.–	2 273 300.–	1 603 100.–	5 758 500.–
Küssnacht	841 100.–			841 100.–
Wollerau	323 800.–	–9 274 400.–		–8 950 600.–
Freienbach	722 800.–	–6 707 900.–		–5 985 100.–
Feusisberg	217 100.–	–3 585 500.–		–3 368 400.–
Bezirke:				
Schwyz	3 930 500.–	4 149 800.–		8 080 300.–
March	861 100.–			861 100.–
Höfe	631 800.–	–5 044 900.–		–4 413 100.–
Total	20 000 100.–	–24 600.–	25 500 100.–	45 475 600.–

B. Finanzverwaltung

1. Finanzen

In Fr. 1000.–	2009 V	2009 R	Abw.
Aufwand	5 693	5 944	251
Ertrag	11 232	11 448	216
Globalbudget	–5 539		
Nachkredit	0		
Globalbudget inklusive NK	–5 539	–5 504	35 ●
Nettoinvestitionen	0	0	0 ○

Steuerungsentscheid:

Im Vergleich zu den Vorjahren fielen 2009 massiv höhere Betreuungskosten an. Diese Mehrkosten konnten durch höhere Erträge bei den Dividenden von Aktien und Anteilscheinen ausgeglichen werden.

Kommentar:

Die grösste Abweichung auf der Aufwandseite weist die interne Verzinsung der Fondsbestände (Strassenrechnung, Steuerkraftausgleich der Bezirke, Steuerkraftausgleich der Gemeinden) aus. Hiefür mussten gesetzlich zwingend rund Fr. 820 000.– mehr als

budgetiert aufgewendet werden. Auf der Ertragsseite konnten höhere Erträge bei den Dividenden von Aktien und Anteilscheinen verzeichnet werden. Zudem wurden mehr Betreuungskosten rückvergütet. Trotz der historisch tiefen Zinssätze (vor allem auch bei den Zinserträgen auf Festgeldanlagen) wurde das Globalbudget nur knapp verfehlt.

2. Projekte

Harmonisiertes Rechnungsmodell 2 (HRM 2) ○
Einführung des HRM 2.

Projektstand:

Die Zielsetzung «Aufnahme der Arbeiten» konnte erreicht werden. Der Regierungsrat hat den Auftrag zur Totalrevision der Finanzhaushaltsverordnung erteilt. Der Auftrag umfasst nebst der Ausarbeitung einer neuen gesetzlichen Grundlage auch eine Überarbeitung und Vereinheitlichung des heutigen externen Berichtswesens (Voranschlag, Leistungsaufträge und Globalbudgets, Jahresrechnung, Rechenschaftsbericht usw.) sowie den Aufbau eines internen Berichtswesens.

PG1: Budgetierung und Rechnungswesen

Ziele

- Fristgerechtes Vorlegen der Staatsrechnung
- Fristgerechtes Vorlegen des Voranschlages
- Korrekte Abwicklung des Zahlungsverkehrs
- Optimale Anlagestrategie der vorhandenen Liquidität bei Kapital- und Zinsschutz

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anzahl Verzugstage	0	0	0	○
Anzahl Verzugstage	0	0	0	○
Prozentsatz korrekt überwiesener Gelder	99.95%	99.98%	0.03%	○
Verhältnis der effektiven Performance zum Monats-Liborsatz ≤ 0.25	0.05%	1.26%	1.21%	○

Kommentar:

Sowohl die Staatsrechnung 2008 wie auch der Voranschlag 2010 konnten ohne Verzugstage abgeliefert werden.

Von den über 90 100 Zahlungen wurden lediglich 0.02%, bzw. 25 Zahlungen falsch überwiesen (d. h., das Geld kam wieder retour). Bei den meisten Falschzahlungen war der Hauptgrund eine falsch angegebene Kontoverbindung des Kunden. Sämtliche Falschzahlungen konnten innert nützlicher Frist auf das richtige Konto des Kunden überwiesen werden.

Als Zielsetzung für die Geldanlage wurde ein Viertel des durchschnittlichen Monats-Liborsatzes vorgegeben. Der Monats-Liborsatz betrug im 2009 durchschnittlich 0.19%. Effektiv wurde eine Performance von 1.26% erreicht. Diese liegt somit 1.21% über der Vorgabe.

PG2: Inkasso Direkte Bundessteuer

Ziele

- Wenig Ausstände im Inkassobereich

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Prozentsatz der ausstehenden Betreibungen zum Gesamtvolumen	<2.0%	1.7%	0.3%	○

Kommentar:

Im Jahr 2009 wurden insgesamt 107 751 Rechnungen versandt. Ende Jahr waren über sämtliche Steuerjahre gesehen noch 1848 Rechnungen mit Status Betreibung eingeleitet oder Fortsetzungsbegehren eingeleitet ausstehend.

PG3: Querschnittsdienstleistungen

Ziele

- Die Leistungsqualität liegt über dem Durchschnitt.
- Der Nutzen aus den Dienstleistungen wird hoch eingeschätzt.
- Die Dienstleistungen stellen einen Effizienzgewinn dar.

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
(Index-)Wert aus jährlicher Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	>3.5	3.7	0.2	○
(Index-)Wert aus jährlicher Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	>3.5	3.7	0.2	○
(Index-)Wert aus jährlicher Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	>3.5	3.5	0.0	○

Kommentar:

Sämtliche ambitionierten Zielsetzungen konnten erfüllt werden. Sowohl Qualität, Nutzen wie auch Effizienzgewinn, welche die Finanzverwaltung als Querschnittsamt den anderen Ämtern bietet, war gemäss neutraler und anonymisierter Umfrage überdurchschnittlich.

C. Steuerverwaltung

1. Finanzen

In Fr. 1000.–	2009 V	2009 R	Abw.	
Aufwand	20 456	19 217	–1 239	
Ertrag	770	1 575	805	
Globalbudget	19 686			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	19 686	17 642	–2 044	○
Nettoinvestitionen	0	0	0	○

Kommentar:

Die Unterschreitung des Globalbudgets ist vor allem auf einen geringeren Personalaufwand, zeitlich zurückgestellte Softwarekosten sowie auf markant höhere Bussenerträge zurückzuführen. Im Personalaufwand wirkten sich nicht besetzte Stellen sowie Pensenreduktionen und bei den Softwarekosten Projektverschiebungen positiv aus.

2. Projekte

Projekt EVA ○

Neuorganisation Steuerverwaltung und Umstellung auf eine grösstenteils papierlose Verarbeitung mit dem Ziel einer Beschleunigung und Effizienzsteigerung im Veranlagungsprozess; gleichzeitig soll der durch die jährliche Einreichung der Steuererklärung der natürlichen Personen bedingte Mehraufwand möglichst aufgefangen werden.

Projektstand:

2009 war das zweite Jahr, in dem die Steuerverwaltung mit EVA arbeitete. Die Produktivität im Tagesgeschäft konnte dank elektronischer Archivierung und verstärkt automatisierten Prozessen gesteigert werden. Pendenzen, die sich als Folge der Umstellung auf die jährliche Deklarationspflicht bei den natürlichen Personen und des Einsatzes von Personalressourcen im Projekt EVA ergaben, konnten abgebaut werden.

PG1: Veranlagung Periodische Steuern

Ziele

- Natürliche Personen (NP): Veranlagung innert zwölf Monaten nach Einreichung der Steuererklärung
- Juristische Personen (JP): Veranlagung innert zwölf Monaten nach Einreichung der Steuererklärung

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anzahl Veranlagungen zu Anzahl eingereichte Steuerklärungen der Steuerperiode 2008 (NP)	67%	60.1%	-6.9%	●
Anzahl Veranlagungen zu Anzahl eingereichte Steuerklärungen der Steuerperiode 2008 (JP)	50%	64.9%	14.9%	○

Kommentar:

Bei den natürlichen Personen verzögerten Lieferprobleme bei Softwarelieferanten den Produktivstart der Veranlagung. Rund 4% der Steuerklärungen wurden in den letzten zwei Monaten eingereicht. Für Vorjahre wurden knapp 44 000 Veranlagungen vorgenommen. Juristische Personen: Vollbestand und ausgebildete Mitarbeitende (Einarbeitungszeit beendet) ermöglichten besseres Ergebnis.

PG2: Liegenschaftenschätzung

Ziel

- Schätzung innert vier Monaten nach Kenntnis des Schätzungsereignisses

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anzahl Schätzungen zu Anzahl gemeldeten Schätzungsereignissen	72%	61.6%	-10.4%	●

Kommentar:

Das Projekt «Generelle Neuschätzung nichtlandwirtschaftliche Grundstücke» konnte erst im Verlaufe 2009 mit Verspätung abgeschlossen werden. Die Verspätung ergab sich hauptsächlich aus später abgeschlossenen Vorprojekten. Deshalb mussten auch noch rund 2200 Schätzungsereignisse aus Vorjahren (vor allem 2008) aufgearbeitet werden.

PG3: Einsprachen

Ziel

- Erledigung innert vier Monaten nach Einspracheerhebung

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anzahl erledigte Einsprachen zu Gesamtanzahl Einsprachen	80%	59.4%	-20.6%	●

Kommentar:

Von den eingegangenen Einsprachen wurden 1399 erledigt, davon 1208 innert vier Monaten. Zusätzlich wurden 553 Einsprachen mit Eingang vor 2009 erledigt. Die tatsächliche Erledigungsdauer wird stark vom Einsprachegegenstand und der Art und Weise der Mitwirkung der Einsprecher beeinflusst. Sobald die aufgelaufenen Pendenzen abgebaut sind, sollte der Zielwert besser erreicht werden können.

3. Gesetzgebung

Der Kantonsrat verabschiedete am 18. März 2009 eine Teilrevision des Steuergesetzes. Er folgte dabei in allen Punkten den Anträgen der vorberatenden Kommission. In der Volksabstimmung vom 17. Mai 2009 wurde die Vorlage mit einem Ja-Stimmen-Anteil von fast 68% klar angenommen. Beschlossen wurden damit im Wesentlichen eine Nachführung von Bundesrecht, die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform II, ein teilweiser Ausgleich der kalten Progression im Umfang von mindestens 5%, eine weitere Erhöhung der Kinderabzüge bei der Einkommenssteuer und der Sozialabzüge bei der Vermögenssteuer, die Senkung des Gewinnsteuersatzes auf einheitlich 2.25% (einfache Steuer) und eine Umgestaltung der Kapitalsteuer bei juristischen Personen zu einer Minimalsteuer. Die Teilrevision des Steuergesetzes tritt grundsätzlich auf den 1. Januar 2010 in Kraft. Ein Jahr später treten diejenigen Neuerungen im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform II in Kraft, die bei den kantonalen Steuern und der direkten Bundessteuer gleichzeitig umgesetzt werden müssen.

An seiner Sitzung vom 18. März 2009 erklärte der Kantonsrat das SVP-Initiativbegehren «Steuerentlastung für Erziehungsarbeit in der Familie» für ungültig. Er folgte damit den Anträgen des Regierungsrates und der vorberatenden kantonsrätlichen Kommission. Die Initianten erhoben gegen den Beschluss des Kantonsrates, die Initiative nicht der Volksabstimmung zu unterbreiten, Beschwerde ans Bundesgericht.

Ende Jahr passte der Regierungsrat das Verordnungsrecht an die Neuerungen im Steuergesetz an. Dazu wurde insbesondere die Verordnung über die vorläufige Regelung der Besteuerung kleiner Arbeitsentgelte vom 18. Dezember 2007 aufgehoben, dies infolge Überführung der Quellenbesteuerung kleiner Arbeitsentgelte gemäss Bundesgesetz gegen die Schwarzarbeit ins ordentliche Gesetzesrecht.

4. Organisatorisches

Das Berichtsjahr war das zweite Jahr nach Einführung der automatisierten Veranlagung bei den natürlichen Personen und der elektronischen Archivierung für die Steuerverwaltung. Das Tagesgeschäft wird durch die neue Arbeitsweise wesentlich unterstützt, was sich in einer Steigerung der Produktion auswirkte. Einzelne Schlüsselstellen konnten trotz teilweiser intensiver Suche noch nicht besetzt werden. Seit Beginn des Berichtsjahres entscheidet anstelle des Vorstehers des Finanzdepartements neu die Steuerverwaltung Gesuche um Steuererlass.

5. Einkommens- und Vermögenssteuern

Der Stand der Veranlagungen bei den natürlichen Personen präsentiert sich am Ende des Berichtsjahres wie folgt:

84 362 Veranlagungen (99.61%) pro 2005
 85 722 Veranlagungen (99.41%) pro 2006
 81 915 Veranlagungen (93.11%) pro 2007
 47 350 Veranlagungen (52.72%) pro 2008
 Im Jahr 2009 wurden insgesamt 91 365 (79 298) Veranlagungen bearbeitet und eröffnet. Am Ende des Berichtsjahres waren insgesamt 90 656 natürliche Personen im Steuerregister verzeichnet.

6. Steuer auf Kapitalabfindungen

Im Berichtsjahr wurden 3848 (3521) Kapitalabfindungen aus anerkannten Einrichtungen der beruflichen Vorsorge bzw. aus anerkannten Formen der gebundenen Selbstvorsorge besteuert.

7. Gewinn- und Kapitalsteuern

Der Stand der Veranlagungen bei den juristischen Personen präsentiert sich am Ende des Berichtsjahres wie folgt:
 7720 Veranlagungen (99.33%) pro 2005
 8132 Veranlagungen (98.52%) pro 2006
 8585 Veranlagungen (95.62%) pro 2007
 5304 Veranlagungen (55.06%) pro 2008
 Im Jahre 2009 wurden 9831 (7988) Veranlagungen bearbeitet und eröffnet. Am Ende des Berichtsjahres waren insgesamt 10 283 juristische Personen im Steuerregister verzeichnet.

8. Grundstücksgewinnsteuer

Statistische Angaben	2009	2008
Handänderungen	3156	3132
Pflichtige Handänderungen ¹	2512	2480
Eröffnete Veranlagungen	2788	2446
Pendente Veranlagungen	2113	2389
Handänderungssumme (in Mio. Fr.) ²	2036	1802
Gesamtgewinn (in Mio. Fr.) ²	473	433

¹ Eröffnete Geschäftsfälle abzüglich stornierter Geschäftsfälle
² Eröffnete Veranlagungen betreffend

Steuererträge ¹	2009	2008
Kanton	31 811 919.00	25 309 064.65
Bezirke	10 603 168.40	8 517 488.10
Gemeinden	21 202 990.75	16 792 844.25
Kirchgemeinden	868.90	14 985.30
Total	63 618 947.05	50 634 382.30

¹ Verteilung für Veräusserungen bis zum 31. Dezember 2001 gemäss der bis zum gleichen Datum gültigen Fassung von § 199 Abs. 1 StG.

9. Quellensteuer

Statistische Angaben	2009	2008
Abrechnende Geschäftsbetriebe	3685	3619
Quellenbesteuerte mit Wohnsitz im Kanton	5962	5700
Empfänger von Kapitalleistungen	606	583
Künstler, Sportler, Referenten	305	372
Verwaltungsräte	96	83
Transporteure	76	527
Übrige ohne Wohnsitz im Kanton	733	819

Steuererträge	2009	2008
Bund	10 396 396.99	11 261 479.86
Kanton (inklusive Verwaltungskosten)	9 421 972.25	9 365 575.05
Bezirke	4 402 572.45	4 703 864.15
Gemeinden	6 852 517.90	6 956 231.25
Kirchgemeinden	630 089.20	703 642.30
Fiskalausgleich Österreich	66 761.25	62 819.74
Total	31 770 310.04	33 053 612.35

10. Liegenschaftenschätzungen

Statistische Angaben	2009	2008
Anpassungsschätzungen Landwirtschaft	770	731
Anpassungsschätzungen Nichtlandwirtschaft	5213	3007
Neuschätzungen Landwirtschaft	356	305
Neuschätzungen Nichtlandwirtschaft	3362	2834
Generelle Neuschätzungen Landwirtschaft	44	86
Generelle Neuschätzungen Nichtlandwirtschaft	5032	17 482
Projektschätzungen Landwirtschaft	61	45
Verkehrswertschätzungen	429	156

Im ersten Quartal wurden die letzten Liegenschaftenschätzungen der generellen Neuschätzung versandt. Es wurden über 2200 Anpassungsschätzungen aus Vorperioden aufgearbeitet.

11. Verrechnungssteuer

Im Berichtsjahr wurden 68 724 Anträge auf Rückerstattung der Verrechnungssteuer bearbeitet. Gegenüber dem Vergleichsjahr 2008 erhöhte sich die Zahl der eingereichten und ausbezahlten Anträge um rund 7%. Die Rückerstattungssumme nahm um rund 7% auf 306 Mio. Franken zu. In 2005 (1118) Fällen mussten zu viel ausgerichtete Verrechnungssteuern im Gesamtbetrag von Fr. 1 738 821.– (Fr. 1 221 475.–) zurückgefordert werden. Zusätzlich waren 1047 (1097) Veranlagungen bei Lotteriegewinnen und 895 (883) Anträge auf Rückerstattung oder Herabsetzung von ausländischen Quellensteuern gemäss DBA zu behandeln. Im Rahmen des zusätzlichen Steuerrückbehaltes USA wurden an 1314 (1041) Antragsteller Fr. 783 774.– (Fr. 743 063.–) vergütet. Unter dem Titel pauschale Steueranrechnung wurden 1503 (1385) Antragstellern gesamthaft 12.31 Mio. Franken (8.68 Mio. Franken) ausbezahlt.

12. Direkte Bundessteuer

Dem aktuellen Steuerjahr 2008 wird das Vorjahr 2007 gegenübergestellt. Im Vergleich zu den natürlichen Personen, bei welchen nochmals eine Zunahme der Steuereingänge zu verzeichnen war, sind die Einnahmen bei den juristischen Personen aufgrund des gegenwärtigen wirtschaftlichen Umfeldes bereits massiv eingebrochen. Die Erträge aus der Quellensteuer legten im Berichtsjahr nochmals leicht zu. Die Statistik ist insofern mit Vorsicht zu betrachten, als ein beträchtlicher Teil der Steuerbeträge des Jahres 2008 noch provisorischen Charakter hat. Provisorische Rechnungen werden in der Regel nur bei einem steuerbaren Einkommen über Fr. 40 000.– zugestellt. Der Kanton Schwyz hat Anspruch auf 17% der bezogenen direkten Bundessteuern. Diese Regelung gilt seit 1. Januar 2008.

Zugestellte Rechnungen per Steuerjahr	31. Dezember 2009 2008	31. Dezember 2008 2007
Natürliche Personen	64 077	56 374
Juristische Personen	5 005	4 549

Steuerbeträge per Steuerjahr	31. Dezember 2009 2008 in Fr.	31. Dezember 2008 2007 in Fr.
Natürliche Personen:		
Ordentliche Jahressteuer	329 677 763.95	276 383 187.70
Kapital- und Liquidationsgewinnsteuer	5 371 024.95	4 894 678.35
Bussen und Nachsteuern	1 067 600.00	1 120 900.00
Quellensteuer	11 261 479.86	9 972 963.94

Juristische Personen:		
Ordentliche Jahressteuer	143 553 522.05	211 673 544.05
Bussen und Nachsteuern	120 100.00	100 300.00
Direkte Bundessteuer total	491 051 490.81	504 145 574.04
Bezahlt in Prozenten	94.62%	93.78%

Aus der Statistik (alle offenen Steuerjahre):

Erfasste Bewegungen	2009	2008	2007
Zugestellte Rechnungen	107 751	92 527	119 405
Zugestellte 1. Mahnungen	15 248	15 012	12 308
Zugestellte 2. Mahnungen	5 340	4 287	2 266
Zugestellte Verzugszinsrechnungen	1 436	1 848	1 525
Rückzahlungen von Steuerguthaben	31 295	15 192	37 117
Zahlungsvereinbarungen	4 132	3 731	2 372
Betreibungsverfahren eröffnet	2 714	3 645	1 260
Fortsetzungsverfahren eröffnet	2 521	2 798	1 456
Verwertungsverfahren eröffnet	127	123	87
Konkurseingaben	143	179	96
Haftungsverfügungen	41	36	28
Erlassgesuche verbucht	163	149	138

13. Einsprachen

Im Berichtsjahr gingen bei der Steuerverwaltung insgesamt 2034 (2219) Einsprachen ein. 204 (205) Einsprachen wurden aus dem Vorverfahren an die Steuerkommission weitergeleitet, welche 234 (203) Fälle erledigen konnte. Damit ergab sich unter Berücksichtigung dreier Rückweisungen des Verwaltungsgerichts an die Steuerkommission per Ende Berichtsjahr ein Rückgang der Pendenzen auf 283 (310) Einsprachen. Davon entfielen noch 56 (70) Pendenzen auf den Bereich der Neuschätzung von Liegenschaften. Die Steuerkommission erledigte 36% (68) der Einsprachen durch Abschreibung, 29% (14) durch Abweisung, 13% (10) durch Gutheissung/Teilgutheissung, 20% (6) durch Nichteintreten und 2% (2) durch reformatio in peius (= Verschlechterung des Veranlagungsergebnisses zulasten des Einsprechers).

14. Nachsteuern und Steuerstrafen

Im Berichtsjahr konnte die Zahl der erledigten Nachsteuer- und Steuerstrafverfahren (inklusive Nichteröffnungen/Ermahnungen) auf 232 (197) Erledigungen gesteigert werden. Fast ebenso stieg die Zahl der Neueingänge auf 299 (268) Fälle an. Die Pendenzen betrugen damit Ende Jahr 338 (271). Angezeigt wurde wie im Vorjahr ein Fall von Steuerbetrug. Für Bund und Kanton wurden Nachsteuern und Hinterziehungsbussen im Betrag von Fr. 3 688 741.– (Fr. 5 612 846.–) verfügt. Davon entfielen

Fr. 2 388 559.– (Fr. 3 803 806.–) auf die kantonalen Steuern. Durchschnittlich hatte ein Schuldspruch Nachsteuern und Hinterziehungsbussen im Betrag von Fr. 20 723.– (Fr. 34 464.–) zur Folge. Kantonal wurden Verfahrenskosten (für die Steuerperioden 2001 ff.) von insgesamt Fr. 39 820.– (Fr. 37 015.–) erhoben.

15. Steuererlasse

Im Berichtsjahr ersuchten 248 (254) Steuerpflichtige um Erlass ausstehender Steuerforderungen. 300 (270) Gesuche konnten behandelt und entschieden werden. 124 (99) Gesuche wurden ganz oder teilweise gutgeheissen. Die erlassenen Kantons-, Gemeinde-, Bezirks- und Kirchensteuern machten Fr. 147 396.70 (Fr. 288 503.40) aus. Am 31. Dezember 2009 waren 229 (281) Gesuche pendent.

16. Ordnungsbussen

Im Jahre 2009 mussten 528 (322) juristische Personen und 1414 (1190) natürliche Personen gebüsst werden, weil sie trotz Mahnung die Steuererklärung nicht eingereicht hatten.

D. Finanzkontrolle

1. Finanzen

In Fr. 1000.–	2009 V	2009 R	Abw.
Aufwand	724	574	–150
Ertrag	7	6	–1
Globalbudget	717		
Nachkredit	0		
Globalbudget inklusive NK	717	568	–149 ○
Nettoinvestitionen	0	0	0 ○

Kommentar:

Die personellen Vakanzen bei der Finanzkontrolle und der Entscheid, einerseits auf die Wiederbesetzung der Personalstellen bis zur Neuregelung des Finanzkontrollbereichs zu verzichten und andererseits die ordentliche Revision der Staatsrechnung 2009 an Dritte zu vergeben, führten zu insgesamt geringeren Aufwendungen (geringere Personalaufwendungen; Sistierung der Beschaffung von Mobilien und EDV-Software; erstmalige Aufwendungen für externe Unterstützungen).

2. Projekte

Finanzverwaltung 2010

Unterstützung der Finanzverwaltung bei der Einführung des Harmonisierten Rechnungsmodells 2.

Projektstand:

Weil die Neuregelung des Finanzhaushaltsbereichs und des Finanzkontrollbereichs getrennt angegangen werden, wurde die Finanzkontrolle von der Unterstützung der Finanzverwaltung bei der Einführung des Harmonisierten Rechnungsmodells 2 entlastet. Es fielen keine Aufwendungen an.

i-world Auditmanager

Ablösung der Revisions-Verwaltungssoftware durch die neue Applikation «i-world Auditmanager»

Projektstand:

Wegen der Neuregelung des Finanzkontrollbereichs wurde das Projekt sistiert. Es fielen keine Aufwendungen an.

PG1: Unterstützung Regierungsrat in der Aufsicht

Ziele

- Jährlicher Abschluss der Berichte zur mitschreitenden Revisions-tätigkeit bei fünf und mehr Mängeln
- Beförderlich erstellte Mitberichte zu den von den Departemen-ten eingereichten Verpflichtungskredit-Abrechnungen
- Fristgerecht erstellte Berichte zu den Kommunal-Vorunter-suchen

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Jährlicher Berichtsentwurf an die Zahlungsanweisungsberechtigten zur Vernehmlassung versandt	100%	98%	-2%	●
Berichtsentwurf innerhalb von sechs Monaten zur Vernehmlassung versandt	90%	100%	10%	○
Termine des Sicherheitsdepartements zur Ablieferung der Berichte eingehalten	100%	–	–	

Kommentar:

Von den insgesamt 53 Berichten zur mitschreitenden Revisions-tätigkeit wurden 18 Berichte mit weniger als fünf Mängeln erstellt, weil zusätzlich flächendeckend die Arbeitszeiterfassungen und Dienstabwesenheitskontrollen 2008 sowie einzelne Geldbestände geprüft wurden. Ein Bericht zur mitschreitenden Revisionstätigkeit mit mehr als fünf Mängeln wurde nicht erstellt, weil in diesem Bereich keine Arbeitszeiterfassungen und Dienstabwesenheitskontrollen zu prüfen waren.

Die Finanzkontrolle wird in der Legislaturperiode 2008–2012 nicht in die Kommunal-Voruntersuche einbezogen. Entsprechend wurden auch keine Berichte erstellt.

PG2: Unterstützung Stawiko in der Oberaufsicht

Ziele

- Termingerechte Protokollierung der Stawiko-Sitzungen
- Beförderliche Ausführung der Stawiko-Aufträge
- Termingerechte Protokollierung der Delegationsbesuche

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Protokolle vor den Fraktionssitzungen versandt	100%	100%	0%	○
Aufträge bis zum gesetzten Termin erledigt (Termin gilt als eingehalten, auch wenn eine Fristverlängerung gewährt wurde)	100%	100%	0%	○
Protokolle innerhalb der Zeitvorgaben an die Delegationen versandt	100%	100%	0%	○

Kommentar:

Die Staatswirtschaftskommission hat der Finanzkontrolle keine Aufträge erteilt.

Wegen der personellen Vakanzen bei der Finanzkontrolle wurden die Departementssekretariate beauftragt, ab der zweiten Jahreshälfte 2009 auf Anforderung der Delegationen der Staatswirtschaftskommission hin entsprechende Sekretariats- und Dokumentationsaufgaben sicherzustellen. In der ersten Jahreshälfte 2009 hat die Finanzkontrolle diese Aufgaben wahrgenommen

und alle Protokolle innerhalb der Zeitvorgaben an die Delegationen der Staatswirtschaftskommission versandt.

3. Bemerkungen

Der Aufsichtsbereich der Finanzkontrolle erstreckt sich primär auf die kantonale Verwaltung, die Anstalten und die Verwaltung der Rechtspflege. Sie kann auch zur Prüfung von Einrichtungen und Unternehmungen eingesetzt werden, denen der Kanton öffentliche Aufgaben übertragen oder Finanzhilfe gewährt hat (Revisionsmandate). Im Laufe des Jahres verliessen drei Mitarbeitende die Finanzkontrolle (zwei kantonsinterne Stellenwechsel und eine vorzeitige Pensionierung). Aufgrund dieser personellen Ausgangslage bestand zum einen Handlungsbedarf zur Sicherstellung der rechtlichen Aufträge der Finanzkontrolle und zum anderen die Chance, alle Handlungsoptionen für die anstehende Neuregelung des Finanzkontrollbereichs offen zu halten. Zur Sicherstellung der rechtlichen Aufträge der Finanzkontrolle wurden während der Übergangsphase bis zur Neuregelung des Finanzkontrollbereichs folgende Sofortmassnahmen getroffen:

Die ordentliche Revision nach Schweizer Prüfungsstandards der Staatsrechnung 2009 wurde erstmals an eine unabhängige private Revisionsgesellschaft vergeben.

Das Finanzdepartement wurde beauftragt, eine genügende Rechtsgrundlage zu schaffen, welche die Finanzkontrolle von der mitschreitenden Belegkontrolle entbindet. Die wegfallende Belegkontrolle ist durch die Erteilung erweiterter Kontrollaufgaben an die kantonalen Querschnittsämter zu kompensieren. Die Finanzkontrolle trat vorzeitig von einem zeitlich befristeten Revisionsmandat zurück, während ihre Mitgliedschaft bei einem Revisionsmandat vorläufig sistiert wurde. Die Stellvertretung des Vorstehers Finanzkontrolle wurde durch organisatorische, technische und vertragliche Massnahmen sichergestellt. Die Departementssekretariate wurden beauftragt, auf Anforderung der Delegationen der Staatswirtschaftskommission hin entsprechende Sekretariats- und Dokumentationsaufgaben sicherzustellen.

E. Personalamt

1. Finanzen

In Fr. 1000.–	2009 V	2009 R	Abw.	
Aufwand	7601	7666	65	
Ertrag	3045	3728	683	
Globalbudget	4557			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	4557	3938	-619	○
Nettoinvestitionen	0	0	0	○

Steuerungsentscheide:

Die Versicherungsprämien der Sachversicherungen wurden nur noch bei wenigen Verwaltungsbereichen verrechnet, welche diese Kosten unter anderem für Bundesbeiträge zu belegen haben. Daher entstand ein Mehraufwand bei den Versicherungsprämien, welcher sich erst im Verlaufe des Rechnungsjahres 2009 zeigte. Der Mehraufwand im Konto Versicherungsprämien, 27.160.318.00, von Fr. 172.304.– kann mit zwei Kontoüberträgen ausgeglichen werden: Gehälter und Sozialzulagen, 27.100.301.00, Fr. 115.000.–/Personalrekrutierung, 27.130.309.00, Fr. 50.000.–.

Der höhere Personalaufwand hatte höhere Prämien für die Personalversicherungen zur Folge. Der Mehraufwand im Konto Personalversicherungen, 27.120.305.00, von Fr. 164 092.60 kann mit zwei Kontoüberträgen ausgeglichen werden: Leistungszulage, 27.120.301.10, Fr. 35 000.–/Überbrückungsrente, 27.120.307.10, Fr. 130 000.–.

Kommentar:

Das Globalbudget wurde dank Mehrerträgen der Erwerbsausfallentschädigung (EO) von Militärdienst und Mutterschaftsurlaub unterschritten.

PG1: Personal- und Lohnadministration

Ziele

- Die Lohnzahlungen erfolgen zeitgerecht.
- Die Personaladministration erledigt die ausstehenden Arbeiten rechtsgleich.

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anzahl Verzugstage nach dem 25. je Monat	0	0	0	○
Anzahl gutgeheissener Klagen	0	0	0	○

Kommentar:

Alle Zahlungsläufe für die Lohnauszahlung erfolgten vor dem 25. des jeweiligen Monats. Somit entstand kein einziger Verzugstag. Es wurde auch keine Klage gutgeheissen. Somit konnten die Ziele erreicht werden.

PG2: Betreuung und Beratung

Ziele

- Alle gemeldeten Absenzen von mehr als drei Monaten werden zusammen mit der IV auf weitere Massnahmen geprüft.

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Prozentsatz der geprüften Fälle	100%	100%	0%	○

Kommentar:

Die Vorabklärungen mit der IV verlaufen sehr positiv. Bei allen bekannten Absenzen von mehr als drei Monaten wurde eine Vorabklärung zusammen mit der IV durchgeführt.

PG3: Personalentwicklung

Ziele

- Das Weiterbildungsangebot ist für die gesamte Belegschaft attraktiv.
- Der Kanton bietet attraktive Ausbildungsplätze an und kann diese auch besetzen.

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anzahl Kursteilnehmende aus dem Kanton Schwyz	190	247	57	○
Anzahl der neu eintretenden Lernenden (1. Lehrjahr)	12	9	-3	●

Kommentar:

Die Anzahl der Kursteilnehmenden bei der Verwaltungsweiterbildung Zentralschweiz wie auch bei den intern organisierten Kursen konnte gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Mit 247

Kursteilnehmenden wurde das Ziel erreicht. Im Rahmen der Befragung zu den Querschnittsdienstleistungen wurde das bestehende Angebot der Verwaltungsweiterbildung positiv beurteilt.

Die vorgesehenen zwölf Lehrplätze konnten nicht vollständig besetzt werden. Die notwendigen Ausbildungsplätze werden erst für das Jahr 2010 bereitgestellt.

PG4: Querschnittsdienstleistungen

Ziele

- Die Leistungsqualität liegt über dem Durchschnitt.
- Der Nutzen aus den Dienstleistungen wird hoch eingeschätzt.
- Die Dienstleistungen stellen einen Effizienzgewinn dar.

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
(Index-)Wert aus jährlicher Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	>3.5	4.3	0.8	○
(Index-)Wert aus jährlicher Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	>3.5	4.0	0.5	○
(Index-)Wert aus jährlicher Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	>3.5	4.1	0.6	○

Kommentar:

Die Qualität der Leistung des Personalamtes in seiner Querschnittsfunktion wird hoch eingestuft. Das Dienstleistungsangebot wurde auch im Jahr 2009 weiter ausgebaut und als nützlich eingeschätzt.

2. Stellenplanung

Per Januar 2009 betrug der Personalbestand für die Kernverwaltung (ohne Gerichte und Schulen) in Vollzeitstellen 1059.8 (FTE; Full Time Equivalent). Nicht mit eingerechnet werden Aushilfsstellen, zu welchen befristete Stellen von weniger als drei Monaten Dauer, Praktikanten, Lehrlinge und nebenamtliche Mitarbeitende gehören. Im Laufe des Jahres 2009 erhöhte sich der Personalbestand der Kernverwaltung um 6.9 FTE auf 1066.7 FTE (Stand Dezember 2009).

Veränderung bewilligte Stellen (Stellenplan) per 1. Januar 2010	FTE
Stellenplan per 1. Januar 2009	1 458.6
Zusätzliche Stellen unterjährig durch RR bewilligt	6.9
Neue Stellen per 1. Januar 2010 Verwaltung	18.3
Neue Stellen per 1. Januar 2010 Schulen	-5.5
Stellenplan per 1. Januar 2010	1 478.3

Bewilligte Stellen (FTE)	Stellenplan 1.1.2010	Stellenplan 1.1.2009	Stellenplan 1.1.2008	Stellenplan 1.1.2007
Staatskanzlei	9.5	9.5	9.5	9.4
Departement des Innern	25.4	25.9	46.7	41.6
Volkswirtschaftsdepartement	132.9	122.7	123.0	109.3
Bildungsdepartement	119.6	123.1	106.7	79.1
Justizdepartement			84.6	67.0
Militär- und Polizeidepartement			359.8	333.7
Sicherheitsdepartement	369.9	355.2		
Finanzdepartement	191.3	190.3	198.9	153.5
Baudepartement	165.3	165.2	114.1	101.9
Umweltdepartement	71.1	67.9		
Total Kantonale Verwaltung	1085.0	1059.8	1043.3	895.3
Kantonale Gerichte	21.5	21.5	21.5	19.6
Schulen	371.8	377.3	309.1	227.7
Total Kanton	1478.3	1458.6	1373.8	1142.6

3. Besetzte Stellen und Lohnkosten

Die Zunahme der durchschnittlich besetzten Stellen (FTE) gegenüber dem Vorjahr betrug 4.9% und liegt damit über der langfristigen Entwicklung von circa 2.5%. In derselben Vergleichsperiode stiegen die Lohnkosten um 8.8%. Die Differenz zwischen dem Stellenzuwachs und der Lohnkostensteigerung ist zum einen mit den Lohnmassnahmen 2009 (Teuerungsausgleich von 1.5%, Beförderungen von 1.0%) und zum anderen mit dem gewachsenen Bedarf an Aushilfskräften zu erklären.

Total besetzte Stellen (FTE) (Dezember)	2009	2008	2007	2006
Staatskanzlei	9.2	8.9	8.9	9.1
Departement des Innern	25.8	43.6	44.9	43.9
Volkswirtschaftsdepartement	128.4	116.0	111.2	115.1
Bildungsdepartement	119.2	102.7	102.5	101.0
Justizdepartement		88.5	73.8	74.4
Militär- und Polizeidepartement				
Sicherheitsdepartement	360.8	368.0	351.5	336.5
Finanzdepartement	178.4	181.6	195.3	183.1
Baudepartement	165.5	111.9	109.0	107.8
Umweltdepartement	67.6			
Total Kantonale Verwaltung	1054.8	1021.1	996.9	970.8
Kantonale Gerichte	21.2	21.1	19.5	23.6
Schulen	357.8	345.8	242.9	247.4
Total Kanton	1433.8	1387.9	1259.2	1241.8
Lohnkosten in 1000 Fr.	2009*	2008	2007	2006
Löhne Verwaltung	121 557	115 952	108 428	103 293
Löhne Lehrkräfte	37 109	29 856	27 184	27 276
Total Stellenplan	158 666	145 808	135 612	130 569

* Provisorischer Abschluss

4. Fluktuation

Die Brutto-Fluktuation, das heisst die Gesamtheit aller austretenden Mitarbeitenden (freiwillige Austritte, Kündigungen durch den Arbeitgeber, Pensionierungen und Todesfälle), ist mit 9.9% unverändert. Erstmals ausgewiesen wurde die Netto-Fluktuation, welche nur die freiwilligen Austritte umfasst. Diese Kennzahl weist mit 3.6% einen geringen Wert auf.

Brutto-Fluktuationsrate	2009	2008	2007	2006
Bestand Mitarbeitende	1909	1847	1622	1236
Anzahl Austritte	189	183	163	85
Fluktuationsrate	9.9%	9.9%	10.0%	6.9%
Netto-Fluktuationsrate				2009
Bestand Mitarbeitende				1909
Anzahl Austritte				69
Fluktuationsrate				3.6%

5. Weiterbildung

Im Jahr 2009 besuchten 162 Mitarbeitende Weiterbildungskurse im Rahmen des gemeinsamen Weiterbildungsprogramms der Zentralschweizer Kantone (VWBZ). Weitere 85 Mitarbeitende haben interne, durch das Personalamt organisierte Ausbildungen besucht. 33 Mitarbeitenden wurde mit finanzieller und zeitlicher Unterstützung eine umfassendere Weiterbildung wie Masterausbildungen, höhere Diplomlehrgänge usw. ermöglicht. Die Höhe

der Unterstützung ist jeweils von der betrieblichen Notwendigkeit abhängig und erstreckt sich meist über mehrere Jahre.

Weiterbildung	2009	2008	2007	2006
Anzahl Seminarbesucher VWBZ	162	157	213	202
Anzahl externer Ausbildungen	33	36	15	6
Anzahl interner Ausbildungen	85	120	20	67
Total besuchte Weiterbildungen	280	313	248	275

Kosten Weiterbildung in Fr.	2009*	2008*	2007	2006
Kosten VWBZ / interne	169 091	101 697	116 000	118 000
Kosten externe Ausbildungen	679 248	479 053	130 000	31 000
Total Weiterbildungskosten	848 339	580 750	246 000	149 000

* Die Kosten 2008/2009 belegen die Gesamtkosten der externen Ausbildungen (bez. Urlaub + Schulgeld), welche im Jahr 2008 vereinbart wurden. Die Ausbildungen erstrecken sich mehrheitlich über mehrere Jahre.

6. Leistungszulagen

Seit dem Jahr 2004 werden gestützt auf § 50 der Personal- und Besoldungsverordnung Leistungszulagen für besondere Leistungen und aufgrund klar festgelegter Kriterien ausgesprochen.

Leistungszulagen in Fr.	2009	2008	2007	2006
Höhe Voranschlagskredit	80 000	80 000	50 000	100 000
Anzahl Leistungszulagen	26	36	45	17
Ausbezahlte Leistungszulagen	32 889	66 000	59 550	57 000

7. Frauenanteil und Teilzeitbeschäftigte

Der Kanton Schwyz als Arbeitgeber bietet sehr gute Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit einem leichten Anstieg auf einen Anteil von 43.8% per Dezember 2009 sind die Frauen unter den Mitarbeitenden stark vertreten. Im Führungsbereich ist der Frauenanteil weiterhin gering. Mehr als 70% aller angestellten Frauen arbeiten in einem Teilzeitpensum. Von den männlichen Angestellten arbeitet bereits jeder vierte mit einem reduzierten Pensum.

F. Amt für Informatik

1. Finanzen

In Fr. 1000.-	2009 V	2009 R	Abw.
Aufwand	6710	5716	-994
Ertrag	1	58	57
Globalbudget	6709		
Nachkredit	0		
Globalbudget inklusive NK	6709	5657	-1052
Nettoinvestitionen	0	0	0

Kommentar:

Das Globalbudget wurde zu knapp 85% ausgeschöpft. Dies lag erstens daran, dass für Ersatzbeschaffungen im Serverbereich wegen einer neuen Technologie weniger Kosten angefallen sind. Zweitens wurde auf Neuanschaffungen im Netzwerkbereich verzichtet. Einsparungen entstanden auch im Projekt «Dokumenten Management System», wo aufgrund des Projektverlaufs Ausgaben für externe Projektbegleitung und für Softwareanschaffungen nicht getätigt wurden. Auch deshalb blieb eine Stelle bis zum August 2009 unbesetzt.

2. Projekte

Contentmanagementsystem (CMS/Intranet/Extranet) ○
Konsolidierung CMS und Ausbreitung auf das Intranet, Aufbau eines Extranets.

Projektstand:

Das Intranet innerhalb der Verwaltung ist seit 7. Januar 2009 produktiv. Erscheinungsbild und Bedienung sind am kantonalen Internetauftritt angelehnt, und es kommt dasselbe CMS zum Einsatz. Dadurch entstand praktisch kein Schulungsaufwand. Das Intranet steht allen Departementen und Ämtern als Informationsplattform zur Verfügung und wird breit genutzt.

Zusätzlich wurde im Berichtsjahr ein Extranet aufgebaut. Damit erhalten berechtigte Personen die Möglichkeit, in einem geschützten Raum im Internet jegliche Art von Dokumenten für andere bereitzustellen oder mit anderen auszutauschen. Von dieser Möglichkeit machten im Berichtsjahr vier Ämter und die Staatswirtschaftskommission Gebrauch.

Das Projekt CMS ist abgeschlossen. Der Betrieb ist etabliert, die Benutzer sind im Einsatz geübt und können Neuerungen und Änderungen in kurzer Zeit umsetzen. Alle Meilensteine wie auch der Gesamtkredit wurden vollständig eingehalten.

Schulung und Support ○
Erstellung eines Ausbildungskonzeptes, Aufbau einer E-Learning-Plattform.

Projektstand:

Seit Januar 2009 steht den Benutzern bei individuellem Bedarf eine Plattform für E-Learning zur Verfügung. Dabei handelt es sich um Kurse im Bereich Büroautomation (Word, Excel, PowerPoint und Mailsystem), die vom Amt für Informatik standardmässig angeboten werden. Die Kurse sind modular aufgebaut und aufeinander abgestimmt.

Der Aufbau dieser Plattform erfolgte kosten- und termingerecht. Das Projekt ist abgeschlossen, und der Kredit wurde vollständig eingehalten.

Sicherheitsmanagement ○
Aufbau einer redundant ausgelegten IT-Infrastruktur für kritische Systemeinheiten, Ausrüstung von Clients und Mobilgeräten nach gängigen Sicherheitsstandards, Erstellung von Notfallkonzepten durch die Informatikzentren.

Projektstand:

Der redundante Infrastrukturaufbau für alle kritischen Systemeinheiten wurde per Ende 2009 abgeschlossen. Ein Notfallkonzept für die Informatikzentren wurde Mitte 2009 verabschiedet mit dem Ziel, für verschiedene Risiken (Brandfall, Einbruch usw.) normierte Abläufe inklusive Kontaktpersonen zu definieren. Im Bereich der Client/Mobile-Sicherheit wurde strategisch entschieden, auf Blackberrydienste und -geräte abzustützen. Diese bürgen für einen sicheren, professionellen Datenaustausch bei gleichzeitig hoher Funktionsvielfalt.

E-Government (E-Gov) ○
Ausarbeitung und Einführung eines Gesetzes über das E-Government, Konzipierung und Umsetzung praxisnaher E-Government-Projekte.

Projektstand:

Das E-Gov-Gesetz wurde am 27. September 2009 mit 65% Ja-Stimmen angenommen und wird per 1. Januar 2010 in Kraft gesetzt. Die Arbeiten für das erste E-Gov-Projekt wurden noch im Berichtsjahr aufgenommen. Alle Meilensteine wie auch der Gesamtkredit wurden vollständig eingehalten.

Kantonale Datenaustauschplattform

○
Aufbau einer Datendrehscheibe für den integralen Datenaustausch zwischen dem Kanton, den Gemeinden und den Bezirken.

Projektstand:

Die Personendatenplattform ist aufgebaut und steht für den Betrieb bereit. Weil aber die Softwarehersteller der verschiedenen Einwohnerkontrollsysteme noch mit Entwicklungsaufgaben beschäftigt waren, konnten die Gemeinden Ende 2009 noch keine korrekten Daten liefern. Das Laden der Einwohnerdaten in die Personenplattform verzögerte sich deshalb und wird im ersten Quartal 2010 durchgeführt. Dieser Meilenstein musste demzufolge verschoben werden. Alle anderen Meilensteine wie auch der Gesamtkredit wurden eingehalten. Das Projekt läuft noch.

PG1: Umsetzung IT-Strategie

Ziele

- IT-Projekte sind innerhalb des vorgegebenen Kreditrahmens abzuwickeln.
- Die vom AFI geleiteten Projekte werden fristgerecht nach den Auflagen des Regierungsrates und dem Projektleitfaden umgesetzt.

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Einhaltung des Gesamtkredits: Effektive Kosten zu den budgetierten Kosten in Prozent	100%	100%	0%	○
Eingehaltene Meilensteine im Verhältnis zu gesetzten Meilensteinen	80%	95%	15%	○

Kommentar:

Alle Projekte konnten im Rahmen des Budgets abgewickelt werden. Die Strategieprojekte «Sicherheitsmanagement», «Datenplattform» und «Schulung und Support» sind plangemäss in Bearbeitung oder wurden fristgerecht abgeschlossen.

Das Amt für Informatik verfolgt das Ziel, die Mitarbeitenden der Kantonsverwaltung mit den optimalen Instrumenten für die Erledigung ihrer Arbeit auszustatten. Die jährliche Überprüfung hat aufgezeigt, dass keine wesentlichen Strategiekorrekturen vorzunehmen sind.

Ebenfalls geplant war der Abschluss des Strategieprojektes «Dokumenten Management System DMS». Das Amt für Informatik hat in den letzten zwei Jahren drei Pilotprojekte begleitet, welche jeweils unterschiedlich und autonom geführt wurden. Zwei Projekte (Steuerverwaltung und Amt für Migration) legten ihren Schwerpunkt auf die elektronische Aktenablage; sie wurden termin- und kostenkonform abgeschlossen. Beim Tiefbauamt zeigte sich im Verlaufe des Projektes, dass das DMS-Produkt nicht über alle Funktionalitäten verfügte, die für eine erfolgreiche Umsetzung nötig waren. Der Softwarehersteller musste deshalb einen erheblichen Entwicklungsaufwand betreiben, was immer wieder zu Verzögerungen und Nachkorrekturen führte. Zudem gab es grundlegende Probleme mit der Geschwindigkeit. Dadurch sank die Akzeptanz des DMS bei den Mitarbeitenden im Tiefbauamt. All dies bewog die Leitung des Tiefbauamtes letztlich, von der Einführung des DMS abzusehen.

Fazit:

Im Bereich elektronische Aktenablage und für die Bedürfnisse der Steuerverwaltung und des Amtes für Migration stimmte der eingeschlagene Weg. Dort waren die Pilotprojekte erfolgreich. Für

das Tiefbauamt war das Pilotprojekt nicht erfolgreich. Für die kantonale Verwaltung ergab sich die Erkenntnis, dass das DMS-Produkt den technischen Ansprüchen genügt. Es kann weiter eingesetzt werden; vor jeder weiteren Installation muss aber ein klarer Kosten-Nutzen-Nachweis erbracht werden.

tätsverbesserungen erreichen zu können, wird das Amt für Informatik den Kontakt mit den anderen Ämtern verstärken. Damit sollen das Verständnis für Probleme und die Kommunikation untereinander gefördert werden.

PG2: IT-Betrieb

Ziele

- Betreiben des Informatikzentrums. Kompetente Problem- und Störungsbearbeitung. Kann bei Projekten beigezogen werden und erteilt Betriebs- und Bedienungsanweisungen.
- Aufbau, Betrieb und Wartung der notwendigen Infrastruktur gemäss anerkannten und gültigen Sicherheitsstandards.

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Die Systemverfügbarkeit für die wichtigsten Systeme ist gewährleistet.	99.5%	99.9%	0.4%	○
Anzahl nicht rekonstruierbarer Datensätze, basierend auf den zentralen Datenspeichern des Informatikzentrums	0	0	0	○

Kommentar:

Der IT-Betrieb konnte im Jahr 2009 die vorgegebenen Ziele bezüglich Betriebsbereitschaft und Datensicherstellung übertreffen. Ein wichtiger Schritt zum Erhalt der hohen Betriebsbereitschaft bildete dabei die Nutzung von Synergien beim gemeinsamen Aufbau und Einsatz von Backupeinheiten durch den technischen Dienst der Kantonspolizei und das Amt für Informatik. Für den bestehenden Anschluss zum Kommunikationsnetz des Bundes (KombV/KTV) wurde wegen seiner Bedeutung für die Kantonsverwaltung (unter anderem biometrischer Pass) eine redundante Verbindung aufgebaut. Diese kann auf Anfang 2010 in Betrieb genommen werden und wird das Ausfallrisiko nochmals erheblich verkleinern.

PG3: Querschnittsdienstleistungen

Ziele

- Die Leistungsqualität liegt über dem Durchschnitt.
- Der Nutzen aus den Dienstleistungen wird hoch eingeschätzt.
- Die Dienstleistungen stellen einen Effizienzgewinn dar.

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
(Index-)Wert aus jährlicher Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	>3.5	3.8	0.3	○
(Index-)Wert aus jährlicher Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	>3.5	3.9	0.4	○
(Index-)Wert aus jährlicher Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	>3.5	3.6	0.1	○

Kommentar:

Die Indikatoren gemäss der bei allen Amtsleitenden durchgeführten Befragung zu den Querschnittsdienstleistungen wurden übertroffen.

Grundsätzlich wird das Angebot sowie die Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik geschätzt. Nutzen und Qualität der Dienstleistungen werden als überdurchschnittlich eingestuft. Die etwas weniger hohe Zufriedenheit im Bereich Effizienzgewinn lässt sich auf Stabilitätsprobleme in der Büroautomation und auf dem Netzwerk zurückführen, wogegen bereits im Berichtsjahr Verbesserungsmassnahmen ergriffen wurden. Um gezielt Quali-

Unter der Federführung der Kompetenzstelle Beschaffungswesen stellte die ganze kantonale Verwaltung für die Publikation von Submissionen auf die elektronische Beschaffungsplattform simap.ch um. – Die 1. Umbauetappe des Westflügels der Kantonsschule Kollegium Schwyz konnte plangemäss abgeschlossen werden. Die Sanierungsarbeiten für das Berufsbildungszentrum Goldau stehen vor dem Abschluss. – Die Verkehrsprojekte der Region Höfe konnten vorangetrieben werden. So wurde auch die Nutzungsplanung Zubringer Wilenstrasse/Wollerau öffentlich aufgelegt. Das Bauprojekt für den letzten Ausbaubereich der H8 zwischen der zweiten Altmatt und Biberbrugg wurde erarbeitet. – Das Verkehrsamt eröffnete eine zusätzliche Prüfstelle in Trachslau/Einsiedeln.

A. Departementssekretariat

Finanzen

In Fr. 1000.–	2009 V	2009 R	Abw.	
Aufwand	991	866	-125	
Ertrag	8	1	-7	
Globalbudget	983			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	983	865	-118	○
Nettoinvestitionen	0	0	0	○

Kommentar:

Das Globalbudget wurde unterschritten.

Der Minderaufwand ist insbesondere wegen Minderausgaben bei den Gehältern (Stellenbesetzungen), der Software-Anschaffung (vorläufiger Verzicht auf ein Datenmanagementsystem) und den Gutachterkosten (weniger Drittaufträge) entstanden.

PG1: Führungsunterstützung / Rechtsberatung

Ziele

- Fristgerechte Erledigung der Führungsunterstützung
- Die Verwendung der finanziellen Mittel erfolgt formell und materiell fehlerfrei (nach § 36 Abs. 1 der Verordnung über den Finanzhaushalt, FHV; SRSZ 144.110).
- Fristgerechte Erledigung der juristischen Beratung

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anzahl Geschäftsfälle ohne Terminabweichungen / Anzahl Geschäftsfälle (Termin gilt als eingehalten, auch wenn eine Fristverlängerung gewährt wurde)	100%	100%	0%	○
Anzahl der begründeten Beanstandungen von erheblicher Bedeutung durch die Finanzkontrolle	0	0	0%	○
Anzahl eingehaltene Termine / Anzahl Beratungen (Termin gilt als eingehalten, auch wenn eine Fristverlängerung gewährt wurde)	100%	100%	0%	○

Kommentar:

Die vom Departementssekretariat betreuten Geschäfte konnten innerhalb der Terminvorgaben abgewickelt werden. – Unter der Federführung der Kompetenzstelle Beschaffungswesen stellte die ganze kantonale Verwaltung für die Publikation von Submissionen erfolgreich auf die elektronische Beschaffungsplattform simap.ch um. Der Rechtsdienst unterstützte folgende laufende Gesetzgebungsvorhaben im Departement: Revision Gesetz über die Förderung des öffentlichen Verkehrs, kantonales Energiegesetz, Stromversorgungsgesetz und Motorfahrzeugsteuergesetz (Initiative).

PG2: Dienstleistungen und Support

Ziele

- Termingerechte Einladung und Versand der Unterlagen (Kommission Bauten Strassen und Anlagen)
- Termingerechte Erstellung und Versand der Protokolle (Kommission Bauten, Strassen und Anlagen)
- Mitberichte werden termingerecht erstellt.
- Vernehmlassungen werden termingerecht erstellt.
- Qualitativ einwandfreie Beratung und Unterstützung des Vorstehers und der Amtsleitenden

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anzahl termingerechte Einladungen/Anzahl Einladungen und Unterlagen (Termin ist eingehalten, wenn die Unterlagen 20 Kalendertage vor der Sitzung beim Empfänger eintreffen)	100%	100%	0%	○
Anzahl der termingerechten Versendungen der Protokolle/Anzahl Protokolle (Termin ist eingehalten, wenn die Protokolle 20 Kalendertage vor der KR-Sitzung beim Empfänger eingetroffen sind)	100%	100%	0%	○
Anzahl termingerechte Mitberichte/Anzahl Mitberichte (Termin gilt als eingehalten, auch wenn eine Fristverlängerung gewährt wurde)	100%	100%	0%	○
Anzahl termingerechte Vernehmlassungen/Anzahl Vernehmlassungen (Termin gilt als eingehalten, auch wenn eine Fristverlängerung gewährt wurde)	100%	100%	0%	○
Zufriedenheit des Vorstehers und der Amtsleitenden gemäss Kundenbefragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	>3.0	4.0	1.0%	○

Kommentar:

Für die Kommission Bauten, Strassen und Anlagen wurden fünf Sitzungen organisiert und insgesamt neun Geschäfte behandelt. Der Versand der Einladungen, Unterlagen und Protokolle erfolgte termingerecht. – Alle internen Mitberichte und externen Vernehmlassungen konnten innert angesetzter Frist abgewickelt werden. Die Qualität des Supports und der Dienstleistungen des Departementssekretariats wurde im Durchschnitt als gut bewertet.

PG3: Immobilienplanung und Controlling

Ziele

- Fortführung des langfristigen Hochbauprogramms (Beschluss Regierungsrat)
- Termingerechtes und vollständiges Controlling der Hochbauprogramm-Projekte gewährleisten

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Vorlegung 2. Quartal 2009	100%	100%	0%	○
Termine eingehalten, Vollständigkeit gewährleistet (in Prozent)	100%	100%	0%	○

Kommentar:

Das langfristige Hochbauprogramm wurde mit Detailabklärungen zu Verwaltungs- und Schulstandorten ergänzt.

Beschaffungssstatistik 2009

Seit dem März 2005 ist die Fachstelle Beschaffungswesen beim Baudepartement angesiedelt. Seit Einführung der Vergabestatistik 2007 erfassen alle kantonalen Vergabestellen sämtliche Beschaffungen ab Fr. 10 000.–. Die folgende Auswertung umfasst das gesamte Vergabevolumen (in Fr.) des Kantons Schwyz inklusive Vergaben im Staatsvertragsbereich. Insgesamt wurden 970 Vergaben erfasst.

Beschaffungssummen nach Verfahren

Freihändiges Verfahren	45 997 772.–
Einladungsverfahren	6 586 764.–
Offenes Verfahren	30 387 882.–

Beschaffungssummen nach Departementen

Baudepartement	57 026 273.–
Volkswirtschaftsdepartement	865 698.–
Bildungsdepartement	1 524 060.–
Finanzdepartement	3 918 859.–
Umweltdepartement	2 919 695.–
Sicherheitsdepartement	14 817 707.–
Departement des Innern	119 218.–
Staatskanzlei	1 780 908.–

Beschaffungstotal

Gesamtes Beschaffungstotal	82 972 418.–
	100 %

davon im Kanton Schwyz

vergebene Aufträge	45 348 995.–
	55 %

davon ausserkantonal

vergebene Aufträge	37 623 423.–
	45 %

Beschaffungen im Jahresvergleich

Beschaffungstotal 2009	82 972 418.–
Beschaffungstotal 2008	104 463 105.–
Beschaffungstotal 2007	67 326 112.–

B. Hochbauamt

Finanzen

In Fr. 1000.–	2009 V	2009 R	Abw.
Aufwand	29 560	25 851	–3 709
Ertrag	3 088	2 976	–112
Globalbudget	26 472		
Nachkredit	0		
Globalbudget inklusive NK	26 472	22 875	–3 597
Nettoinvestitionen	38 500	26 804	–11 696

Steuerungsentscheide:

Mittelherkunft von Konto	28.330.314.00 (Baulicher Unterhalt)
Mittelverwendung in Konto	28.330.490.10 (Übertrag aus Rechnung Verkehrsamt)
Betrag	Fr. 249 430.–

Begründung

Rückerstattung einer Vergleichszahlung im Schadenfall Kastenfester Verkehrsamt auf Konto Schäden Verkehrsamt

Mittelherkunft von Konto	28.330.314.00 (Baulicher Unterhalt)
Mittelverwendung in Konto	28.330.311.00 (Einrichtung neuer Verwaltungsräume)

Betrag

Begründung	Fr. 400 000.– Kosten des Ausbaus des Amtes für Migration, die durch die hohen Sicherheitsanforderungen des Bundes bedingt sind, welche zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannt waren.
------------	--

Kommentar:

Die wesentlichen Abweichungen zum Globalbudget sind:

- Versicherungszahlungen aus dem Vergleich mit den Architekten Reichlin und Marques
- Turnhalle Rickenbach noch nicht verkauft, wodurch weiterhin Mieteinnahmen fliessen
- Tiefere Abschreibungen auf den Liegenschaften

Die wesentliche Abweichung zu den Nettoinvestitionen ist:

- Liegenschaft Bahnhofstrasse 15, Schwyz, wurde noch nicht käuflich erworben.

Projekte

Kantonsschule Kollegium Schwyz (KKS) ○
Sanierung und räumliche Neukonzeption.
Stand: 1. Bauetappe im Herbst 2009 abgeschlossen.
Aussicht: 2. Bauetappe 2010 fertiggestellt.

Berufsbildungszentrum Goldau (BBZG) ○
Fassaden-Sanierung und räumliche Neukonzeption.
Stand: Sanierungsarbeiten stehen vor Abschluss.
Aussicht: Die Sanierungsarbeiten dauern noch bis Ende Februar 2010. Die Umgebungsarbeiten werden Ende Juli 2010 beendet sein.

Berufsbildungszentrum Pfäffikon (BBZP) Römerrain ○
Sanierung und räumliche Neukonzeption.
Stand: Bauarbeiten schreiten nach Plan voran (Roharbeiten abgeschlossen).
Aussicht: Die Bauarbeiten werden Ende August 2010 abgeschlossen.

Berufsbildungszentrum Pfäffikon (BBZP) Schützenstrasse ○
Sanierung und räumliche Neukonzeption.
Stand: Die Bauarbeiten beginnen im April 2010.
Aussicht: Die Fertigstellung ist Ende Februar 2011.

Schwanau ○
Instandsetzung und Neukonzeption.
Stand: Der Restaurationsbetrieb wurde Ende November 2009 aufgenommen.
Aussicht: Die offizielle Eröffnung findet im April 2010 statt.

Neubau Mensa BBZP und KSA in Pfäffikon ●
Schaffung einer zeitgemässen Infrastruktur für die aktuelle und zukünftige Schülerzahl.
Stand: Projektplanung in Arbeit. Verzögerung wegen Standortentscheidung Mittelschulen Ausserschwyz.
Aussicht: Die Realisierung ist zwischen Herbst 2011 und Sommer 2013 vorgesehen.

PG1: Investitionsprojekte

Ziele

- Zeit- und fachgerechte Bearbeitung der vom Regierungsrat beschlossenen Investitionsvorhaben unter Gewährleistung einer angemessenen Gesamtqualität hinsichtlich Gestaltung, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit
- Beantworten von Anfragen im Fachbereich

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Projekt-Kontrollberichte liegen vollständig vor	100%	100%	0%	○
Einhalten der Bearbeitungsfristen	100%	100%	0%	○

Kommentar:

Die vom Kantonsrat beschlossenen Verpflichtungskredite verlaufen nach Plan. Ältere Verpflichtungskreditabrechnungen wurden vollständig abgeschlossen. Künftige Verpflichtungskredite werden nach Ablauf der 2-Jahres-Garantiefisten abgerechnet.

PG2: Liegenschaftendienst

Ziele

- Bereitstellung Immobiliendaten. Durchführung dinglicher Rechtsgeschäfte. Verwaltung des zugeteilten Portfolios; Beratung/Controlling im übrigen Portfolio. Mitentwicklung und Umsetzung Immobilienstrategie
- Sicherstellung der Betriebssicherheit, der Funktionstüchtigkeit und der Werterhaltung der Liegenschaften des zugeteilten Portfolios. Unterstützung der zuständigen Verwaltungen des übrigen Portfolios.

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Kennwerte (KW) zu Liegenschafts- und Arbeitsplatzkosten jährlich aktualisiert und ausgewertet. (KW zu Prozentsatz der Arbeitsplätze)	90%	90%	0%	○
Periodische Zustandsüberprüfungen. Entwicklung/Aktualisierung des Unterhaltsprogramms. Mittelfristig anzustrebender jährlicher Unterhaltsfaktor 1% (Unterhalt/Versicherungswert, ohne periodische Sanierungen)	0.7%	0.82%	0.12%	○

Kommentar:

Die Kennwerte zu den Liegenschafts- und Arbeitsplatzkosten sind aktualisiert. Die Daten dienen unter anderem dem Vergleich (Benchmark) mit den vom Kanton Schwyz angemieteten Objekten.

Die Verwaltungsliegenschaften sind in recht gutem Zustand, so dass der angestrebte Unterhaltsfaktor wiederum unter 1% (Unterhaltskosten im Verhältnis zum Versicherungswert) liegt. Der Faktor liegt leicht höher, da bei den Verwaltungsbauten im vergangenen Jahr grössere Unterhaltsarbeiten ausgeführt wurden.

PG3: Energie

Ziele

- Entwicklung energiepolitischer Strategien; Erarbeiten und Umsetzen von Rechtsgrundlagen, Vollzugshilfen, Informations- und Beratungskonzepten im Bereich der Energienutzung und des nachhaltigen Bauens.

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Absenkepfad gemäss Leitbild in Bezug auf kantonale Liegenschaften erfüllt.	100%	84.3%	-15.7%	●
Vollzugshilfen zu kantonalen Vorschriften im Gebäudebereich bereitgestellt (Anzahl Monate nach Inkraftsetzung).	3	3	0%	○

Kommentar:

Der Absenkepfad (Reduktion des Energieverbrauchs) berücksichtigt die 20 grössten Liegenschaften des Kantons mit einer Energiebezugsfläche (EBF) von 125 000 m². Diese Gebäude benötigen rund 90% des gesamten Energieverbrauches der kantons-eigenen Gebäude.

Verbrauchsperiode	Elektrizitätsverbrauch [kWh/m ² EBF]	Wärmeverbrauch [kWh/m ² EBF]	Wärmeverbrauch [kWh/m ² EBF]	Wärmeverbrauch Anteil erneuerbare Energie [%]	Wärmeverbrauch Anteil erneuerbare Energie [%]
	effektiv	Zielwert	effektiv	Zielwert	
2007/08	36	62	64	6	10.0
2008/09	38	62	63.3	6	13.3
2009/10	–	–	62.7	–	16.7
2010/11	–	–	62	–	20.0
2011/12	–	–	61.3	–	23.3
2012/13	–	–	60.7	–	26.7
2013/14	–	–	60	–	30.0

Kommentar:

Der Elektrizitätsverbrauch steigt und wird das Ziel der Stabilisierung (34 kWh/m²EBF) voraussichtlich nicht erreichen. Der Wärmeverbrauch liegt unter dem Jahreszielwert und ist auf Kurs. Der Anteil an erneuerbaren Energien erreicht den Jahreszielwert nicht, wird jedoch in der Periode 2009/10 stark aufholen, weil in dieser Periode die neue Holzschmelzeheizung am Berufsbildungszentrum Goldau zum Tragen kommt.

Der Bezirk Küsnacht erhielt als zweite Gemeinde im Kanton das Energiestadtlabel.

Im Berichtsjahr wurden 41 Minergie-zertifizierungsgesuche bearbeitet; 56 Bauträger erhielten für ihr Bauvorhaben das MINERGIE-Label. Im Kanton Schwyz wurden somit bis Ende 2009 237 Labels vergeben.

C. Tiefbauamt

Finanzen

In Fr. 1 000.–	2009 V	2009 R	Abw.	
Aufwand	64 999	69 770	4 771	
Ertrag	64 468	69 198	-4 730	
Globalbudget	531			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	531	572	41	●
Nettoinvestitionen	35 923	21 408	-14 515	○

Steuerungsentscheide:

Mittelherkunft von Konto	28.230.314.30 (Baulicher Unterhalt)
Mittelverwendung in Konto	28.230.313.00 (Betriebskosten Fahrzeuge, Maschinen und Geräte)
Betrag	Fr. 140 000.–
Begründung	Der sehr intensive Winter Anfang und Ende 2009 wirkte sich auf die Betriebskosten der verschiedenen Fahrzeuge, Maschinen und Geräte aus.

Mittelherkunft von Konto	28.230.314.30 (Baulicher Unterhalt)
Mittelverwendung in Konto	28.230.314.20 (Betrieblicher Unterhalt)
Betrag	Fr. 400 000.–
Begründung	Der harte Winter Anfang 2009 sowie Oktober bis Dezember 2009 verursachte höhere Winterdienstkosten.

Kommentar:

Dank höheren Erträgen konnten grössere Abschreibungen vorgenommen werden.

Der geringe Mehraufwand im Globalbudget ist auf nicht budgetierte Überstundenzahlungen und höhere Spesenentschädigungen zurückzuführen.

Bei den Nettoinvestitionen führten Projekteinsparungen, aufwändiger Landerwerb sowie Submissionsbeschwerden zu Verzögerungen von diversen Projekten.

Projekte

Masterplan March

Stand: Auf der Basis des Umsetzungskonzeptes liegt ein konkreter Terminplan für sämtliche Projekte vor. Für die zeitkritischen Projekte sind die Vorprojekte eingeleitet.

Aussicht: Die Terminierung der Projekte des Masterplans March ist im Strassenbauprogramm festgehalten.

Masterplan Rigi-Mythen

Stand: Testplanung für die Gebiets- und Infrastrukturentwicklung (Federführung Amt für Raumentwicklung) abgeschlossen.

Aussicht: Vertiefungsphase im Jahre 2010, aus der ein Entscheid für die Weiterentwicklung des übergeordneten Strassennetzes zu erwarten ist.

Investitionsprojekte

1. Nationalstrassen

1.1 Morschacher und Sisikoner Tunnel

Stand: Generelles Projekt durch Bundesrat beschlossen.

Aussicht: Bau Sisikoner Tunnel ab dem Jahr 2014, Morschacher Tunnel ab dem Jahr 2015.

Alle anderen Nationalstrassenprojekte gingen an den Bund zurück und liegen nicht mehr in der Verantwortung des Kantons als Bauherr.

2. Hauptstrassen

2.1 Umfahrung Pfäffikon

Stand: Bauprojekt «Tunnel kurz» ist in Bearbeitung. Das Bauprojekt «Tunnel lang» ist infolge einer Stimmrechtsbeschwerde zum Planungskredit der Gemeinde gestoppt worden.

Aussicht: Ausarbeiten Bauprojekt Tunnel kurz. Sobald Entscheid der Stimmrechtsbeschwerde vorhanden: Weiterbearbeitung der Variante Tunnel lang. Abstimmung der Gemeinde zum Baukredit im September 2010.

2.2 Zubringer Wilenstrasse (Fällmistunnel)

Stand: Öffentliche Auflage Kantonalen Nutzungsplan; Zustimmung Planungskredit Kantonsrat liegt vor.

Aussicht: Abstimmung Planungskredit Gemeinde Freienbach; Beschaffung Ingenieurteam; Ausarbeitung Bauprojekt.

Das Projekt wird in Kooperation mit den Gemeinden Wollerau und Freienbach entwickelt und finanziert. Öffentliche Planaufgabe in Koordination mit dem Projekt Verlegung Anschluss Wollerau (Projekt Nationalstrasse A3).

2.3 Ortsdurchfahrt Freienbach

Stand: Freienbach Mitte (Leutschenstrasse–Kirchstrasse): Ausführungsprojekt in Bearbeitung. Freienbach West und Ost: Vorprojekte in Bearbeitung.

Aussicht: Freienbach Mitte: Projektgenehmigung durch Regierungsrat geplant im März 2010. Baubeginn circa Juni 2010. Freienbach West und Ost: Bauprojekte vorhanden bis Ende 2010.

2.4 Kernentlastung Lachen, Ast West

Stand: Bearbeitung Bauprojekt.

Aussicht: Öffentliche Planaufgabe im Jahr 2010.

Das Projekt wird in Kooperation mit den Gemeinden Lachen und Altendorf entwickelt und finanziert. Schnittstelle zu den Projekten Ast Ost, Neubau Bahnhofgebäude und Park-and-ride-Anlage beim Bahnhofareal.

2.5 Einmündung Neutralstrasse, Altendorf

Stand: Bauarbeiten abgeschlossen.

Aussicht: Beurkundung Landerwerbsverträge und Grenzbereinigung durch Notariat im Jahre 2010.

2.6 Ortsdurchfahrt Galgenen

Stand: Vorstudie liegt vor; Beschaffung Ingenieurteam in Bearbeitung.

Aussicht: Öffentliche Planaufgabe im Jahr 2011.

2.7 Ortsdurchfahrt Galgenen Ost

Stand: Bauarbeiten mit provisorischem Kreisel beim Anschluss Baumgartenweg abgeschlossen. Bundesgericht hat Beschwerde gegen Enteignungsentscheid abgewiesen. Verfahren für die vorzeitige Besitzeinweisung eingeleitet.

Aussicht: Definitiver Kreisel wird nach der rechtskräftigen Besitzeinweisung gebaut.

2.8 Grosskreisel Siebnen

Stand: Genehmigung Kantonalen Nutzungsplan; Bauprojekt liegt vor.

Aussicht: Öffentliche Planaufgabe im Februar 2010.

Das Projekt wird in Kooperation mit den Gemeinden Galgenen, Schübelbach und Dritten entwickelt und finanziert.

2.9 Galgenen Ost–Siebnen

Stand: Bauprojekt liegt im Entwurf vor.

Aussicht: Öffentliche Planaufgabe Mitte 2010.

2.10 Dorf- / Vogelneststrasse, Schindellegi

Stand: Baubeginn im September 2009.

Aussicht: Abschluss der Arbeiten, inklusive Einbau Deckbelag, im Herbst 2010.

2.11 Steinbachviadukt

Stand: Bauprojekt liegt vor.

Aussicht: Genehmigung Bauprojekt im Februar 2010. Verpflichtungskredit terminiert auf Juni-Session Kantonsrat; Baubeginn im Januar 2011.

<i>2.12 Gross–Steinbach</i> ○ Stand: Öffentliche Auflage Bauprojekt. Aussicht: Genehmigung Projekt und Verpflichtungskredit im Jahr 2010. Realisierung ab dem Jahr 2024.	<i>2.24 Ibergereggstrasse</i> ○ Stand: Bericht und Vorlage an Kantonsrat im Herbst 2009. Aussicht: Genehmigung Baukredit durch den Kantonsrat; Bau in zwei Etappen in den Jahren 2011 und 2012.
<i>2.13 Ersatz Grossbachbrücke, Gross</i> ○ Stand: In Realisierungsphase. Aussicht: Abschluss Bauarbeiten im Frühjahr 2010.	<i>2.25 Südumfahrung, Küssnacht</i> ○ Stand: Vorprojekt und kantonaler Nutzungsplan (kNP) für den ersten Abschnitt sowie Machbarkeitsstudie für den zweiten Abschnitt liegen vor. Aussicht: Öffentliche Auflage des Nutzungsplans im Februar 2010. Start mit dem Bauprojekt für den ersten Abschnitt und dem Vorprojekt für den zweiten Abschnitt im Sommer 2010.
<i>2.14 Biberbrugg–Nübersagi</i> ○ Stand: Ausführung der Arbeiten seit Februar 2008. Aussicht: Abschluss der Arbeiten und Inbetriebnahme im Herbst 2010. Einbau Deckbelag im Sommer 2011.	<i>2.26 Vierspur-Ausbau Zugerstrasse Süd, Küssnacht</i> ○ Stand: Erarbeitung Vorprojekt. Aussicht: Öffentliche Planaufgabe im Sommer 2011.
<i>2.15 Strassenausbau Dritte Altmatt Nord–Höli–Biberbrugg</i> ○ Stand: Bauprojekt und Umweltverträglichkeitsbericht liegen vor. Aussicht: Öffentliche Auflage im Januar 2010; Projektgenehmigung durch Regierungsrat im Jahre 2010.	<i>2.27 Strassenausbau Zugerstrasse Süd, Küssnacht</i> ○ Stand: Ausführung der Arbeiten seit November 2008. Aussicht: Abschluss und Inbetriebnahme im Herbst 2010. Einbau Deckbelag im Sommer 2011.
<i>2.16 Strassenausbau Zweite Altmatt–Dritte Altmatt</i> ○ Stand: Einbau Deckbelag im Sommer 2009; Bauarbeiten abgeschlossen. Aussicht: Beurkundung Landerwerbsverträge und Grenzbereinigung durch Notariat im Jahre 2010.	<i>2.28 Fussgängersicherheit Eichli, Immensee</i> ● Stand: Erarbeitung Bauprojekt. Aussicht: Projektgenehmigung im Sommer 2010.
<i>2.17 Ersatz Durchlass Schorenbach, Rothenthurm</i> ○ Stand: Bauarbeiten beendet. Aussicht: Abrechnung im Frühjahr 2010.	<i>2.29 Grundstrasse, Schwyz</i> ○ Stand: Umsetzung Sofortmassnahmen Schützenhaus (Radaranlage und Reduktion Höchstgeschwindigkeit); Erarbeitung Vorprojekt. Aussicht: Erarbeitung Bauprojekt bis Ende 2011.
<i>2.18 Biberegg–Rothenthurm Süd</i> ○ Stand: Baubeginn Trottoir im Oktober 2009. Aussicht: Abschluss der Arbeiten, inklusive Erneuerung Belag auf der Fahrbahn, im Sommer 2010.	<i>2.30 Schulwegsicherheit Schulgasse, Schwyz</i> ● Stand: Genehmigung Bauprojekt durch Regierungsrat. Beschwerde vor Verwaltungsgericht hängig. Aussicht: Entscheid Verwaltungsgericht 2010.
<i>2.19 Steinerbergstrasse, Sattel</i> ● Stand: Einbau Deckbelag beim ersten Abschnitt im Sommer 2009. Aussicht: Baubeginn beim zweiten Abschnitt mit einem Jahr Verzögerung (Submissionsbeschwerde) im April 2010. Inbetriebnahme im Herbst 2010. Einbau Deckbelag im Sommer 2011.	Das Projekt ist Bestandteil des Massnahmenkonzeptes der Gemeinde Schwyz der ersten Priorität.
<i>2.20 Sattel–Kantonsgrenze SZ / ZG</i> ○ Stand: Erarbeitung Bauprojekt. Aussicht: Öffentliche Planaufgabe anfangs 2011.	<i>2.31 Knoten Postplatz, Ibach</i> ○ Stand: Bauprojekt liegt im Entwurf vor. Aussicht: Öffentliche Planaufgabe im Mai 2010.
<i>2.21 Ausbau Muotathalerstrasse, erste Etappe Gibelhorn</i> ○ Stand: Variantenvergleich abgeschlossen. Aussicht: Variantenentscheid und Verpflichtungskredit terminiert auf April-Session Kantonsrat 2010. Bis Ende 2010: Projektauflage und Projektgenehmigung; frühester Baubeginn im Frühjahr 2011.	<i>2.32 Bahnhofstrasse Brunnen, dritte Etappe</i> ○ Stand: Projektgenehmigung im Dezember 2009. Aussicht: Erarbeitung Ausführungsprojekt im Jahr 2010.
<i>2.22 Ersatz Durchlass Bettbach, Muotathal</i> ○ Stand: Bauarbeiten beendet. Aussicht: Abrechnung im Frühjahr 2010.	<i>2.33 Bahnhofstrasse Brunnen, vierte Etappe</i> ○ Stand: Bauhauptarbeiten (exklusive Einbau Deckbelag) abgeschlossen. Aussicht: Einbau Deckbelag im Sommer 2010.
<i>2.23 Wägitalerstrasse</i> ○ Stand: Sofortmassnahmen im Bereich Rötetäli und Stiegern. Aussicht: Öffentliche Planaufgabe erste Etappe (Flüebödeli) im Herbst 2010. Der Ausbau der Wägitalerstrasse ist in mehreren Etappen geplant.	<i>2.34 Knoten Gätzlistrasse, Brunnen</i> ○ Stand: Bauprojekt liegt im Entwurf vor. Aussicht: Öffentliche Planaufgabe im März 2010.
	<i>2.35 Kreisel Bahnhof, Brunnen</i> ○ Stand: Projektauflage im Februar 2010. Aussicht: Realisierung ab Herbst 2010.
	<i>2.36 Strassensanierung Seehof, Gersau</i> ○ Stand: Erste Etappe im Bau bis Mai 2010. Aussicht: Realisierung zweite und dritte Etappe Winterhalbjahr 2010/2011 respektive 2011/2012.

2.37 Strassenausbau Langmatt, Gersau

Stand: Bauprojekt in Arbeit.

Aussicht: Projektauflage im Jahr 2011; Realisierung ab dem Jahr 2012.

PG1: Neu-, Ausbauten und Erneuerungen

Ziele

- Verwirklichung Strassenbauprogramm entsprechend den Vorgaben und den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln
- Kosten-/Wirksamkeitsanalyse (KW) bei anstehenden Investitionsentscheiden bei Kunstbauten

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Realisierungsgrad Projekte	90%	70%	-20%	●
Kapitalisierte Aufwendungen: Vergleich Neubau – zu erwartender baulicher Unterhalt (Index KW)	<1%	–	–	●

Kommentar:

Einsprachen, Landerwerbsgeschäfte und mehrere, über längere Zeit nicht besetzte Stellen liessen es nicht zu, die Umsetzung des Strassenbauprogramms im geforderten Umfang voranzubringen. Vergabeerfolge trugen zusätzlich dazu bei, dass das Budget nicht ausgeschöpft wurde. Trotzdem konnte eine Steigerung des Investitionsvolumens auf den Kantonsstrassen um rund 32% im Vergleich zum Vorjahr erreicht werden.

Im Berichtsjahr waren keine Kostenwirksamkeits-Analysen bei anstehenden Investitionsentscheiden für Kunstbauten erforderlich.

PG2: Baulicher Unterhalt

Ziele

- Sicherstellen der Betriebssicherheit durch Beheben von grösseren Schäden und Verschleisserscheinungen an den Strassenanlagen
- Werterhaltung der Strassen
- Werterhaltung der Kunstbauten

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anzahl berechnete Werkhauptungsklagen zulasten Kanton infolge mangelhafter Strasseninfrastrukturanlagen	0	0	0	○
Strassenzustandswerte gemäss VSS-Norm 640 925b (Index I1-Wert 0-2, in % der Netzlänge)	>85%	92.3%	7.3%	○
Zustandsbeurteilung gemäss VSS-Norm 640 904 (Anzahl Objekte mit Zustand «Sicherheit gefährdet»)	<5	1	-4	○

Kommentar:

Das gesamte Kantonsstrassennetz wurde letztmals im Jahre 2008 aufgenommen und dabei dessen Zustand visuell erhoben. Mittels der erhobenen Zustandswerte sowie weiterer Parameter können die künftigen baulichen Unterhaltmassnahmen mittelfristig geplant werden. Es hat sich gezeigt, dass sich die Kantonsstrassen in einem guten bis sehr guten Zustand befinden und deshalb die bisherige Unterhaltsstrategie weitergeführt werden kann. Oftmals müssen Strassenstrecken, für die gemäss Strassenbauprogramm Ausbauten geplant sind, auch saniert werden. In diesen Fällen wird der bauliche Unterhalt soweit möglich hinausgeschoben, allenfalls auch unterlassen. Ein langfristiger Substanzverlust ist deswegen nicht eingetreten.

PG3: Betrieblicher Unterhalt

Ziele

- Sicherstellen des sach- und termingerechten betrieblichen Strassenunterhalts
- Ausführen des betrieblichen Strassenunterhaltes nach wirtschaftlichen Grundsätzen

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anzahl berechnete Werkhauptungsklagen zulasten Kanton infolge mangelhaften betrieblichen Unterhalt	<5	0	-5	○
Kosten in Fr. pro Kilometer Kantonsstrasse (inklusive Querschnittskosten)	38 000	47 714	9 714	●

Kommentar:

Dank des seriösen betrieblichen Unterhaltes der gesamten Strassenanlagen wurden auch 2009 keine Werkeigentümerhaftungsklagen eingereicht.

Die Mehrkosten beim betrieblichen Unterhalt entstanden vor allem beim Winterdienst sowie infolge von ausserordentlichen Ereignissen (Rutschung an der Kantonsstrasse Biberbrugg-Einsiedeln und Mauerabbruch an der Muotathalerstrasse/Gibelhorn).

PG4: Übriges Verkehrsnetz

Ziele

- Beachten der Rechtsgrundlagen und der Verfahrenssicherheit
- Fristgerechte Bearbeitung der Gesuche
- Fristgerechte Bearbeitung der Mitberichte

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Beschwerden gegen Beschlüsse und Verfügungen (Korrekturen der Oberinstanz)	<2	1	-1	○
Einhalten der Bearbeitungsfristen (nach Vorliegen sämtlicher notwendiger Unterlagen)	80%	95%	15%	○
Fristerhaltung nach Vorliegen sämtlicher notwendiger Unterlagen (Berücksichtigung allfälliger begründeter Fristverlängerungen)	100%	63%	-37%	●

Kommentar:

Eine genehmigte Verkehrsanordnung musste auf Anweisung der Beschwerdeinstanz wegen eines Verfahrensfehlers der Vorinstanz wiederholt werden. Gegen Verfügungen des Tiefbauamtes auf kantonseigenen Hauptstrassen wurden keine Beschwerden erhoben.

Trotz einer Zunahme der Baugesuche im Zuständigkeitsbereich des Tiefbauamtes (10% gegenüber dem Vorjahr) konnte die Einhaltung der Bearbeitungsfrist deutlich verbessert werden.

Der Eingang überdurchschnittlich vieler Gesuche für Verkehrsanordnungen auf Gemeindestrassen während einer mehrmonatigen Stellenvakanz führte dazu, dass der Standard nicht eingehalten werden konnte. Die vakante Stelle konnte wieder besetzt werden. Seither konnten die Pendenzen abgebaut und die Verkehrsanordnungen wieder innert Frist erledigt werden.

D. Verkehrsamt

Finanzen

In Fr. 1 000.–	2009 V	2009 R	Abw.	
Aufwand	54 070	54 103	–33	
Ertrag	54 337	54 626	289	
Globalbudget	–267			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	–267	–523	–256	○
Nettoinvestitionen	0	0	0	○

Kommentar:

Die Abweichung vom Globalbudget ist begründet mit höheren Erträgen und Kosteneinsparungen. Der Mehrertrag ergab sich insbesondere durch gute Einsatzplanung und geringe Ausfälle bei den Fahrzeug- und Schiffsprüfungen. Der Minderaufwand resultierte hauptsächlich durch zeitliche Verschiebung von Ersatzbeschaffungen im Bereich der Informatik (Systemdrucker) und des Schiffsinspektorates (Unterhalt Arbeitsboot und Schifffahrtszeichen).

PG1: Technische Verkehrssicherheit

Ziele

- Überprüfung der Verkehrssicherheit im technischen und individuellen Bereich
- Verursacherfinanzierung mittels Gebühren

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anzahl berechnete Beanstandungen geteilt durch Anzahl Prüfungen	<1%	0%	–1%	○
Verursacherfinanzierung mittels Gebühren	70–80%	76.7%	0%	○

Kommentar:

Im März 2009 konnte in Trachslau/Einsiedeln eine Prüfstelle für Personenwagen, Lieferwagen und Motorräder in Betrieb genommen werden. Mit einer befristeten Mietlösung soll die Prüfstelle Pfäffikon entlastet werden.

Insgesamt wurden 38 288 (34 661) Fahrzeuge geprüft, davon in Schwyz 18 411, in Pfäffikon 16 567 und in Einsiedeln 3658 Einheiten. 4759 (4235) Fahrzeuge wiesen Mängel auf. Von den 1452 geprüften Schiffen entsprachen 770 (53%) nicht den Bestimmungen der Bundesschiffahrtsgesetzgebung. Acht Schiffe mussten wegen ungenügender Betriebssicherheit sofort aus dem Verkehr gezogen werden.

Es wurden 3875 (3511) theoretische und 4904 (3677) praktische Führerprüfungen (inklusive Schiffe) absolviert. Die Basistheorie für Auto und Motorrad bestanden 72% (77.7%) auf Anhieb. Wissensfragen der computerunterstützten Theorieprüfung wurden durch Verstehensfragen ersetzt, sodass es schwieriger geworden ist, nur mit Auswendiglernen die Prüfung bestehen zu können. Wiederum 71% konnten die Autoprüfung beim erstmaligen Antreten bestehen.

Die insgesamt 52 342 Prüfungen und Nachkontrollen führten zu keinen Beschwerden. Gegenüber dem Vorjahr konnte der Kostendeckungsgrad um 6.8% verbessert werden. Es wurde eine zusätzliche Expertenstelle geschaffen.

PG2: Administrative Verkehrssicherheit

Ziele

- Administrative Zulassung zum motorisierten Strassen- und Schiffsverkehr
- Einheitlicher Vollzug von Administrativmassnahmen nach SVG und BSG gegenüber fehlbaren oder nicht fahrgerechten Fahrzeugführern
- Schilderverkauf

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anzahl berechnete Beanstandungen geteilt durch Anzahl ausgestellte Ausweise	<1%	0.1%	–0.9%	○
Gutgeheissene Beschwerden geteilt durch Anzahl Beschwerden an das Verwaltungsgericht	<10%	6%	–4%	○
Kostendeckungsgrad	>100%	135.4%	35.4%	○

Kommentar:

Am 31. Dezember 2009 waren 118 045 (115 541) Fahrzeuge und 5640 (5772) Schiffe in Verkehr gesetzt. Es wurden 4291 (3760) Lernfahrausweise und Zulassungen sowie 2031 (1688) Sonderbewilligungen für Ausnahmetransporte erteilt. Nur in wenigen Fällen wurden ausgestellte Ausweise beanstandet; Mängel konnten ohne Kostenfolge für die Betroffenen behoben werden. Gegenüber verkehrsauffälligen Fahrzeuglenkerinnen und Fahrzeuglenkern mussten 3268 (3305) Administrativmassnahmen angeordnet werden. Davon machten Warnungsmassnahmen (befristete Entzüge, Verwarnungen, Aberkennungen) mit 2627 den Hauptteil aus (81%). Die Verwarnungen haben um 40 (+3.8%) zugenommen, dafür konnte bei den Führerausweisentzügen eine Abnahme um 49 (–2.8%) verzeichnet werden. 170 (211) ausländische Führerausweise mussten aberkannt werden. Bei 124 Neulenkerinnen und Neulenkern führte der erstmalige Ausweisentzug zu einer Verlängerung des Führerausweises auf Probe. In 14 Fällen musste der Ausweis annulliert werden. Bei 3268 ausgefallenen Massnahmen wurde das Verwaltungsgericht in 47 Fällen angerufen. In drei Fällen wurde die Beschwerde gutgeheissen, wobei in einem Fall eine verfügte Auflage bemängelt wurde.

Für die Produktgruppe zwei (PG2) wird ein Kostendeckungsgrad von 135.4% ausgewiesen. Demgegenüber weisen die Produktgruppen eins und drei einen Kostendeckungsgrad von 76.7% (PG1) und 60.9% (PG3) aus.

Mit der Inkraftsetzung der neuen Chauffeurzulassungsverordnung (CZV) per 1. September 2009 ist der Katalog der Vollzugsaufgaben erweitert worden. Die Erteilung des Fähigkeitsausweises 95 sowie die obligatorische Weiterbildung für Inhaberinnen und Inhaber dieses Ausweises ist mit vielen Auskunftserteilungen verbunden.

PG3: Steuern/Abgaben

Ziele

- Beschaffung der Mittel zur Finanzierung der Strassenrechnung und der Seepolizei
- Durchsetzen eines vollständigen und termingerechten Steuereingangs

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Postaufgabe ab Rechnungsdatum	<10 Tage	erfüllt	keine	○
Debitorenverlust geteilt durch Gesamtbetrag	<1%	0.8%	–0.2%	○

Kommentar:

Innerhalb der Frist von zehn Tagen wurden zu Jahresbeginn 102 518 (99 950) und Mitte Jahr 5953 (6277) Verkehrssteuerrechnungen versandt. Insgesamt wurden 54.6 Mio. Franken verinnahmt, davon 2.5 Mio. Franken mit Barzahlung. Es mussten 25 000 Mahnungen, 1000 Schildereinzugsverfügungen sowie 400 Betreibungen ausgestellt werden. Der Debitorenverlust beträgt Fr. 67 290.–.

E. Amt für öffentlichen Verkehr

Finanzen

In Fr. 1000.–	2009 V	2009 R	Abw.
Aufwand	35 952	31 496	–4 456
Ertrag	16 600	14 709	–1 891
Globalbudget	19 352		
Nachkredit	0		
Globalbudget inklusive NK	19 352	16 787	–2 565
Nettoinvestitionen	4 800	3 472	–1 328

Kommentar:

Bei der Erarbeitung des Grundangebots 2008–2011, welches den Umfang des Angebots im Regionalen Personenverkehr und den finanziellen Rahmen vorgibt, waren die Auswirkungen des Neuen Finanzausgleichs (NFA) noch nicht im Detail bekannt. Es wurde bei der Budgetierung von einem höheren Kantonsanteil ausgegangen. Nachträglich stellte sich heraus, dass die Bundesbeteiligung höher als erwartet war. Die Kosten fielen dementsprechend tiefer aus. Die tieferen Kosten führten zu geringeren Beiträgen der Bezirke und Gemeinden, wodurch sich auch die Erlöse verminderten.

Die Investitionsrechnung wurde wegen Verzögerungen bei SOB-Objekten (Umbau des Bahnhofs Biberbrugg und damit verbundenen Neubau des Betriebsgebäudes in Samstagern) weniger stark belastet als budgetiert.

Projekte

Verbesserung Erschliessung Bezirk Höfe ●

Stand: In Abstimmung mit der 4. Teilergänzung S-Bahn Zürich sollen zusammen mit dem Bezirk Höfe und den Gemeinden Freienbach, Wollerau und Feusisberg die Bus- und Bahnkonzepte überprüft und verbessert werden.

Aussicht: Der Projektstart hat sich ressourcenbedingt verzögert. Die Arbeiten werden im ersten Quartal 2010 weitergeführt. Die Umsetzung ist nach wie vor auf Ende 2013 vorgesehen.

Verbesserung Bussystem im Raum Einsiedeln ●

Stand: Das Bussystem soll analysiert und dabei das Angebot gestrafft und die Qualität verbessert werden. Der Projektstart hat sich ressourcenbedingt verzögert.

Aussicht: Die Arbeiten werden im zweiten Quartal 2010 gestartet. Die Umsetzung auf Ende Dezember 2011 sollte nicht gefährdet sein.

Anpassungen öV-Systeme im Bezirk March ○

Stand: Im Rahmen der 4. Teilergänzung S-Bahn Zürich müssen angebots- und infrastrukturseitig Anpassungen an den bestehenden Bahn- und Bussystemen vorgenommen werden.

Aussicht: Die Arbeiten sind im Rahmen der Angebotswerkstatt am Laufen und auf Kurs.

PG1: Öffentlicher Verkehr

Ziele

- Beibehalten der optimalen Anbindung an das Fernverkehrsnetz der Schweiz
- Verbessern des Anteils der Benutzer des öffentlichen Verkehrs gegenüber dem Individualverkehr
- Erhöhen der Attraktivität des öV-Angebotes durch optimale Tarifgestaltung und Tarifverbünde
- Lückenlose Überwachung der abgelaufenen Betriebsbewilligungen Seilbahnen und Skilifte

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.
Differenz der Anzahl Schnellzughalte gegenüber Vorjahr	0	0	0 ○
Zuwachs der durchschnittlichen Passagierfrequenzen auf den Hauptverkehrsachsen des öV-Netzes	3%	5.1%	2.1% ○
Zuwachs des Gesamtumsatzes im Tarifverbund	1%	3.9%	2.9% ○
Keine Anlage ohne Betriebsbewilligung	100%	100%	0% ○

Kommentar:

Die Nachfrage im öffentlichen Verkehr steigt im Kanton Schwyz sowohl im Bereich der Frequenzen als auch im Bereich der Erlöse weiterhin erfreulich an.

Bei den Grundwasserschutzarealen konnten wichtige Bereiche abgeschlossen werden. – Die Wintervorschriften im Naturschutzgebiet Ibergereg sind signalisiert. – Das Geoportal als Zugang zu Geodaten, Geodiensten und Informationen über Geodaten wurde im Internet und Intranet aufgeschaltet. – Die Massnahmenkonzepte der vom Hochwasser betroffenen Bäche im Ybrig und in Einsiedeln wurden in bewilligungsfähige Bauprojekte umgesetzt. – Plangemäss wird der ganze Kanton bis Ende 2011 flächendeckend über moderne Gefahrenkarten verfügen.

A. Departementssekretariat

Finanzen

In Fr. 1000.–	2009 V	2009 R	Abw.	
Aufwand	462	395	–67	
Ertrag	1	0	–1	
Globalbudget	461			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	461	395	–66	○
Nettoinvestitionen	0	0	0	○

PG1: Führungsunterstützung

Ziele

- Fristgerechte Erledigung der Führungsunterstützung
- Fristgerechte Erledigung der juristischen Beratung
- Politische Vorstösse werden termingerecht erledigt.

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anzahl Geschäftsfälle ohne Terminabweichung/Anzahl Geschäftsfälle (Termin gilt als eingehalten, auch wenn eine Fristverlängerung gewährt wurde.)	100%	100%	0%	○
Anzahl eingehaltene Termine/Anzahl Beratungen (Termin gilt als eingehalten, auch wenn eine Fristverlängerung gewährt wurde.)	100%	100%	0%	○
Anzahl termingerecht erledigte politische Vorstösse/Anzahl politische Vorstösse	100%	100%	0%	○

Kommentar:

Die vom Departementssekretariat betreuten Geschäfte konnten innerhalb der Terminvorgaben erledigt werden. Die politischen Vorstösse wurden fristgerecht behandelt.

PG2: Dienstleistungen

Ziele

- Mitberichte werden termingerecht erstellt.
- Vernehmlassungen werden termingerecht erstellt.

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anzahl termingerechte Mitberichte/Anzahl Mitberichte (Termin gilt als eingehalten, wenn eine Fristverlängerung gewährt wurde.)	100%	100%	0%	○
Anzahl termingerechte Vernehmlassungen/Anzahl Vernehmlassungen (Termin gilt als eingehalten, wenn eine Fristverlängerung gewährt wurde.)	100%	100%	0%	○

B. Amt für Umweltschutz

Finanzen

In Fr. 1000.–	2009 V	2009 R	Abw.	
Aufwand	4 262	3 975	–287	
Ertrag	305	429	124	
Globalbudget	3 957			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	3 957	3 546	–411	○
Nettoinvestitionen	300			
Nachkredit	190			
Nettoinvestitionen inklusive NK	490	435	–55	○

Kommentar:

Einige Projekte betreffend Gewässerüberwachungen und -untersuchungen konnten nicht wie vorgesehen realisiert werden. Im Bereich Altlastenuntersuchungen gingen weniger Gesuche um Rückerstattung von Kosten Dritter ein als erwartet. Ein Teil der höheren Einnahmen konnte dank einer grösseren Anzahl von Betriebsbewilligungen und -kontrollen, Umweltverträglichkeitsbeurteilungen sowie Gebühren für Wasserentnahmen aus öffentlichen Gewässern erzielt werden. Zudem überwies das Bundesamt für Strassen die noch ausstehenden Beiträge an strassenverkehrsbedingte Massnahmen gemäss Luftreinhalte-Verordnung für das Jahr 2008.

Projekte

Grundwasserschutzareale

○
Schützen der grossen und erst teilweise oder noch nicht genutzten Grundwasservorkommen in Brunnen, Arth, Muotathal, Wangen, Unteriberg und Einsiedeln. Termin verlängert wegen festgestellten komplexen geologischen Verhältnissen in Unteriberg und Einsiedeln (Trachslau).

Projektstand:

Die Grundwasseruntersuchungen in Trachslau (Bezirk Einsiedeln) sind abgeschlossen. Das nachgewiesene Grundwasservorkommen rechtfertigt die Ausscheidung eines Schutzareals. Ein solches ist auch für den langfristigen Schutz der Quelle 'Müli' in Muotathal in Erarbeitung. Für ein letztes Schutzareal wurden Abklärungen in Studen (Gemeinde Unteriberg) in Angriff genommen.

Trinkwasserversorgungsplan

○
Umsetzung der im Konzept Trinkwasserversorgung in Notlagen vorgeschlagenen Massnahmen in Zusammenarbeit mit dem Amt für Militär-, Feuer- und Zivilschutz sowie dem Laboratorium der Urkantone. Verlängerung um ein Jahr wegen Lieferverzögerungen beim Auftragnehmer.

Projektstand:

An zwei Anlässen wurden die 43 Wasserversorgungen bezüglich Trinkwasserversorgungsplan und Trinkwasserversorgung in Notlagen orientiert. Die Versorgungen wurden eingeladen, das Handbuch für die Beherrschung einer Notlage bis Ende Jahr zu erstellen und dem Amt für Umweltschutz zu übermitteln.

Luftreinhaltung Flechtenkataster

○

Aufnahme Region Ausserschwyz Ost im Vergleich zur Aufnahme aus dem Jahr 2001 – Folgerungen und gegebenenfalls notwendige Sanierungen.

Projektstand:

Eine Flechtenkartierung wurde in Ausserschwyz durchgeführt. Entgegen der ursprünglichen Planung wurde aus fachlichen Erwägungen die Erhebung in der Region Ausserschwyz West der Region Ausserschwyz Ost vorgezogen. Die Kartierung der Region Ausserschwyz Ost ist zu einem späteren Zeitpunkt geplant. Der Abschlussbericht zur Flechtenkartierung liegt seit Ende Jahr vor. Eine detaillierte Auswertung steht noch aus. Eine erste Sichtung zeigt, dass im Vergleich zur Kartierung 2001 die Regionen mit mittleren und starken Belastungen sich weiter ausgedehnt haben. Art und Zusammensetzung der vorkommenden Flechten deuten auf eine erhöhte Eutrophierung (Anreicherung von Nährstoffen) in der Luft hin. Als Nährstoffe wirken Stickstoffverbindungen wie Stickoxide und Ammoniak. Insgesamt bestätigen die Ergebnisse aus der Flechtenkartierung weitgehend die Erkenntnisse aus der analytischen Luftschadstoffüberwachung.

Belastung der Fliessgewässer

○

Weiterführung der Erhebungen; Darstellung des Handlungsbedarfs und Ausarbeitung möglicher Massnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität.

Projektstand:

In einer Gemeinde wurden die vorhandenen Daten zusammengetragen und koordiniert. Mit den anderen kantonsinternen Fachstellen wurde der Handlungsbedarf festgelegt und Massnahmenvorschläge erarbeitet. Die Projektphase läuft noch bis Ende 2010 mit dem Ziel, zwei Gemeinden zu erheben.

PG1: Gewässerschutz

Ziele

- Erarbeitung der Generellen Entwässerungsplanung (GEP) in den Gemeinden
- Umsetzung der Generellen Entwässerungsplanung in den Gemeinden
- Planerische Sicherung von Trinkwasserressourcen für Gemeindewerke
- Planerische Sicherung von Trinkwasserressourcen für kleinere Versorgungen

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anzahl Gemeinden mit genehmigten GEP/Anzahl der Gemeinden	90%	70%	-20%	●
Anzahl Gemeinden mit Statusbericht zur Umsetzung/Anzahl Gemeinden mit genehmigten GEP	75%	90%	15%	○
Anzahl Schutzzonen zu Trinkwasserfassungen in Kraft/Anzahl Schutzzonen mit Pflicht zur Ausscheidung	90%	85%	-5%	●
Anzahl Schutzzonen zu Trinkwasserfassungen in Kraft/Anzahl Schutzzonen mit Pflicht zur Ausscheidung	65%	58%	-7%	●

Kommentar:

Generelle Entwässerungsplanung (GEP): Für 90% der Gemeinden liegen genehmigte Teil-GEP für das Sanierungsgebiet ausserhalb der Bauzonen vor. Für die Gebiete innerhalb der Bauzonen verfügen nur 21 Gemeinden (70%) über eine genehmigte GEP. Trotz Betreuung, Beratung sowie Aufforderungen im Zuge des Kommunaluntersuchs sind die Einflussmöglichkeiten für den angestrebten GEP-Abschluss relativ gering und die Terminerfüllung deshalb schwer einschätzbar. Die Gründe für das Nichterreichen der angestrebten 90% (27 Gemeinden) waren unterschiedlicher Natur (z.B. Abwarten der Zonenplanung, ungenügende Pflichtenhefte, fehlende Arbeitsvergaben, überforderte Auftragnehmer). Bei den Gemeinden mit genehmigter GEP konnte die Umsetzung der geplanten GEP-Massnahmen zügig an die Hand genommen werden.

Schutzzonen: Von insgesamt 304 notwendigen Schutzzonen (Gemeindewerke und kleinere Versorgungen) sind 70% genehmigt, 25% in Arbeit und bei 5% besteht Handlungsbedarf seitens des Kantons. Diese Prozentzahlen lassen sich nicht unbesehen auf die Anzahl betroffener Wasserbezüger übertragen. Viele Schutzzonen, die zurzeit in Arbeit sind oder in einem Verfahren stehen, betreffen kleine Quellfassungen. Die Schutzzonen für die grossen Grundwasserfassungen sind in Kraft, eine Fassung wird neu erstellt und für zwei ist aufgrund des grossen Gefährdungspotenzials eine wirksame Schutzzone nicht mehr möglich. Verschiedene Schutzzonen für Quellen sind zurzeit aufgrund von Einsprachen blockiert.

PG2: Umweltschutz

Ziele

- Bearbeitung von Berichten zu historischen oder technischen Untersuchungen bzw. zu Sanierungskonzepten aus der Aufforderung von 2008 bzw. durch selbstinitiierte Eingaben
- Einbau von emissionsfreien Kugelfangsystemen bei in Betrieb befindlichen Schiessanlagen
- Sanierungsaufforderung für grosse Holzfeuerungen über 500 kW gemäss neuen Grenzwerten der Luftreinhalte-Verordnung
- Sichtkontrolle bei kleinen Holzfeuerungen wird erstmals durchgeführt.

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anzahl der bearbeiteten Berichte	40	57	17	○
Anzahl Anlagen mit emissionsfreien Kugelfangsystemen/Anzahl Anlagen in Betrieb	75%	85%	10%	○
Umsetzungsgrad bezogen auf alle bekannten Anlagen bis Ende 2008	50%	92%	42%	○
Umsetzungsgrad bei Anlagen, welche bis Ende 2008 bekannt sind	50%	78%	28%	○

Kommentar:

Die Zielvorgabe bei der Anzahl Schiessanlagen mit emissionsfreien Kugelfängen konnte – dank Motivation der Anlagenbetreiber und -besitzer – übertroffen werden. Bei den verbleibenden rund 15% noch in Betrieb stehenden Schiessanlagen, bei welchen die Schwermetalle, vorwiegend Blei, nach wie vor in die Umwelt gelangen, handelt es sich unter anderem auch um Gedenkschiessplätze.

Von den insgesamt 25 sanierungspflichtigen grossen Holzfeuerungen im Kanton mit einer Leistung von mehr als 500 kW (die Heizung eines Einfamilienhauses entspricht etwa einer Leistung von 12 kW) konnten 23 zur Sanierung aufgefordert werden. Die

Sanierung besteht üblicherweise im Einbau eines besseren Filtersystems, um Feinstaub und partikuläre Schadstoffe, vor allem Schwermetalle, zurückzuhalten.

Bemerkungen

Die Nutzung der Erdwärme ist nach wie vor im Zunehmen. 120 Anlagen mit insgesamt 360 Sonden wurden bewilligt. Zudem wurden 15 neue Grundwasserwärmepumpen zugelassen. Die Anzahl der Ölheizungen ist rückläufig. So wurden 85 Neuanlagen registriert, aber 243 Ausserbetriebnahmen gemeldet.

C. Amt für Natur, Jagd und Fischerei

Finanzen

In Fr. 1000.–	2009 V	2009 R	Abw.	
Aufwand	4389	4373	–16	
Ertrag	2367	2627	260	
Globalbudget	2022			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	2022	1746	–276	○
Nettoinvestitionen	0	0	0	○

Steuerungsentscheide:

Fr. 23 500.– von Kto. 29.260.460.00 zu Kto. 29.260.318.00

Fr. 320 000.– von Kto. 29.260.460.00 zu Kto. 29.260.365.10

Kommentar:

Bei den Steuerungsentscheiden mussten die Bundesbeiträge (Spezialfinanzierung konjunkturelle Stabilisierungsmassnahmen) vom Ertragskonto 29.260.460.00 «Bundesbeiträge NHG» den entsprechenden Aufwandkonten (Kto. 29.260.318.00 «Projektaufträge, Grundlagen, Kommissionsarbeiten» und Kto. 29.260.365.10 «Pflege und Unterhalt») zugewiesen werden.

Projekte

Nutzungsplanung Lachner Aahorn

○

Revision Nutzungsplan Lachner Aahorn, Realisierung der projektierten Auenrevitalisierung, Umsetzung des Besucherlenkungs-konzepts.

Projektstand:

Die Inkraftsetzung des revidierten kantonalen Nutzungsplanes ist erfolgt. Das Aufwertungsprojekt (Auenrevitalisierung und Besucherlenkungsmassnahmen) wurde detailliert ausgearbeitet, und mit den Bauarbeiten wurde im November begonnen.

Teilrevision Biotopschutzverordnung

○

Anpassung des kantonalen Beitragssystems an die neuen Vorgaben des Bundes (Programmvereinbarungen NFA im Bereich Natur- und Landschaftsschutz, Agrarpolitik 2011); Aufhebung der altrechtlichen Pflanzenschutzverordnung und Pilzschutzverordnung und teilweise Integration in die Biotopschutzverordnung.

Projektstand:

Das Revisionsverfahren zur Biotopschutzverordnung und Abgeltungsverordnung ist abgeschlossen. Die Pilzschontage sind aufgehoben worden. Über 1000 kantonale und kommunale Bewirtschaftungsverträge wurden an das neue kantonale Beitragssystem angepasst.

Nutzungs- und Besucherlenkungs-konzept

○

Im Rahmen der Programmvereinbarung mit dem Bund wird ein Nutzungs- und Besucherlenkungs-konzept für das Eidgenössische Jagdbanngbiet Silberer–Jägerer–Bödmere erarbeitet.

Projektstand:

Die notwendigen Grundlagenerhebungen sind erfolgt.

Aufarbeitung der Grundlagendaten Fischerei

○

Analog zum Jagdregal 2007 müssen die zahlreich vorhandenen Grundlagendaten digitalisiert werden, um verfügbar und statistisch auswertbar zu werden. Die vorhandene Datenbank muss entsprechend erweitert und angepasst werden.

Projektstand:

Die notwendigen Anpassungen in der Datenbank sind erfolgt. Erste Daten der Sportfischerstatistik wurden erfasst.

PG1: Natur- und Landschaftsschutz

Ziele

- Umsetzung aller Flachmoorobjekte von nationaler Bedeutung
- Erhaltung der Lebensraumqualität für seltene und bedrohte Tier- und Pflanzenarten durch gezielte Pflegemassnahmen (inklusive Bekämpfung von invasiven Neophyten) in den kantonalen Naturschutzgebieten
- Beeinträchtigte Lebensräume für seltene und bedrohte Tier- und Pflanzenarten werden regeneriert und vernetzt.

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Flachmoorflächen (Aren) in kantonalen Nutzungsplänen und/oder mit abgeschlossenen Verträgen	65%	58%	–7%	●
Pflegeeinsätze von Zivildienstleistenden, Schulklassen, Organisationen usw. auf nicht landwirtschaftlich genutzten Flächen (Anzahl Wocheneinsätze mit Gruppen à 10–20 Personen)	15	16	1	○
Umgesetzte Aufwertungsprojekte pro Jahr (Hochmoorregenerationen, Auenrevitalisierungen, Seeuferregenerationen, Neuschaffung von Amphibienlaichgewässern)	6	6	0	○

Kommentar:

Bei den Vertragsabschlüssen für die Flachmoore von nationaler Bedeutung konnte das Ziel nicht erreicht werden, weil ein ausserordentlicher Zusatzaufwand für die Anpassung der laufenden kantonalen und kommunalen Verträge an das neue kantonale Beitragssystem geleistet werden musste.

PG2: Jagd und Wildtiere

Ziele

- Verminderung der Störung von Wildtieren, insbesondere der bedrohten Arten, durch Besucherlenkungsmassnahmen und Informationsarbeit
- Reduzierung des Fallwildes im Strassenverkehr mittels Wildwarnanlagen
- Korrekte und termingerechte Organisation des Patentwesens sowie Durchführung eines geregelten Jagdbetriebs.

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anzahl ausgeschilderte Routen für Schneeschuhwanderer, Tourenskifahrer u.a. sowie Medienbeiträge	15	15	0	○
Anzahl Problemstrecken, die mit Wildwarnanlagen versehen sind	10	10	0	○
– Jährliche Jagdvorschriften termingerecht				
– Patentaussgabe termingerecht und korrekt				
– Tägliche Wildabnahme während Hochwildjagd	100%	100%	0%	○
– Tägliche Aufsicht durch Wildhut während Hoch- und Niederwildjagd				

PG3: Fischerei

Ziele

- Korrekte und termingerechte Organisation des Patentwesens sowie Durchführung eines geregelten Fischereibetriebs
- Förderung der Fischbestände auf dem aktuell hohen Niveau (qualitativ und quantitativ) beibehalten
- Schutz, Förderung und Vernetzung wertvoller aquatischer Lebensräume.

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Fischereivorschriften termingerecht	100%	100%	0%	○
Regelmässige Aufsicht durch Fischereiaufseher				
Auslastung der bestehenden Produktionskapazität (unter Berücksichtigung allfälliger naturgegebener Schwankungen im Laichfischfang)	100%	100%	0%	○
Projekteingaben	1	0	-1	●

Kommentar:

Es lag noch kein ausführungsreifes Projekt vor.

Bemerkungen

Es konnten folgende Projekte weitergeführt oder abgeschlossen werden:

- Für die Moorlandschaften Rothenthurm und Ibergeregg wurden Signalisationskonzepte erarbeitet und teilweise umgesetzt.
- Für die Moorlandschaft Schwantenau wurde im Februar die Nutzungsplanung gestartet (kooperativer Planungsprozess).
- Gestützt auf die Richtplanergänzungen Region Rigi-Mythen wurde das Entwicklungskonzept Lauerzersee erarbeitet und in die Vernehmlassung geschickt.

D. Amt für Wald und Naturgefahren

Finanzen

In Fr. 1000.–	2009 V	2009 R	Abw.	
Aufwand	10 414	8 849	-1 565	
Ertrag	1 148	1 235	87	
Globalbudget	9 266			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	9 266	7 614	-1 652	○
Nettoinvestitionen	5 190	3 460	-1 730	○

Kommentar:

Die Abweichungen beim Aufwand sind hauptsächlich auf Minderaufwendungen in den Bereichen Abschreibung Investitionsbeiträge und Beiträge an Waldschäden zurückzuführen. Die Mehrerträge resultieren in erster Linie aus den Entschädigungen für Projektierungen und Bauleitungen.

Projekte

Gefahrenkarten

Erstellung flächendeckender integraler Gefahrenkarten. ○

Projektstand:

Die Erstellung schreitet plangemäss voran.

Neubauten Schutzwaldstrassen

Treichi-Geissmatt, Arth; Twäriberg, Lauerz; UVP Ybrig / Alpthal. ○

Projektstand:

Das Schutzwaldstrassenprojekt Treichi-Geissmatt sowie die UVP Ybrig/Alpthal konnten abgeschlossen werden. Die Schutzwaldstrasse Twäriberg ist zur Hälfte erstellt.

Neubaustrecken Hauptwanderwege

Via Jacobi; Hopfräben, Brunnen; Sattel-Steinen; Schindellegi-Einsiedeln; Schwyzerbrugg-Rothenthurm; Rambach, Muotatal. ○

Projektstand:

Für sämtliche Neubaustrecken des kantonalen Hauptwanderwegnetzes wird im Jahre 2010 beim Kantonsrat ein Verpflichtungskredit beantragt.

PG1: Wald

Ziele

- Qualitative und quantitative Erhaltung des Waldareals
- Wald als naturnahe Lebensgemeinschaft erhalten und Biodiversität fördern (Natur- und Sonderwaldreservate)
- Schutzwald behandeln gemäss der Konzeption Nachhaltigkeit im Schutzwald (NaiS)
- Effizienter Einsatz der Pauschalbeiträge des Bundes für waldbauliche Massnahmen
- Sicherstellen der Waldstrassen-Infrastruktur für die Schutzwaldbehandlung
- Jungwaldpflege ausserhalb des Schutzwaldes fördern.

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Quantitativ und qualitativ gleichwertiger Realersatz bei Rodungen, bewertet durch jährliche Kontrollen der geforderten Rodungsersatzleistungen	100%	100%	0%	○
Reservatsfläche in % der gesamten Waldfläche (Naturwaldreservate und Sonderwaldreservate)	11.9%	12%	0.1%	○
Hektaren behandelter Schutzwaldfläche, inklusive 10 ha Staatswald	385	635	250	○
Position im interkantonalen Vergleich bezüglich Verhältnis von gepflegten Jung- und Schutzwaldflächen zu den dafür eingesetzten finanziellen Mitteln	5	5	0	○
Anzahl km periodischer Unterhaltsmassnahmen am Schutzwaldstrassennetz (Ziel: 1/40 der 380 km Waldstrassen und der 90 km Maschinenwege)	12	16.5	4.5	○
Hektaren gepflegter Jungwaldfläche	250	240	-10	●

Kommentar:

Reservatsflächen: Rechtlich gesichert sind per Ende Jahr 1700 ha Naturwaldreservate (6.4% der Waldfläche) und 1506 ha Sonderwaldreservatsfläche (5.6% der Waldfläche).

Behandelte Schutzwaldfläche: Die Schutzwaldpflegearbeiten wurden – im Sinne der Gefahrenprävention – von den Waldeigentümern vor allem in den Einzugsgebieten von Wildbächen forciert. Als Qualitätsanforderung in der Schutzwaldpflege gilt die Methode NaiS (Nachhaltigkeit und Erfolgskontrolle im Schutzwald, BUWAL 2005).

PG2: Naturgefahren

Ziele

- Erstellen und Aktualisieren von integralen Naturgefahrenkarten
- Technischer Schutz für Mensch, Umwelt und Sachwerte vor Naturgefahren mittels Schutzbauten, Messstellen und Frühwarndiensten.

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Realisierungsanteil in approximativem % der Kantonsfläche gemäss der regionalen Naturgefahrenstrategie 2004	45%	51%	6%	○
Durchschnitt der Kostenwirksamkeit sämtlicher Schutzbauprojekte des Jahres, ohne Sofortmassnahmen (Errechneter Nutzen/Investitionskosten)	1.1	1.1	0	○

Kommentar:

Die Erstellung der integralen Naturgefahrenkarten schreitet planmässig voran. Organisatorische Massnahmen in Form von zuverlässigen Mess- und Frühwarnrichtungen gewinnen an Bedeutung (z.B. Internationales Mess- und Informationssystem für die Lawinenwarnung IMIS und das Interkantonale Frühwarn- und Kriseninformationssystem IFKIS). Für die technischen Massnahmen gelten Mindestanforderungen in den Bereichen Gefahrenprozesse, Schadenpotenzial, Schutzdefizit, Risikoreduktion / Wirtschaftlichkeit, Projektqualität und Umsetzung des integralen Risikomanagements gemäss «Handbuch NFA im Umweltbereich» des BAFU.

PG3: Fuss- und Wanderwege

Ziele

- Sicherstellen eines öffentlichen Fuss- und Wanderwegnetzes (inklusive Mountainbike-Routen).

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anzahl km periodischer Unterhaltsmassnahmen am kantonalen Wanderwegnetz (Ziel: 1/40 der rund 1000 km Haupt- und Verbindungswanderwege)	25	32	7	○

Kommentar:

Die Evaluation der Organisation und der Qualität des Unterhalts des kantonalen Wanderwegnetzes hat gezeigt, dass die Umsetzung der kantonalen Verordnung über Fuss- und Wanderwege gut organisiert ist und sich in einer spürbar verbesserten Qualität der Wanderwege manifestiert. Der Bericht zeigt jedoch Handlungsbedarf bezüglich der Mitfinanzierung des Unterhalts des Wanderwegnetzes durch die Gemeinden auf.

E. Amt für Wasserbau

Finanzen

In Fr. 1000.–	2009 V	2009 R	Abw.	
Aufwand	6170	5156	–1014	
Ertrag	3611	3824	213	
Globalbudget	2559			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	2559	1332	–1227	○
Nettoinvestitionen	5380			
Nachkredit	410			
Nettoinvestitionen inklusive NK	5790	2686	–3104	○

Kommentar:

Die Abweichungen sind auf unterschiedliche Faktoren zurückzuführen. Die Wasserzinsen sind abhängig von den meteorologischen Bedingungen und damit nicht beeinflussbar. Sie liegen leicht über dem langjährigen Mittel. Wegen des noch nicht abgeschlossenen Verfahrens im Zusammenhang mit der Heimfallklärung der Kantone und der Bezirke auf den Zeitpunkt des Ablaufs der Etzelwerkkonzession wurden vorgesehene Expertenaufträge nicht ausgelöst. Bei den Investitionen fiel die Rechnung des Kantons Luzern für die Sanierung des Reusswehrs um 1 Mio. Franken tiefer aus als angemeldet. Zudem wurden die Beiträge des Bundes direkt dem Kanton Luzern ausbezahlt, was dazu führte, dass die Bundesbeiträge tiefer ausgefallen sind. Verzögerungen bei beitragsberechtigten Projekten Dritter reduzierten die Ausgaben. Minderausgaben bei den Investitionen führten dazu, dass Fr. 908 000.– weniger abgeschrieben wurden.

Projekte

Folgeprojekt Hochwasser Einsiedeln/Ybrig

Folgeprojekte Minster, Nidlaubach, Steinbach, Grossbach und Zuflüsse Alp. Die Baubewilligungen liegen vor. Erste Bauetappen werden in Angriff genommen.

Projektstand:

Mit den Bauarbeiten für die Instandstellung der zerstörten Sperren im Butzitobel wurde begonnen.

Die Vorprüfungsberichte des Bundes für die Folgeprojekte des Hochwassers 2007 an der Minster, am Nidlaubach, am Steinbach und am Grossbach liegen vor. Die Bauprojekte sind weitgehend erarbeitet. Gegen die Gründung der Wuhrkorporation Minster wurden zwei Einsprachen erhoben, weshalb diese noch nicht rechtskräftig ist. Daraus ergeben sich Verzögerungen in der Umsetzung des für die Sicherheit des Dorfes Unteriberg wichtigen Hochwasserschutzprojektes. Der mit der Bearbeitung des Bauprojektes beim Grossbach erstellte Kostenvoranschlag ergab Kosten von deutlich über 10 Mio. Franken. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung des Projekts ist erforderlich, was ebenfalls Verzögerungen von einem halben Jahr zur Folge haben wird.

Die Bauarbeiten am Schoren- und Ziegelhüttenbach in Rothenthurm sind abgeschlossen.

Insgesamt konnten fünf kleinere Projekte, welche Bestandteil des Grundangebots mit dem Bund waren, realisiert werden. Weiter wurden zwei Renaturierungsprojekte abgeschlossen und mit den Bauarbeiten für ein weiteres Renaturierungsprojekt begonnen. Die Bauarbeiten an den im Rahmen von interkantonalen Vereinbarungen zu realisierenden Projekten Linth 2000 und Sanierung des Reusswehrs in Luzern wurden termingerecht aufgenommen.

PG1: Hochwasserschutz und Gewässerökologie

Ziele

- Begutachtungen und Entscheide im Bereich des Hochwasserschutzes und der Gewässerökologie werden termingerecht erarbeitet. Sie sind einheitlich, nachvollziehbar und praxisnah.
- Die finanziellen Mittel für den Hochwasserschutz werden dort eingesetzt, wo die grösste Wirkung erzielt wird.

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anteil der innerhalb der extern gesetzten Fristen, respektive innerhalb von 21 Tagen nach Eingang der vollständigen Unterlagen bearbeiteten Fälle	90%	98%	8%	○
Durchschnitt der errechneten Nutzen-/Kostenverhältnisse aller subventionierten Einzelprojekte mit einer Bausumme über 1 Mio. Franken	>1	*	0	○

* Wert fehlt

Kommentar:

Von insgesamt 199 Baugesuchen/Voranfragen konnten zwei Fälle nicht innerhalb der gesetzten Fristen erledigt werden.

Es wurde lediglich eine Subventionszusicherung für ein Einzelprojekt (Butzitobelbach, Alpthal) beantragt. Das verlangte Nutzen-/Kosten-Verhältnis ergab sich aus der Notwendigkeit der Wiederinstandstellung der vollständig zerstörten Einzelsperren zur Sicherung der noch weitgehend intakten, unmittelbar oberhalb anschliessenden Sperrentreppe mit einem Wiederinstandstellungswert von mehreren Millionen Franken. Die Sperrentreppe vermindert das Risiko von massiven Geschiebeverlagerungen in die Alp, die zu Überschwemmungen im Siedlungsbereich von Alpthal führen können.

PG2: Wassernutzung

Ziele

- Begutachtungen und Entscheide im Bereich der Wassernutzung werden termingerecht erarbeitet. Sie sind einheitlich, nachvollziehbar und praxisnah.

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anteil der innerhalb der extern gesetzten Fristen, respektive innerhalb von 21 Tagen nach Eingang der vollständigen Unterlagen bearbeiteten Fälle	90%	96%	6%	○

Kommentar:

Von 26 Begutachtungen und Entscheidungen im Bereich der Wassernutzung konnten alle bis auf eine termingerecht erledigt werden.

F. Amt für Vermessung und Geoinformation

Finanzen

In Fr. 1000.–	2009 V	2009 R	Abw.	
Aufwand	2857	2409	–448	
Ertrag	573	663	90	
Globalbudget	2284			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	2284	1746	–538	○
Nettoinvestitionen	0	0	0	○

Kommentar:

Insbesondere die extern bedingten Verzögerungen bei den ausstehenden GABMO-Projekten (Gebäudeadressierungen) und bei den Abschlussarbeiten der Ersterhebungen Oberiberg, Unteriberg und Vorderthal einerseits, und die Verschiebung der Beschaffung der Hard- und Software für die zentrale Geodatenhaltung andererseits, waren die Ursachen für die Abweichungen.

Projekte

Umsetzung Geoinformationsgesetz und Einzelinitiative ○
Erarbeitung der Rechtsgrundlagen (Inkraftsetzung GeolG Bund am 1. Juli 2008). Bearbeitung der organisatorischen und technischen Aspekte in der Verwaltung und des Datenüberganges von den Nachführungsgeometern zum Kanton.

Projektstand:

Die Vernehmlassung zur kantonalen Verordnung über die Geoinformation (KVGeoi) wurde vom 9. Juli bis 12. Oktober durchgeführt. Am 22. Dezember verabschiedete der Regierungsrat die Vorlage an den Kantonsrat.

Geoportal

○
Erstellung einer zentralen «Eintrittspforte» bzw. eines Geoportals zu Geodaten, Geodiensten und Informationen über Geodaten.

Projektstand:

Das Geoportal für das Internet und für das Intranet wurde anfangs November aufgeschaltet. Das Projekt wurde Ende Jahr abgeschlossen.

PG1: Vermessung

Ziele

- Erfüllung jährliche Leistungsvereinbarung mit dem Bund (Eidgenössische Vermessungsdirektion V+D)
- Umsetzung Konzept Nachführungs-Verifikation.

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Prozentuale Einhaltung Leistungsvereinbarung	90%	95%	5%	○
Anzahl der durchgeführten Nachführungs-Verifikation pro Jahr	1	1.5	0.5	○

Kommentar:

Die Leistungsvereinbarung mit dem Bund wurde erfüllt. Bei der zweiten Nachführungsverifikation fand erst die Büroverifikation statt. Die Feldverifikation wird im kommenden Jahr durchgeführt.

Der Regierungsrat genehmigte in 18 Gemeinden die Umarbeitung vorhandener digitaler Vermessungswerke auf das neue Datenmodell DM01, kombiniert mit der gleichzeitigen Erhebung von Gebäudeadressen. Im Projekt LWN (Aktualisierung Grundlage Erhebung landwirtschaftlicher Nutzflächen) wurde die Schlussrechnung durch den Regierungsrat abgenommen. Im Herbst konnte die Erneuerung des Vermessungswerkes Lachen vergeben werden.

PG2: Geoinformation

Ziele

- Versorgen der Benutzer mit qualitativ guten und aktuellen Basisdaten
- Sicherstellung einer optimalen GIS-Koordination und GIS-Beratung
- Einfacher Zugang zu Geodaten ermöglichen.

Indikatoren	2009 V	2009 R	Abw.	
Anteil der Daten, die drei Monate nach Verfügbarkeit für andere Benutzer auf dem Netz abrufbar sind	100%	100%	0%	○
Anteil der abgeschlossenen Vorgänge gemäss Prozessvorgaben des Koordinations- bzw. Beratungsblattes	100%	100%	0%	○
Anteil zufriedener Kunden gemäss Kundenbefragung	80%	90%	10%	○

Kommentar:

Die Kundenumfrage betreffend das Geoportal wurde bei den neun GIS-Koordinatoren bzw. Ämtern der kantonalen Verwaltung durchgeführt und Verbesserungswünsche wurden abgefragt. Das Geoportal wurde von allen gut bewertet. Die Mehrheit der Ämter benutzt das Geoportal regelmässig und verwendet es zur Unterstützung ihrer Arbeit. Einige Ämter verzichten aufgrund des Geoportals auf eigene Informationsseiten im Internet.

Aktualisierte Basisdaten (Pixelkarten und Übersichtspläne) wurden nach Erhalt innert Frist auf dem WebMap der Verwaltung (Visualisierungstool des Geoportals) aufgeschaltet sowie in einem eigenen Laufwerk für die Spezialisten-GIS zur Verfügung gestellt. Die Übersichtspläne sind zusätzlich auf dem GeoShop einsehbar.

Es wurden vier GIS-Koordinationen und 34 GIS-Beratungen für Hard- und Software durchgeführt und bis Ende Jahr abgeschlossen.

